G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Mark Solomon
Reagan stößt auf Widerstand
Die neue Friedensbewegung in Amerika

Dokumente der amerikanischen Friedensbewegung

Thomas Nielebock / Wolfgang Schwegler / Klaus Dieter Wolf
Restauration der amerikanischen Vorherrschaft
oder westeuropäische Emanzipation

Veronika Sieglin
El Salvador – Geschichte
und gesellschaftliche Ursachen des Bürgerkriegs

Georg Biemann
Rechtsradikalismus-Report

Hartmut Bossel
Umrisse der zukünftigen Energieversorgung
der Bundesrepublik

4'82

April 1982 Einzelheft 6,50 Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

April 1982

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1982 385

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur Krise der Koalition ..... *Ulrich Dolota* 388

Die „Göttinger Achtzehn" ..... *Frank Niess* 391

„Operation Phoenix" in El Salvador? ..... *Regina Bohne* 393

HAUPTAUFSÄTZE

Reagan stößt auf Widerstand
Die neue Friedensbewegung in Amerika ..... *Mark Solomon, Boston* 397
Anhang: Dokumente der amerikanischen Friedensbewegung

Restauration der amerikanischen Vormacht
oder westeuropäische Emanzipation
Thomas Nielebock, Wolfgang Schwegler und Klaus-Dieter Wolf 429

El Salvador – Geschichte und gesellschaftliche Ursachen
des Bürgerkriegs ..... *Veronika Sieglin* 455

Rechtsradikalismus-Report
Jahresbericht 1981/82 über Tendenzen im
bundesdeutschen Neofaschismus und seinem Umfeld ..... *Georg Biemann* 471

Umrisse der zukünftigen Energieversorgung in der Bundesrepublik
Möglichkeiten, Grenzen, Forderungen ..... *Hartmut Bossel* 491

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Steuerbelastung und Erhebungspraxis
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 500

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Mitteilung Leonid Breschnews vom 16. März 1982 über das von der sowjetischen Führung beschlossene einseitige Moratorium für die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR 503

Die Kennedy/Hatfield-Initiative im amerikanischen Kongreß für ein Einfrieren („freeze") der Atomwaffen 506

„Es gibt keinen Atomkrieg" – Ein Artikel von Kardinal Dr. Franz König, Erzbischof von Wien 507

Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa. Aufruf der internationalen Juristenkonferenz in Frankfurt/M., am 20./21. März 1982 (Wortlaut) 509

„Relation" (Mitteilung) des Republikanischen Anwaltsvereins über die Verfassungsmäßigkeit der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Wortlaut) 511

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 4/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE

WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ

MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN FETZEL
GERHARD GOLLWITZER

HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL

FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats März 1982

1.–2. 3. UdSSR/Polen. In Begleitung von Partei- und Staatsfunktionären, unter ihnen Außenminister Czyrek, kommt Parteisekretär und Ministerpräsident Jaruzelski zu Verhandlungen nach Moskau. Auf einem Bankett zu Ehren der polnischen Gäste erklärt Generalsekretär Breschnew, die Gespräche mit Jaruzelski hätten eine „Identität der Anschauungen und identische Auffassungen von den gegenwärtigen und künftigen Aufgaben" ergeben. In einem gemeinsamen polnisch-sowjetischen Kommuniqué heißt es, Polen werde auch in Zukunft ein „festes Glied der sozialistischen Gemeinschaft und Mitglied des Warschauer Vertrages" bleiben.

3.–5. 3.– Israel/Frankreich. Präsident Mitterrand besucht als erstes französisches Staatsoberhaupt Israel, wo er von Präsident Navon begrüßt wird. Gesprächspartner Mitterrands sind neben Navon u. a. Ministerpräsident Begin und Oppositionsführer Perez (Arbeiterpartei). Auf einer Sondersitzung des Parlaments (Knesset) bekräftigt Mitterrand das Existenzrecht aller Völker in der Region, sowohl der Israeli als auch seiner Nachbarn einschließlich des palästinensischen Volkes. Der israelische Außenminister Shamir erklärte am 6. 3., man habe auch die Möglichkeiten für die Lieferung eines französischen Atomreaktors an Israel besprochen.

6. 3.– Lateinamerika. Die Außenminister Haig (USA) und Castaneda (Mexiko) beraten in New York über die Vorschläge des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo vom Februar d. J. (vgl. „Blätter", 3/1982, S. 259). Haig und Castaneda kommen am 14. 3. noch einmal in New York zusammen. – Am 24. 3. teilt Castaneda nach Konsultationen in Havanna und Managua mit, die Regierungen von Kuba und Nicaragua seien bereit, mit den USA ihre bilateralen Beziehungen sowie die Lage in Mittelamerika und vor allem in El Salvador zu erörtern.

7. 3.– Guatemala. Im Lande finden Parlaments- sowie Präsidentschaftswahlen statt (Wahlbeteiligung: 46 %). Zum neuen Präsidenten wird am 13. 3. der frühere Verteidigungsminister General Anibal Guevara ausgerufen, dessen Prozentanteil das Wahlamt mit 39 angibt. Nach Bekanntgabe kommt es zu Unruhen, bei denen Demonstranten die Annullierung der Wahlen fordern. – Am 23. 3. übernimmt eine Gruppe jüngerer Offiziere die Macht und bildet eine Militärjunta, deren Vorsitzender General Efrain Rios Montt ist.

9. 3.– Irland. Der bisherige Opposiotionsführer Charles Haughey (Fianna Fail) tritt als Ministerpräsident an die Spitze eines Minderheitskabinetts. Haughey erhält im Parlament 86 von 166 Stimmen (zu den Wahlergebnissen vom Februar d. J. vgl. „Blätter", 3/1982, S. 259). Das Außenministerium übernimmt der frühere Justizminister, Gerard Collins.

9.–11. 3.– UdSSR/Finnland. Der finnische Präsident Koivisto hält sich zu einem „Arbeitsbesuch" in Moskau auf. Es ist die erste Auslandsreise des neuen Präsidenten (zum Amtsantritt vgl. ‚Blätter", 2/1982, S. 131). Koivisto geht in einer Tischrede auf die finnische Neutralitätspolitik ein, die sich bemühe, gute Beziehungen zu allen Staaten aufrecht zu erhalten. Das gelte besonders für die Nachbarstaaten, die Sowjetunion und die nordischen Länder.

10. 3.– USA. Mehr als 100 Kongreßabgeordnete bringen eine Resolution ein (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen"), mit der Präsident Reagan aufgefordert wird, in Verhandlungen mit der Sowjetunion ein „gegenseitiges und kontrollierbares Einfrieren" auf dem Gebiet der Nuklearwaffen und ihrer Träger anzustreben. Zu den Initiatoren gehören die Senatoren Kennedy (Demokrat) und Hatfield (Republikaner). Die Zahl der Unterzeichner erhöht sich in den folgenden Tagen auf über 150. – Am 15. 3. weist Präsident Reagan vor dem Parlament in Oklahoma alle Vorschläge für ein Moratorium in der nuklearen Rüstung zurück und wendet sich am 16. 3. vor dem Parlament von Tennesee noch einmal gegen das „Einfrieren" der gegenwärtigen Bestände an Nuklearwaffen. – Am 16. 3. kündigt Marinesekretär Lehman Manöver der 6. Flotte vor der libyschen Küste an. Die Große Syrte sei das einzige Gebiet im Mittelmeer, „wo die USA zu Übungszwecken Raketenabschüsse durchführen können".

– Österreich/Libyen. Als Gast von Bundeskanzler Kreisky kommt Muamar al Ghadhafi nach Wien und besucht damit erstmals ein westeuropäisches Land. Die beiden Politiker tauschen ihre Standpunkte zur Lage im Nahen Osten aus und erörtern die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Kreisky befürwortet erneut die Anerkennung der legitimen Rechte von Völkern und Minderheiten einschließlich der Palästinenser. Ghadafi erklärt, es sei das Recht der Palästinenser, sich mit Gewalt zu nehmen, was ihnen mit Gewalt genommen worden sei. Der österreichische Bundeskanzler weist bei mehreren Gelegenheiten die Kritik der USA an der Einladung Ghadhafis zurück.

12. 3.– KSZE. Das Folgetreffen der 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Madrid wird vertagt und zum 9. November d. J. erneut einberufen. Zuvor war es wiederum zu Meinungsverschiedenheiten über die Lage in Polen und deren mögliche Konsequenzen gekommen (vgl. „Blätter", 3/1982, S. 258).

14. 3.– DDR/BRD. Am ersten Tag der Leipziger Frühjahrsmesse 1982 besucht SED-Generalsekretär Honecker den Stand eines Ausstellers aus der Bundesrepublik. Honecker bekundet bei dieser Gelegenheit erneut seine Absicht, noch im Laufe des Jahres in die Bundesrepublik zu kommen.

16. 3.– UdSSR. Auf der Erföffnungssitzung des nationalen Gewerkschaftskongresses in Moskau kündigt Generalsekretär Breschnew die vorläufige Einstellung der Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR an. Das Moratorium solle in Kraft bleiben, bis ein Abkommen mit den USA erreicht sei oder bis „praktische Vorbereitungen" zur Stationierung weiterer west-

licher Nuklearwaffen in Europa getroffen würden. Falls keine Verschlechterung der internationalen Lage eintrete, sei die UdSSR bereit, schon in diesem Jahr eine „gewisse Anzahl" von Mittelstreckenraketen abzubauen (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen").

19. 3.– EG. In Gesprächen mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel dringt eine US-Delegation unter Leitung von Unterstaatssekretär Buckley auf vermehrte und besser koordinierte Wirtschaftssanktionen gegenüber den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion. Offizielle Erklärungen werden nicht abgegeben. – Am 29. und 30. 3. halten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten in Brüssel ihren regelmäßigen „EG-Gipfel" ab. Zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Verträge von Rom (25. März 1957), die zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften führten, findet ein Festakt statt.

21. 3.– Niedersachsen. Bei den Landtagswahlen können die Christlichen Demokraten ihre absolute Mehrheit ausbauen, die Sozialdemokraten müssen Stimmenverluste hinnehmen. Die Freien Demokraten ziehen wieder in den Landtag ein , die Grünen sind erstmals darin vertreten. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf CDU 50,7 (1978: 48,7), SPD 36,5 (42,2), FDP 5,9 (4,2), Grüne 6,5 (3,9) sowie auf DKP 0,3 (0,3). Zusammensetzung des neuen Landtages (171, bisher 155 Abgeordnete): CDU 87 (83), SPD 63 (72), FDP 10 (–), Grüne 11 (–) (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 4. Juni 1978 in „Blätter", 1/1979, S. 126).

23. 3.– Israel. Eine von verschiedenen Oppositionsgruppen gestellter Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Begin führt im Parlament zu einem Patt (58 gegen 58 Stimmen). Nach der Abstimmung beschließt das Kabinett auf einer Sondersitzung mit 12 gegen 5 Stimmen, Ministerpräsident Begin von einem Rücktritt abzuraten.

– Bangladesh. Präsident Abdus Sattar wird gestürzt, die Regierung und das Parlament werden aufgelöst. Die Ämter des Regierungschefs und Befehlshabers der Streitkräfte übernimmt General Ershad, bisher Stabschef der Armee. Zwischen Sattar und Ershad war es in den letzten Monaten zu Meinungsverschiedenheiten über die Rolle der Armee bei der Führung des Landes gekommen. Ershad setzt am 26. 3. den ehemaligen Richter am Obersten Gerichtshof, A. M. Choudury, als neuen Präsidenten ein.

24. 3.– UdSSR/China. Anläßlich der Überreichung des Leninordens an die Usbekische Sozialistische Sowjetrepublik in Taschkent schlägt Generalsekretär Breschnew der VR China vor, „jederzeit Verhandlungen über die bestehenden Grenzfragen durchzuführen, um zu gegenseitig annehmbaren Lösungen zu kommen". Die UdSSR sei auch bereit, „ohne jegliche Vorbedingungen für beide Seiten akzeptable Maßnahmen" zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zu vereinbaren.

25. 3.– Polen. Außenminister Czyrek bezeichnet vor dem Parlament (Sejm) die Sanktionspolitik des Westens als „nach unserer Auffassung, nach internationalem Recht und nach der KSZE-Schlußakte unzulässig". Polen hoffe, daß Realismus die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zum Westen möglich machen werde. Das Bündnis mit der Sowjetunion sei und werde der Eckpfeiler polnischer Außenpolitik bleiben. Der Sejm verabschiedet am 26. 3. eine Verfassungsänderung, die die Einsetzung eines Staats- und Verfassungsgerichts ermöglicht.

26. 3.– Japan/USA. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger tritt eine neuntägige Reise nach Ostasien an und macht zunächst Station in Tokio. Vor dem japanischen Presseclub kritisiert der Minister die Erhöhung der japanischen Militärausgaben um 7,7 % als zu niedrig. Die USA seien über das zu langsame Tempo der militärischen Anstregungen Japans besorgt.

28. 3.– El Salvador. Es finden Wahlen zu einer „verfassunggebenden Versammlung" statt, bei denen jedoch nur die Christdemokratische Partei des amtierenden Präsidenten José Napoleon Duarte und fünf weitere rechtsorientierte Gruppen kandidieren. Die oppositionellen Linksparteien hatten eine Beteiligung unter Hinweis auf die Gefährdung ihrer Kandidaten abgelehnt und zur Wahlenthaltung aufgerufen. Nach dem von den Behörden veröffentlichen Ergebnis erhalten die Christdemokraten mit 41 % die meisten Stimmen und 24 von 60 Parlamentssitzen, aber nicht die absolute Mehrheit. – Am 30. 3. gehen fünf der Rechtsparteien eine Koalition ein, um eine „Regierung der nationalen Einheit" unter Ausschluß der Christdemokraten zu bilden.

zen ihrer Arbeit zu Wort gemeldet: gemeinsam richteten Albert Einstein und Bertrand Russell einen Friedensappell an die Weltöffentlichkeit.

Ein Echo zumindest hat dieser Appell gefunden. Im Juli 1957 trafen sich Wissenschaftler aus Ost und West in der kanadischen Kleinstadt Pugwash, um die Gefahren zu erörtern, die der Menschheit seit der Existenz der Wasserstoffbomben drohten. Seitdem hat die Bewegung, die aus diesem Treffen hervorgegangen ist, von anderen Intentionen einmal abgesehen, auch als „eine Art inoffzieller Diplomatie"[8]) gewirkt. Sie hat geholfen, den Frieden sicherer zu machen. Zum Beispiel ist der Anteil dieser „Internationale der Wissenschaftler" am Zustandekommen des Teststoppabkommens von 1963 nicht gering zu schätzen. Beispiele für den Beitrag der Pugwash-Bewegung zur Friedenspolitik gibt es noch viele andere. Als bundesdeutscher Ableger dieser Bewegung versucht die „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler" (VDW) zur De-Eskalation der Atomgefahren beizutragen. Ihre Gründung 1959 ging unmittelbar zurück auf den Appell der „Göttinger Achtzehn". Gemessen an den Legionen von ca. 500 000 Wissenschaftlern, die weltweit mit der Perfektionierung des atomaren Waffenarsenals beschäftigt sind[9]), nehmen sich die Pugwash-Anhänger, speziell auch die politischen Nachfahren der „Göttinger Achtzehn" wie ein verlorenes Fähnlein von Aufrechten aus. Aber das Echo, das der Aufruf vom 12. April 1957 ausgelöst und das wiederum die außerparlamentarische Opposition gegen die Atomrüstung gestärkt hat, beweist, daß die moralische Autorität mehr zählt als die bloße Zahl, wenn sich Wissenschaftler zur politischen Verantwortung für ihr Tun bekennen.

Frank Niess

8) Carl Friedrich von Weizäcker, Persönliche Erinnerungen an die Entstehung und die Frühzeit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), in: „VDW *intern*", Nr. 57 v. Dezember 1978, S. 3.
9) Vgl. u. a. „Der Spiegel", 35. Jg., 21 1981, S. 99.

„Operation Phoenix" in El Salvador?

Ganz gleich, ob in El Salvador die Christdemokraten regieren werden oder die Rechtsradikalen, an der Spitze der einstige Geheimdienstchef Major D'Aubuisson, den der frühere amerikanische Botschafter in diesem winzigen mittelamerikanischen Land, Robert White (von Reagan im Februar 1981 gefeuert), vor einem Senatsausschuß als den Mörder von Erzbischof Romero bezeichnet hat, – den ersehnten Frieden wird das Land nicht finden. Dort wird zuviel gelogen, gemordet, terrorisiert und gefoltert, und zwar vornehmlich von der Armee, der Polzei und den diversen paramilitärischen Banden, die von den Großgrundbesitzern ausgehalten werden. Die internationale Presse – auch die amerikanische, versteht sich – war und ist seit mehr als zwei Jahren voll von Greuelberichten aus El Salvador. Es gab und gibt regelrechte Ausrottungsfeldzüge in ganzen Dörfern, vornehmlich im Norden des Landes, wo die Befreiungskämpfer stark sind und über eine – mindestens nächtliche – Infrastruktur verfügen. Es existieren „Todeslisten" in den Händen der rechtextremistischen Todesschwadronen und auch der Polizei: danach sollen vor allem Bauern, Pächter, Landarbeiter samt ihren Familien umgebracht werden, weil sie als potentielle „Kommunisten" gelten, zumindest als geheime Helfer der Befreiungskämpfer in den nördlichen Landesteilen.

Von den geschätzten 4,5 Millionen Einwohnern (auf der Fläche von der Größe Hessens) sind eine knappe halbe Million geflüchtet, und zwar nach Honduras und Guatemala – beides Länder, die von den Vereinigten Staaten protegiert werden – sowie nach Mexiko und bis nach Kalifornien. Die Reagan-Haig-Administration jubelt über den angeblichen „Wahlsieg" der Christdemokraten in der trügerischen

Hoffnung, Duarte könnte es doch noch gelingen, den Bürgerkrieg zu beenden; das heißt: die Befreiungskämpfer so zu dezimieren, daß sie aufgeben, kapitulieren müssen.

Von Splitter- und Napalmbomben in den Händen der Armee, geliefert vom Pentagon, ist schon seit eineinhalb Jahren die Rede, und der scheinbar starke Rechtsradikale D'Aubuisson verkündete kurz nach den sogenannten Wahlen Ende März, er werde diese „Pest" – die Guerrilleros – in kürzester Zeit mittels Napalmbomben „ausrotten". Das würde ganz und gar washingtoner *counter-insurgency* (Antiguerrilla) entsprechen – wie einst im Vietnamkrieg! Sogar die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) wußte bereits im August 1980 durch ihren Mexiko-Korrespondenten Ellrodt zu berichten, daß Armee und Polizei in El Salvador „unter Führung amerikanischer und vietnamesischer Offiziere", die sich durch Dolmetscher verständigten, „in den Armenvierteln der Hauptstadt" nach Freischärlern fahnden; ferner „daß amerikanische Militärberater in Uniformen der salvadorianischen Armee" das Kommando über „Strafaktionen" innehaben, wobei sie „neuartige Suchgeräte" in Hubschraubern verwenden. Diese „Strafaktionen" würden „begleitet von einer Mordwelle paramilitärischer Todesschwadronen". (FAZ v. 23. 8. 1980) Im April 1980 hatte die salvadorianische Menschenrechtskommission bereits festgestellt, daß die Junta hauptsächlich Bauern „mit repressiven Maßnahmen" und Folter bedroht. So war es einst auch im Indochinakrieg: das „Wasser" – das Volk – sollte den „Fischen" abgegraben werden, indem man Teile des Volkes auf den bloßen Verdacht hin, sie könnten „subversiv" sein, mit den Befreiungskämpfern zusammenarbeiten, umbringen ließ. Die „polizeiliche" Großaktion in Vietnam hieß PHOENIX; in El Salvador heißt eine entsprechende Ausrottungsaktion nach den Recherchen des katholische Theologen Norbert Greinacher, Tübingen, *„Operation Sandwich"*. („Süddeutsche Zeitung"/SZ v. 23./24. 1. 1982; „Publik-Forum" v. 29. 1. 1982: „Operation Sandwich läuft an.")

Der Tübinger Theologe hatte beunruhigt und engagiert die deutsche Öffentlichkeit aufgerufen, den beabsichtigten „Völkermord" sowohl in El Salvador als auch in den Flüchtlingslagern in Honduras verhindern zu helfen. Das könnte allerdings nur durch das direkte Dazwischentreten auswärtiger Personen und Gruppen geschehen; denn die Flüchtlingslager seien ins Innere des Landes (Honduras) verlegt worden und nicht mehr von Salvador aus einzusehen, wie zuvor, als sie sich dicht an der gemeinsamen Grenze befanden. Die Lager wurden in Honduras rund 50 Kilometer von der Grenze entfernt, in Mesa Grande, neu aufgebaut, elende Zeltlager, wo die Flüchtlinge dahinvegetieren. „So können wir das Leben der Flüchtlinge besser schützen", versicherte ein Oberst von der honduranischen Einwanderungsbehörde einem „Spiegel"-Redakteur („Spiegel" v. 8. 2. 1982). Danach würden „UNO-Delegierte zur Eile angetrieben", und die Flüchtlinge fürchten sich vor dem honduranischen Militär, das ja mit der salvadorianischen Armee zusammenarbeitet. „Die Militärs hier wollen keine Zeugen", so ein honduranischer Sozialarbeiter, „damit sie freie Hand bekommen".

Wofür wollen die Militärs in Honduras „freie Hand" bekommen? Für *„Operation Sandwich"*, ausgedacht von amerikanischen Militärberatern, CIA-Agenten und honduranischen „Sicherheitskräften"? Vermutlich. Und man wird heute, Anfang April 1982, befürchten müssen, daß die Ausrottungsaktion in den honduranischen Flüchtlingslagern, wo einige dreißigtausend Salvadorianer untergekommen waren, womöglich bereits abgeschlossen ist. Denn: seit mehr als zweieinhalb Monaten ist nichts mehr über die Existenz von Flüchtlingslagern in Honduras bekannt geworden, gerade so, als gäbe es sie gar nicht mehr. Dieser

schlimme Verdacht verstärkt sich durch die Tatsache, daß Anfang März dieses Jahres 180 *argentinische* Offiziere und Polizeikräfte, spezialisiert auf Folter und Entführung, in El Salvador eingetroffen waren („Frankfurter Rundschau" v. 10. 3. 1982); das hatten in Genf Angehörige der argentinischen Menschenrechtskommission zu Protokoll gegeben. Wenige Tage zuvor konnte man lesen, daß ein Abgesandter des State Departement in Buenos Aires vorgesprochen hatte, um zu beraten, auf welche Weise die argentinische Militärjunta den „Kampf gegen den internationalen Kommunismus" in El Salvador wirkungsvoll unterstützen könnte. Argentinien ist zur Zeit der treueste Verbündete Washingtons in der Karibik und erhält auch wieder massive Militärhilfe, die Carter wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen gestoppt hatte.

Die politisierenden Militärs in Lateinamerika sind zum großen Teil durch die Trainingscamps der CIA und des Pentagon in der US-amerikanischen *Kanalzone Pánamas* gegangen; sie haben in der „Escuela de las Américas" mehrmonatige Kurse in *counter-insurgency* samt „Verhörtechnik" erhalten, worunter die Anwendung der Folter zu verstehen ist (seit 1961).

Washington duldet grundsätzlich keine Flüchtlinge aus lateinamerikanischen Rechtsdiktaturen auf amerikanischem Boden; darum fürchten auch die salvadorianischen Flüchtlinge in der Nähe von Los Angeles um ihr Leben beziehungsweise ihre gewaltsame Zurücksendung in die Heimat, wie die „Süddeutsche Zeitung" am 10. März dieses Jahres aus Los Angeles zu berichten wußte: „Zittern vor dem Rücktransport in die Heimat", den kirchliche Organisationen in Kalifornien zu verhindern suchen.

Zum Mordprogramm PHOENIX in den letzten 60er und den ersten 70er Jahren in Vietnam gibt es einem umfangreiche Literatur*). Auch *Amnesty International* hatte ausführlich über das PHOENIX-Programm informiert. Es gab darüber Ende 1969 und Anfang 1970 Anhörungen im amerikanischen Senat. Hauptverantwortlicher war der in Saigon stationierte CIA-Chef *William Colby*, „ein Harvard-Mann", katholischen Glaubens, gemeinsam mit saigoner Armee- und Polizeiangehörigen (die durchweg von Amerikanern „geschult" worden waren). Das „Phoenix"-Programm war eine sonderbare Mischung aus Einschüchterung, Folter, „Verschwindenlassen" und offener Ermordung von Vietcong-Sympathisanten innerhalb ganz Südvietnams. So konnte man zum Beispiel in der „Süddeutschen Zeitung" vom 17. Februar 1970 lesen: „Nach Angaben von William Fulbright (damals Chairman des außenpolitischen Ausschusses des Senats) befaßt sich die Untersuchung vor allem mit dem umstrittenen „Phoenix"-Programm. Dieses Programm, bei dem amerikanische Militärberater bei der „Neutralisierung" von Vietcong-Anhängern und Funktionären der Befreiungsfront durch südvietnamesische Truppen aktiv mitwirken, ist nach Fulbrights Angaben zu einem „Programm des Meuchelmordes" geworden, dem, nach Angaben von William Colby, mindestens 20 587 Vietcong-Verdächtige und Funktionäre der Befreiungsfront zum Opfer gefallen sind". Nach anderen Angaben sollen es rund 23 000 Südvietnamesen gewesen sein. Zahlreiche amerikanische Soldaten und Offiziere (der unterer Ränge) sagten

*) Vgl. z. B. das im Hanser-Verlag erschienene Buch: „Die politischen Gefangenen Saigons – Eine Dokumentation von Holmes Brown und Don Luce", München 1973; darin von Seite 43 an „Phoenix" ganz detailliert. Das „Phoenix"-Programm wurde auch nach dem Abzug der amerikanischen Soldaten (von Ende Januar 1973 an) in Südvietnam fortgeführt – bis zum Sieg der Befreiungsarmee Ende April 1975. – Im ersten „Report on Torture" von Amnesty International (London 1973; deutsch: „Bericht über die Folter", Frankfurt/M. 1973) wird unter „Südvietnam", von Seite 169 an, ebenfalls ausführlich über „Phoenix" berichtet. Um nur diese zwei Bücher zu nennen; es gibt ihrer noch ein halbes Dutzend mehr, wo „Phoenix" mindestens kurz erwähnt wird.

bei den Senatshearings aus, was sie über das „Geheimprogramm Phoenix" wußten.

So zum Beispiel die beiden Leutnants Francis Reitemeyer und Michael Cohen; sie hatten 1969 an einem Ausbildungslehrgang in Fort Holabird bei Baltimore (Maryland) teilgenommen; dabei wurde das „Phoenix"-Programm behandelt, dessen Aufgabe darin bestand, durch „Gefangennahme, Einschüchterung, Ausschaltung und Ermordung das zu erreichen, was den Vereinigten Staaten bis zu jenem Zeitpunkt durch den Einsatz konventioneller militärischer Macht nicht gelungen war, nämlich den Krieg zu gewinnen." (SZ v. 13. 12. 1969). Die beiden Offiziere seien in Fort Holabird darauf hingewiesen worden, daß es unbedingt notwendig wäre, eine „Tötungsquote" von 50 Vietcong-Sympathisanten „monatlich aufrechtzuerhalten". Im Dezember 1969 hatte der amerikanische Rechtsanwalt William Zinman im Fernsehen die Ausbildung junger Armeeoffiziere in Fort Holabird als „Schulung zu Kriegsverbrechen" bezeichnet. Es handelte sich nach Zinman um ein „Geheimprojekt" namens „Phoenix", dem auch völlig wahllos „Frauen, Kinder und Greise" zum Opfer gefallen waren. (SZ v. 12. 12. 1969).

Im Februar 1970 erklärte Colby vor dem Senatsausschuß, „das Phoenix-Programm bezweckt die Koordinierung der Versuche von Polizei, Militär und Zivilbehörden, den auf 75 000 bis 85 000 Mann geschätzten Vietcong-Anteil an der südvietnamesischen Bevölkerung (damals mit rund 17 Millionen angegeben) zu eliminieren." Senator Fulbright antwortete Colby einmal nach dessen Schilderungen, wie „Phoenix" funktionierte: „Ich glaube nicht, Mr. Colby, daß das amerikanische Volk der Partner der Unmenschlichkeit sein möchte. . ., und die Frage scheint mir zu sein: was kann für unsere Soldaten getan werden, die mit diesen empörenden und unbeschreiblichen Zuständen von Gewalttätigkeit . . . konfrontiert werden?" (SZ v. 19. 2. 1970). Andere Offiziere, die um ihre Entlassung aus der der Armee nachgesucht hatten, berichteten dem Senatsausschuß, daß sie an „zahlreichen Geheimoperationen" wie „Phoenix" teilgenommen hätten, wobei „sehr, sehr viele unschuldige Zivilisten getöt worden sind."

Vor einer in Vietnam ja durchaus vorhandenen internationalen Öffentlichkeit in Gestalt von Hunderten von Korrespondenten aus aller Welt wurde „Phoenix" als ein „Pazifizierungsprogramm" deklariert. Der Leser von Scholl-Latours Erlebnisbericht „Tod im Reisfeld" wird mit der zweimaligen bloßen Erwähnung der „großen Polizeiaktion Phoenix" (Seite 132 und Seite 135) nichts anfangen können. Es wäre des Autors Pflicht gewesen, seine Leser darüber aufzuklären, – sofern er selber Bescheid wußte. . .? Die amerikanischen Kriegsverbrechen in Indochina sind *ungesühnte Schuld.*

Und heute, im Jahr 1982, in dem kleinen, armseligen El Salvador, unter der bäuerlichen Bevölkerung sowie in den Flüchtlingslagern in Honduras, „Operation Sandwich", in gleicher Weise, mit dem gleichen Zeil? Niemand hierzulande kann feststellen, ob die Ausrottungsaktion bereits vollbracht worden ist.

Nach Norbert Greinachers Informationen stand „Operation Sandwich" Ende Januar dicht bevor.

Regina Bohne

Zur Krise der Koalition

Die sozialliberale Koalition steckt in einer ernsthaften Krise. Gerüchte über eine Regierungsumbildung nach rechts machen die Runde. Teile der FDP scheinen einen Koalitionswechsel vorzubereiten, und die CDU/CSU spekuliert offen über Neuwahlen noch in diesem Jahr. Begleitet werden diese Gerüchte und Spekulationen von Forderungen nach einem weiteren, drastischen Abbau der Sozialleistungen, Forderungen nach einer Politik also, die die SPD in zunehmendem Maße – das haben nicht zuletzt die Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und Niedersachsen gezeigt – Wählerstimmen und Integrationskraft vor allem in der Arbeiterklasse und der Jugend kosten.

Das Anheizen derartiger Spekulationen findet in einem wirtschafts- und sozialpolitischem Klima statt, das durch krisenbedingte Stagnationserscheinungen und Vorbereitungen zu einer „Operation '83" geprägt wird:

– Die Produktion stagniert seit über einem Jahr auf Krisenniveau. Die Investitionstätigkeit war im vergangenen Jahr deutlich rückläufig. Eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten ist in der nächsten Zeit wenig wahrscheinlich.

– Während seit knapp einem Jahr ein regelrechter Exportboom zu verzeichnen ist, sinkt die Inlandsnachfrage beständig. Dies ist vor allem auf den privaten Verbrauch, der bereits seit über einem Jahr rückläufig ist, zurückzuführen.

– Die tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter sind auch im letzten Jahr deutlich hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben. Diese Tendenz wird sich aller Voraussicht nach auch im laufenden Jahr fortsetzen. Tarifabschlüssen von etwas mehr als 4 Prozent steht eine erwartete Inflationsrate von über 6 Prozent und eine Lohnsteuererhöhung von ca. 7 Prozent gegenüber.

– Die Arbeitslosigkeit schließlich hat mit knapp zwei Millionen bereits jetzt einen Umfang erreicht, den alle Prognostiker frühestens für 1985 erwartet hatten. Seit Anfang 1980 meldeten sich mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos, d. h.: Jeder fünfte Arbeiter oder Angestellte war in den letzten zwei Jahren mindestens einmal ohne Arbeit. Rechnet man die nichtregistrierten Arbeitslosen zur offiziellen Zahl hinzu, so dürfte die tatsächliche Arbeitslosigkeit in diesem Jahr 2,5 Millionen erreichen.

Die Bundesregierung legte erst nach langen Diskussionen und nur unter dem Druck der Gewerkschaften vor einigen Wochen ein sog. „Beschäftigungsprogramm" vor, das viel mit Gewinnförderung, aber so gut wie gar nichts mit „Beschäftigungspolitik" zu tun hat. Dies verdeutlicht bereits ein Blick auf die Kernpunkte dieses Programms. Danach sind zur „Arbeitsbeschaffung"

– eine zehnprozentige Investitionszulage auf alle Investitionen, die den Durchschnitt der letzten drei Jahre übersteigen,

– eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent ab Mitte 1983,

– Erleichterung von Mieterhöhungen und

– die Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung in Höhe von einem Prozent ab 1983 („Frankfurter Allgemeine Zeitung"/FAZ" v. 27. 3. 1982) vorgesehen.

Beschäftigungspolitische Auswirkungen in positiver Hinsicht können von diesem Programm kaum erwartet werden. Die an keinerlei beschäftigungspolitische Auflagen gebundene Investitionszulage – das Kernstück des Programms – wird die Großunternehmen allerhöchstens dazu motivieren, ohnehin geplante Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zeitlich vorzuziehen. Dieses Beschäftigungsprogramm dient eindeutig der Subventionierung investierender Unternehmen, und zwar auf Kosten der Masseneinkommen (MwSt-Erhöhung) und der Leistungen im sozialen Bereich und setzt damit die Rotstiftpolitik der „Operation '82" in großem Stil fort.

Hier macht die Politik des Sozialabbaus jedoch nicht halt. Vor kurzem legte der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Esser, sog. „Leitlinien" seines Verbandes zur – so wörtlich – „Sicherung des Sozialsystems" vor, die den bisher wohl massivsten Angriff auf das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik darstellen. Darin sind unter anderem vorgesehen

– die Kürzung der Ausbildungsförderung,

– die Streichung des Schüler-Bafög,

– die Einschränkung der 1956 erkämpften Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,

– die weitere Senkung der Arbeitslosenunterstützung,

– abermalige Lockerungen des Mietrechts,

– Erhöhungen der Gebühren und Tarife für öffentliche Leistungen.

Große Teile dieser Pläne werden bereits im Vorfeld der „Operation '83" in Regierungs- und Oppositionskreisen diskutiert und als mögliche Kürzungsfelder gehandelt. Bei dieser beschönigend umschriebenen „Durchforstung des Sozialetats" geht es längst nicht mehr bloß um die „Beschneidung des sozialen Wildwuchses". Die geplanten Maßnahmen zielen mittlerweile auf die Zerstörung des Sozialsystems insgesamt ab.

Die abermalige Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslose ist dafür das beste und aktuellste Beispiel. Nach der neuen Anordnung werden die Arbeitslosen in fünf Qualifikationensstufen aufgeteilt. Nach Ablauf der ersten Zeit wird dem Arbeitslosen zugemutet, eine Stellung in der nächstniedrigeren Qualifikationsstufe anzunehmen. Nach weiteren vier Monaten ist eine weitere Abstufung des Arbeitslosen möglich. Nach längerer Arbeitslosigkeit ist es nun sogar möglich, einem qualifizierten Arbeitslosen Plätze zu vermitteln, die praktisch keine berufliche Erfahrung voraussetzen. Damit droht die Karikatur vom straßenfegenden Akademiker endgültig Wirklichkeit zu werden. In der FAZ (v. 1. 4. 1982) heißt es dazu zynisch: „In einer freiheitlichen Ordnung wird Arbeit nicht zugeteilt; der einzelne hat sich auch unter schwierigen Bedingungen selbst darum zu bemühen." Und weiter: „Niemand (hat) einen Anspruch darauf, entsprechend seiner Qualifikation beschäftigt zu werden." Trotz dieser nun legalisierten massenhaften Dequalifikation wird die neue Zumutbarkeits-Anordnung, wie selbst die FAZ (17. 3. 1982) zugibt, die hohe Arbeitslosigkeit nicht nennenswert vermindern können.

Diese Politik des Sozialabbaus und der Hochrüstung, die sich von den Vorstellungen der CDU/CSU nurmehr graduell unterscheidet und mittlerweile direkt auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung zielt, mußte über kurz oder lang zu einem Aufbrechen des Widerspruchs zwischen der sozialen Basis der Sozialdemokratie und der praktizierten Politik der SPD-Führung führen. Die Landtagswahl in Niedersachsen vom 21. März, bei der die

SPD an die 200 000 Stimmen verlor, hat gezeigt, daß insbesondere Teile der Arbeiterschaft diesmal der SPD ihre Stimme versagten und der Wahl mangels sichtbarer Alternativen fernblieben. Alle sozialdemokratischen Landesparteitage der letzten Zeit wurden zudem von heftigen Kontroversen um die Rotstift- und Raketenpolitik der Regierung bestimmt. Dieser Integrationsverlust der SPD-Führung bei ihren Wählern und Mitgliedern, die immer noch zu einem großen Teil aus der Arbeiterklasse kommen und gewerkschaftlich organisiert sind, wird sich mit der angestrebten Regierungsumbildung nach Rechts und der anstehenden „Operation '83" mit Sicherheit weiter verschärfen.

Dieser Integrationsverlust ist es auch, der die Gedanken an einen Regierungswechsel in den Zentralen der Unternehmerverbände und der reaktionären Parteien ganz offensichtlich beflügelt. Denn ob die bestehende Koalition den aktuellen und aggressiv vorgetragenen Bedürfnissen des Monopolkapitals nach forciertem Sozialabbau im Inneren und weiterer wirtschaftlicher und auch militärischer Expansion nach außen bei gleichzeitiger Befriedung und Integration der Arbeiterklasse noch in vollem Umfang gerecht werden kann, muß angesichts der auch innerparteilich heftig umstrittenen Wirtschafts-, Sozial- und Rüstungspolitik der Regierung stark bezweifelt werden. Die sozialliberale Koalition scheint unter diesem Gesichtspunkt an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit für das kapitalistische System der Bundesrepublik angelangt zu sein.

Daß sich die Medien gerade zum jetzigen Zeitpunkt der Spekulationen um einen Bruch der sozialliberalen Koalition annehmen, dürfte auf zwei Gründe zurückzuführen sein: Zum einen soll die gezielte Verbreitung von Gerüchten über einen Regierungswechsel der SPD-Führung im Hinblick auf ihren Parteitag in diesem Monat den Rücken stärken und sie bei ihrem Versuch unterstützen, zumindest die Parteitagsbasis noch einmal auf ihre Linie einzuschwören. Zum anderen dienen sie in der Tat der ideologischen Vorbereitung eines Koalitionswechsels der FDP und eines Regierungssturzes.

Anzeichen dafür gibt es wahrlich genug. So betonte Franz Josef Strauß kürzlich: „Herr Genscher hat im Lauf der letzten Wochen eine Reihe von Erklärungen abgegeben, die sicherlich auch darauf hinauslaufen, eine Änderung der Koalition psychologisch vorzubereiten" (FAZ v. 22. 3. 1982), und betonte ausdrücklich, daß „die CDU/CSU an eine Koalition mit der FDP, Termin Ende 1982" denkt (FAZ v. 23. 3. 1982). Gemeinsamkeiten mit der FDP sieht Strauß nicht zu Unrecht in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, NATO-Bündnis und „Nachrüstung". Die CDU will sich ab Herbst in massiver Form für vorgezogene Neuwahlen einsetzen, und auch in der FDP selbst wird über einen Koalitionswechsel mittlerweile offen nachgedacht. So hat der hessische FDP-Landesvorsitzende Gries in einem Rundfunkinterview die Neigungen des rechten Flügels zu einem Überlaufen zur CDU/CSU damit angedeutet, daß ein solcher Wechsel in Hessen durchaus bereits vor den Landtagswahlen im Herbst erfolgen könnte (FAZ v. 29. 3. 1982).

Dahinter verbergen sich ganz offensichtlich intensive Bemühungen, die schwindende sozialliberale Integrationskraft, die ja vornehmlich auf die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse zielt, durch eine rechtskonservative Integration, deren massenpolitischen Kern weite Teile der Mittelschichten bilden würden, aufzufangen und zu ersetzen. Die dazu passende Regierungspolitik würde weitgehend den einschlägig bekannten Vorbildern aus den USA und Großbritannien folgen und ließe sich mit F. J. Strauß wie folgt auf den Punkt bringen: „Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn morgen

die Kosaken kommen." Die Bedrohungslüge in ihrer reaktionärsten Variante als Begründung für die weitere Kürzung der Sozialausgaben und die Aufstockung des Rüstungsetats bei gleichzeitiger rabiater Beseitigung aller „Widerstandsnester" gegen diese Politik – dies wären die Grundzüge einer so angestrebten reaktionären Formierung.

Nun ist ein solcher Versuch zuletzt ja bekanntlich im Herbst 1980 gescheitert, als eine demokratische Massenbewegung dem Kanzlerkandidaten Strauß eine klare Abfuhr erteilte. Damals wählten viele Strauß-Gegner ein letztes Mal das „kleinere Übel"; heute kann – das haben die letzten eineinhalb Jahre gezeigt – ein Rechtsruck in Form eines Regierungswechsels nur noch verhindert werden, wenn der innerparteiliche und außerparlamentarische Druck auf die Regierungsparteien so groß wird, daß es zu einer Wende im politischen Kima und in der Regierungspolitik kommt. Das kann nur gelingen, wenn sich die außerparlamentarische Bewegung dem Polarisierungsdruck widersetzt, der von den diesjährigen (und kommenden) Wahlkämpfen ausgeht. Wahldiskussionen, die auf eine Zersplitterung der Kräfte hinauslaufen und das – vorhandene – Protestpotential nicht anzusprechen vermögen, haben keinen Nutzen. Nur die Besinnung auf die eigene Kraft und die Mobilisierung der außerparlamentarischen Basis des Widerstandes gegen „Nachrüstung" und Sozialabbau können den Handlungsspielraum aller demokratischen Kräfte, auch innerhalb der Parlamente, erweitern. Nur so kann die weitere Rechtsentwicklung der Politik in der Bundesrepublik, die unweigerlich über kurz oder lang in einen Regierungswechsel münden würde, aufgehalten bzw. verhindert werden. Alle Anpassungsversuche der SPD-Führung nach Rechts bereiten – das zeigen auch die historischen Erfahrungen – nur den Rechtskräften den Boden.

Ulrich Dolata

Die „Göttinger Achtzehn"

Vor fünfundzwanzig Jahren, im Frühjahr 1957, hat in der Bundesrepublik schon einmal eine leidenschaftliche Debatte über die atomare Aufrüstung des westlichen Bündnisses stattgefunden. Worum es ging: die Ausrüstung der Bundeswehr mit Nuklearwaffenträgern. Der Anlaß: eine Umdisposition des militärpolitischen Konzepts der USA weg von der Strategie der „massiven Vergeltung" hin zum Prinzip der „abgestuften Abschreckung" und ein NATO-Plan, der vorsah, „die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion durch moderne, auch nuklear gerüstete Streitkräfte des Westens"[1]) auszugleichen. Was auch eine Rolle spielte: die Sorge von Bundeskanzler Konrad Adenauer, die „nuklearen Ambitionen Großbritanniens" und, darauf zwangsläufig folgend, ebensolche Bestrebungen Frankreichs könnten eine Erosion der NATO heraufbeschwören[2]). Und schließlich noch ein Motiv: es scheint, als hätte die Bundesregierung mit ihrem prompten Eingehen auf entsprechende amerikanische Pläne, die Bundeswehr mit Atomwaffen, genauer: mit Trägersystemen für taktische Atomwaffen unter US-Kontrolle auszurüsten, vollendete Tatsachen schaffen wollen, bevor die Tendenzen, Mitteleuropa in eine atomwaffenfreie Zone zu verwandeln, politisch an Boden gewinnen konnten. Zwar hatte die Bonner Regierung schon vom Dezember 1955 an immer wieder diesbezügliche Pressemeldungen lanciert[3]). Und im Herbst 1956 begann bereits die öffentliche Diskussion über die

1) Hans-Gert Pöttering, Adenauers Sicherheitspolitik 1955-63. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Düsseldorf 1975, S. 91.
2) Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, Frankfurt/M. und Hamburg 1969, S. 294 ff.
3) Vgl. Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln [1]1970, [2]1980, S. 36.

Ausrüstung der Bundeswehr mit „Atomwaffen", wie es hieß. Aber der Sturm der Entrüstung, der dann den nach der Wiederbewaffnungsdebatte erbittertsten Meinungsstreit seit Bestehen der Bundesrepublik entfachte, brach erst Anfang 1957 los. Am 4. April hatte Konrad Adenauer, wohl um die Gemüter zu beruhigen, die taktischen Atomwaffen „als die Weiterentwicklung der Artillerie" bezeichnet[4]). Aber dieser Versuch, die geplante Atomrüstung zu verharmlosen, verfing genauso wenig wie der unterschwellige Appell an den Nationalstolz der Bundesdeutschen: Adenauer wie auch sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß verlangten für die Bundesrepublik Gleichberechtigung mit den NATO-Partnern auch und gerade bei der Atombewaffnung. Am selben Tag, als die amerikanische Regierung verlauten ließ, „daß die USA einigen Verbündeten moderne Waffen, einschließlich der Raketen vom Typ ‚Honest John', ‚Matador' und ‚Nike' zu liefern bereit seien"[5]), Am 12. April 1957, gingen achtzehn führende Atomwissenschaftler, darunter Otto Hahn, Werner Heisenberg, Fritz Straßmann und Carl-Friedrich von Weizäcker, mit einem geharnischten Protest an die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Diese Wissenschaftler, die nicht gerade in dem Rufe standen, sich bei der erstbesten Gelegenheit in die Politik einzumischen, bekannten: „Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge"[6]). Und sie verlangten, daß die Bundesrepublik, die sich Jahre vorher verpflichtet hatte, keine Atomwaffen zu produzieren, auch auf den Besitz solcher Waffen verzichten sollte. Adenauer versuchte nachträglich, den Appell der Physiker dadurch in seiner Relevanz zu schmälern, daß er den Wissenschaftlern den politischen, speziell den militär-strategischen Sachverstand absprach[7]). Aber darum ging es gar nicht. Sondern es ging viel grundsätzlicher um die Verantwortung der Wissenschaftler für die Folgen ihres Tuns. Und diese Verantwortung schließt den Auftrag, politische Zeichen zu setzen, spätestens seit jener Zeit mit ein, als die ersten Massenvernichtungsmittel aus den Labors der Physiker hervorgegangen sind. Ob bewußt oder unbewußt: tatsächlich sind die „Göttinger Achtzehn" mit ihrem Aufruf dem Beispiel der „Väter" der atomaren Schreckenswaffen gefolgt. Als diese, darunter Albert Einstein und Robert Oppenheimer, nach Hiroshima und Nagasaki erkannten, welches Inferno die Produkte ihrer politischen Initiativen und ihrer wissenschaftlichen Arbeit angerichtet hatten, sprachen sie schuldbewußt von einem „Sündenfall der Wissenschaft". Und was auf diese Erkenntnis folgte, ist später als „Revolte der Wissenschaftler" als Aufstand des Gewissens gegen die unbedachte Beteiligung der Wissenschaftler an der Vervollkommnung der Kriegsmaschinerie bezeichnet worden. Statt sich weiterhin in deren Dienst zu stellen, haben sie sich geschworen, aktiv für den Frieden einzutreten. Frieden durch Welteinigung, durch den Zusammenschluß der Staatenwelt zum Weltstaat, hieß zunächst die Devise all der Komitees, die in den Atomforschungszentren von Los Alamos, Oak Ridge und andernorts im Herbst 1945 spontan entstanden sind. Von diesen utopischen Friedensplänen mußten die Wissenschaftler in der zweigeteilten Welt des Kalten Kriegs bald Abschied nehmen. Sie haben sich näherliegenden Zielen zugewandt: der Atomenergiekontrolle. Es ist ihnen zwar nicht gelungen, einen internationalen Kontrollmechanismus durchzusetzen. Aber immerhin haben sie erreicht, daß das anfängliche amerikanische Atommonopol unter die Aufsicht einer zivilen Behörde kam. Als das Wettrüsten nach der Zündung der ersten Wasserstoffbomben immer bedrohlichere Formen annahm, haben sich 1955 wieder Wissenschaftler aus Verantwortung für die politischen und sozialen Konsequen-

4) „Archiv der Gegenwart" 1957, 6370 E.
5) Pöttering, a. a. O., S. 92.
6) „Archiv der Gegenwart" 1957, 6385 A.
7) Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 300ff.

zen ihrer Arbeit zu Wort gemeldet: gemeinsam richteten Albert Einstein und Bertrand Russell einen Friedensappell an die Weltöffentlichkeit.

Ein Echo zumindest hat dieser Appell gefunden. Im Juli 1957 trafen sich Wissenschaftler aus Ost und West in der kanadischen Kleinstadt Pugwash, um die Gefahren zu erörtern, die der Menschheit seit der Existenz der Wasserstoffbomben drohten. Seitdem hat die Bewegung, die aus diesem Treffen hervorgegangen ist, von anderen Intentionen einmal abgesehen, auch als „eine Art inoffzieller Diplomatie"[8]) gewirkt. Sie hat geholfen, den Frieden sicherer zu machen. Zum Beispiel ist der Anteil dieser „Internationale der Wissenschaftler" am Zustandekommen des Teststoppabkommens von 1963 nicht gering zu schätzen. Beispiele für den Beitrag der Pugwash-Bewegung zur Friedenspolitik gibt es noch viele andere. Als bundesdeutscher Ableger dieser Bewegung versucht die „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler" (VDW) zur De-Eskalation der Atomgefahren beizutragen. Ihre Gründung 1959 ging unmittelbar zurück auf den Appell der „Göttinger Achtzehn". Gemessen an den Legionen von ca. 500 000 Wissenschaftlern, die weltweit mit der Perfektionierung des atomaren Waffenarsenals beschäftigt sind[9]), nehmen sich die Pugwash-Anhänger, speziell auch die politischen Nachfahren der „Göttinger Achtzehn" wie ein verlorenes Fähnlein von Aufrechten aus. Aber das Echo, das der Aufruf vom 12. April 1957 ausgelöst und das wiederum die außerparlamentarische Opposition gegen die Atomrüstung gestärkt hat, beweist, daß die moralische Autorität mehr zählt als die bloße Zahl, wenn sich Wissenschaftler zur politischen Verantwortung für ihr Tun bekennen.

Frank Niess

8) Carl Friedrich von Weizäcker, Persönliche Erinnerungen an die Entstehung und die Frühzeit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), in: „VDW *intern*", Nr. 57 v. Dezember 1978, S. 3.
9) Vgl. u. a. „Der Spiegel", 35. Jg., 21 1981, S. 99.

„Operation Phoenix" in El Salvador?

Ganz gleich, ob in El Salvador die Christdemokraten regieren werden oder die Rechtsradikalen, an der Spitze der einstige Geheimdienstchef Major D'Aubuisson, den der frühere amerikanische Botschafter in diesem winzigen mittelamerikanischen Land, Robert White (von Reagan im Februar 1981 gefeuert), vor einem Senatsausschuß als den Mörder von Erzbischof Romero bezeichnet hat, – den ersehnten Frieden wird das Land nicht finden. Dort wird zuviel gelogen, gemordet, terrorisiert und gefoltert, und zwar vornehmlich von der Armee, der Polzei und den diversen paramilitärischen Banden, die von den Großgrundbesitzern ausgehalten werden. Die internationale Presse – auch die amerikanische, versteht sich – war und ist seit mehr als zwei Jahren voll von Greuelberichten aus El Salvador. Es gab und gibt regelrechte Ausrottungsfeldzüge in ganzen Dörfern, vornehmlich im Norden des Landes, wo die Befreiungskämpfer stark sind und über eine – mindestens nächtliche – Infrastruktur verfügen. Es existieren „Todeslisten" in den Händen der rechtextremistischen Todesschwadronen und auch der Polizei: danach sollen vor allem Bauern, Pächter, Landarbeiter samt ihren Familien umgebracht werden, weil sie als potentielle „Kommunisten" gelten, zumindest als geheime Helfer der Befreiungskämpfer in den nördlichen Landesteilen.

Von den geschätzten 4,5 Millionen Einwohnern (auf der Fläche von der Größe Hessens) sind eine knappe halbe Million geflüchtet, und zwar nach Honduras und Guatemala – beides Länder, die von den Vereinigten Staaten protegiert werden – sowie nach Mexiko und bis nach Kalifornien. Die Reagan-Haig-Administration jubelt über den angeblichen „Wahlsieg" der Christdemokraten in der trügerischen

Reagan stößt auf Widerstand
Die neue Friedensbewegung in Amerika

Von Mark Solomon, Boston

Seit dem 10. März 1982 liegt dem amerikanischen Kongreß ein Resolutionsentwurf über das Einfrieren der Atomwaffen vor, der von den Senatoren Edward Kennedy (Demokrat) und Mark Hatfield (Republikaner) eingebracht und inzwischen von fast 200 Abgeordneten des Repräsentantenhauses und des Senats unterzeichnet worden ist. Diese Initiative ist der bislang sichtbarste Ausdruck einer neuen amerikanischen Friedensbewegung, die sich in den vergangenen zwei Jahren, einem Schwelbrand gleich, entwickelt hat. Nächster Höhepunkt der von dieser Bewegung getragenen „Freeze-Campaign" wird eine Massendemonstration in New York am 12. Juni 1982 sein, wo dann die Zweite Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zu Abrüstungsfragen tagen wird. Zu dieser Demonstration werden bis zu einer Million Teilnehmer erwartet.

Die – hierzulande ungeahnte – Breite der neuen amerikanischen Friedensbewegung setzt Zeichen der Hoffnung auch für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Der Vorwurf des Antiamerikanismus, der immer wieder den Gegnern der „Nachrüstung" vorgehalten wurde, ist angesichts des sich formierenden amerikanischen Widerstandes gegen die Reagan-Politik vollends lächerlich geworden.

Der Beitrag von Mark Solomon, stellvertretender Vorsitzender des amerikanischen Friedensrates, informiert aus erster Hand über die Entwicklung der dortigen Friedensbewegung. Die im Anhang beigefügten Dokumente geben einen lebendigen Eindruck von der Breite, dem Ideenreichtum und den Forderungen („Jobs with Peace" – „Arbeitsplätze mit/durch Frieden"), der neuen Friedensbewegung in Amerika, die auch hierzulande Aufmerksamkeit verdienen.

Wir werden die Berichterstattung über die Reagan-Politik und den Widerstand in den USA in den nächsten Heften der „Blätter" fortsetzen. D. Red.

I. Das Wiedererwachen einer Bewegung

Der Vorgänger Ronald Reagans im Weißen Haus, Präsident Carter, hatte in seinem Wahlkampf 1976 noch versprochen, die Militärausgaben zu senken. Das Versprechen wurde gebrochen. Nachdem Carter schließlich auch den SALT-II-Vertrag aufgegeben hatte, legte er noch vor Reagans Amtsantritt ein beispielloses Fünfjahresprogramm militärischer Aufrüstung vor – eine Billion Dollar in fünf Jahren, die Hälfte des Betrages, den die USA in den vier vorangegangenen Jahrzehnten, den Zweiten Weltkrieg eingeschlossen, für militä-

rische Zwecke ausgegeben hatten. Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski unternahm 1979 eine Revision der Militärpolitik, deren Ergebnis Pläne waren, die amerikanischen Seestreitkräfte im Indischen Ozean auszuweiten und eine „schnelle Eingreiftruppe" für direkte Interventionen im Arabischen Golf und anderen Gebieten zu schaffen.

Seitdem hat Ronald Reagan den Wohlstandstransfer aus dem öffentlichen Bereich in den Militär-Industrie-Komplex auf neue Gipfel hochgetrieben. Er plant, die Militärausgaben in den nächsten 5 Jahren auf insgesamt 1,6 Billionen Dollars auszuweiten. Das Pentagon hat eine „Strategie der zwei Kriege" beschlossen, die von Verteidigungsminister Weinberger als die Fähigkeit, an der europäischen Zentralfront der NATO einen Krieg zu führen und „in diesem Zusammenhang den Zugang zu den Ölfeldern zu sichern", beschrieben wurde. Während sie verschiedene Vorschläge, die Atomwaffen einzufrieren, als „unzureichend" kritisiert, plant die Regierung 17 000 neue Atomwaffen zu produzieren, darunter Erstschlagraketen vom Typ MX und Pershing II.

Diese alarmierenden Entwicklungen haben seit Ende der 70er Jahre zu einem Wiederaufleben der Friedensbewegung in den USA, die nach ihrem Höhepunkt im Vietnam-Krieg lange Zeit nicht mehr von sich reden gemacht hatte, beigetragen. Während viele der traditionellen Kennzeichen der Bewegung geblieben sind – ein Überwiegen der weißen Mittelschichten und ein Mangel an einigender und zusammenhängender Theorie und Strategie –, demonstriert die erneuerte Friedensbewegung zugleich eine neue Reife und, zumindest auf der Graswurzel-Ebene, eine Fähigkeit zur Selbstkritik und eine sehr große Sensibilität für die Notwendigkeit, eine breite Bewegung aufzubauen, ohne grundlegende Prinzipien aufzugeben.

Ende der 70er Jahre gründeten frühere Vietnam-Kriegsgegner die „Mobilisierung fürs Überleben" („Mobilisation for Survival"). Diese Gruppe setzte sich zum Ziel, auf der Grundlage der Besorgnis über Atomwaffen und Atomkrieg und über die wachsende Drohung amerikanischer Interventionen in der Dritten Welt Bündnisse zu schaffen. Die sehr starken Bewegungen gegen die Kernenergie und für die Erhaltung der Umwelt erkannten in wachsendem Maße die Bedrohung durch den Atomkrieg als die größte Gefahr für die Natur und die ernsteste Bedrohung des menschlichen Überlebens.

Die Rolle der schwarzen Amerikaner

Von allen Stimmen, die sich gegen die Militarisierung der amerikanischen Gesellschaft erhoben, war die der schwarzen Bevölkerung die bedeutsamste. Kurz nach der Wahl des Jahres 1976 gelangte die Gruppe der schwarzen Kongreßabgeordneten zu der Feststellung, die Bürde der massiven Rüstungsausgaben falle am stärksten den Afro-Amerikanern zur Last. Angesichts der zunehmenden Verschuldung, einer stagnierenden wirtschaftlichen Infrastruktur, sinkender Profite und einer Schrumpfung der internationalen Investitionsmöglichkeiten war es führenden Vertretern der schwarzen Bevölkerung

klar, daß die traditionelle Säule der sozialen Leistungen beseitigt werden sollte. Das System der Sozialhilfe, auf das Schwarze so dringend angewiesen sind, war von der Abschaffung bedroht, während die finanziellen Mittel den Ausgaben für militärische Zwecke zuflossen. Unter Führung von Kongreßabgeordneten wie Ron Dellums (Kalifornien) und John Conyers jun. (Michigan) bekämpfte die Gruppe der schwarzen Abgeordneten wiederholt Haushaltsentwürfe, die die zunehmende Militarisierung des amerikanischen Lebens widerspiegelten, lehnten es ab, die Prämissen eines hysterischen Antikommunismus zu übernehmen und forderten die Fortsetzung der Sozialleistungen. Alternative Haushaltsentwürfe wurden eingebracht, in allen Teilen des Landes wurden Hearings und Konferenzen veranstaltet, und es wurden jährliche Kampagnen organisiert für einen „Umschichtungsnachtrag" zum Haushalt, durch den finanzielle Mittel den besonders diskreditierten Rüstungsprogrammen entzogen und in Leistungen für die Bevölkerung umgewandelt werden sollten. Diese Bemühungen fanden wiederholt Unterstützung durch kampfentschlossene schwarze Lokalpolitiker, durch Geistliche der Kirchen und durch Gewerkschaftsvertreter.

Die Frauenbewegung

Wichtige Teile der wachsenden Frauenbewegung leisteten ihren Beitrag zur Friedensbewegung. Einige kamen zur Aktion aufgrund einer gesellschaftlichen Analyse, in der Militarismus und Krieg als Funktionen des Patriarchats gesehen wurden, andere lehnten zwar eine stereotype Rollenverteilung ab, brachten jedoch ihre Sorge um die Kinder und um das Schicksal künftiger Generationen zum Ausdruck. Eine große Mehrheit der aktiven Frauen erkannte, daß der Kampf für die Gleichberechtigung der Geschlechter und der Kampf für die Abschaffung der Militarisierung und des thermonuklearen Krieges untrennbar miteinander verbunden sind.

Als Ronald Reagan das Amt des Präsidenten übernahm, regte sein beiläufiges Gerede von einem „begrenzten Atomkrieg" und seine interventionistische Haltung in Mittelamerika und im Mittleren Osten die aktive Friedensbewegung zu neuen Höhepunkten an. In mancher Hinsicht ähnelte die politische Landschaft des Jahres 1980 dem Ferment der Kampagne während des „Vietnamsommers" 1967. Die Bevölkerung am Ort wartete nicht darauf, daß selbsternannte Führer sie zur Aktion aufriefen; Menschen, die sich noch nie aktiv engagiert hatten, ließen jetzt Petitionen umlaufen, organisierten Bildungs- und Schulprogramme und bildeten örtliche Friedensgruppen. Gleichzeitig erhielten auch so etablierte Friedensorganisationen wie SANE und das American Friends Service Committee der Quäker erneut Zulauf. Ende 1979 wurde der Amerikanische Friedensrat (United States Peace Council) gegründet. Diese Organisation, durch die die USA beim Weltfriedensrat vertreten sind, hat die Aufgabe übernommen, der Friedensbewegung eine dringend benötigte multirassische und multinationale Komponente zuzuführen, die über starke Verbindungen zu Gewerkschaften und zur arbeitenden Bevölkerung verfügt. In dieser Hinsicht versucht der Amerikanische Friedensrat, den

Kampf für den Frieden zu verbinden mit den Bemühungen, eine zerfallende urbane Gesellschaft zu retten, Arbeitsplätze und Einkommen in angemessener Höhe zu schaffen und die Wohnverhältnisse, das Bildungssystem und die Gesundheitsbetreuung zu verbessern. An zentraler Stelle im Programm des Friedensrates steht die Arbeit für eine amerikanisch-sowjetische Entspannung, die als Eckpfeiler des Kampfes für den Frieden angesehen wird. Außerdem vertritt der Friedensrat nachdrücklich die Auffassung, daß Bewegungen für die nationale Unabhängigkeit und Befreiung nicht von dem weltweiten Kampf für den Frieden zu trennen sind. Auf organisatorischer Ebene setzt er sich für die Einheit aller aktiv für den Frieden Eintretenden ein, und auf der politischen Ebene für ein tieferes Verständnis der zum Krieg treibenden Kräfte und für eine klarere Strategie der Bewegung in ihrer Gesamtheit.

Ärzte gegen die Atomkriegsgefahr

Ein außergewöhnlich wichtiger Faktor beim Überwinden der Widerstände gegen eine Beschäftigung mit dem Atomkrieg und gegen seine Bekämpfung war das Entstehen einer mächtigen und gut organisierten Ärztebewegung. In der amerikanischen Gesellschaft verfügt keine andere Berufsgruppe über einen solchen Einfluß und übt eine solche moralische Autorität aus wie die Ärzte. Als die Bewegung „Ärzte für soziale Verantwortlichkeit" (Physicians for Social Responsibility) sich organisierte, sah sich die Öffentlichkeit einer einheitlichen Bewegung gegenüber, die inzwischen auf elftausend Ärzte angewachsen ist, viele von ihnen Veteranen des Vietnamkrieges. Mit Filmen, Literatur und in den Medien haben die Ärzte die medizinischen Auswirkungen eines thermonuklearen Krieges anschaulich dargestellt und den Begriff eines begrenzten atomaren Konflikts in ein zweifelhaftes Licht gerückt. Daß sie sich dabei intensiv mit der „Schlußepidemie" einer atomaren Katastrophe befaßt haben, hat eine ungeheure Wirkung gehabt. Zusätzlich zu den Ärzten ist eine Organisation von Krankenschwestern und anderen Angehörigen der Pflegeberufe entstanden. Eine Friedensorganisation von Vertretern hochqualifizierter Berufe im technischen Bereich wurde gegründet und soll Wissenschaftler und Ingenieure, die zur Zeit für den militärisch-industriellen Komplex arbeiten, dazu ermutigen, sich eine Tätigkeit auf dem zivilen Sektor zu suchen. Lehrer, Sozialarbeiter, Musiker, Grafiker und andere haben in der letzten Zeit eigene Organisationen ins Leben gerufen, die dem Ziel dienen sollen, ihre Fähigkeiten für den Kampf für den Frieden nutzbar zu machen.

Das große Widerstandspotential der Jugend

Es ist ein hartnäckiger Mythos, wenn behauptet wird, die gegenwärtige Generation der amerikanischen Jugendlichen und Studenten verhalte sich gegenüber politischen Fragen apathisch. Unter der heutigen Jugend gibt es vielmehr eine Bereitschaft und ein Potential für politisches Engagement, durch die die Vietnamgeneration vielleicht sogar noch in den Schatten gestellt wird. Die doppelte Krise eines drohenden Atomkrieges und einer sich auflösenden einheimischen Wirtschaft hat zu einem Gefühl der Dringlichkeit

geführt, das erst vor kurzem auf dramatische Weise bestätigt wurde. Am 11. November 1981 veranstaltete die Wissenschaftler-Organisation „Union of Concerned Scientists" über 130 College-Teach-ins über die Gefahr eines atomaren Krieges. Tausende von Studenten beteiligten sich und brachten in großen Demonstrationen ihre Besorgnis und ihre Verpflichtung zum Ausdruck, die studentische Friedensbewegung zu erneuern. Als Jimmy Carter ein Programm bekanntgab, in dessen Rahmen die Neunzehnjährigen sich für den Wehrdienst registrieren lassen sollten, ignorierten fast 800 000 junge Leute diese Aufforderung und brachten damit das Registrierungsprogramm praktisch zum Scheitern. In einer Meinungsumfrage, die kürzlich vom Columbia Broadcasting System (CBS) veröffentlicht wurde, hat die Mehrheit der befragten Amerikaner die Rolle der USA in El Salvador entschieden mißbilligt und erklärt, sie würden eine neue Generation junger Leute aktiv unterstützen, die sich dem Wehrdienst entziehen wollten.

Das Nein der Kirchen zur Atomrüstung

Im Hinblick auf die drohende Intervention in Lateinamerika und in der Frage des Atomkrieges sind die Kirchen und ihre Mitglieder eins der stärksten Elemente der Friedensbewegung. Wie wir bereits gesehen haben, hat die Kirche traditionell eine wichtige Rolle in der Bewegung für den Frieden gespielt. Das qualitativ neue Element heute ist die Breite der zunehmenden Beteiligung religiöser Organisationen, vor allem der Katholischen Kirche sowie das Ausmaß, in dem sektiererische theologische Fragen in den Hintergrund getreten sind zugunsten einer klaren und unzweideutigen Ablehnung der amerikanischen Rüstungspolitik. Während des letzten Jahres haben fast vierzig katholische Bischöfe kleiner bis großer Städte öffentliche Erklärungen abgegeben, in denen sie die Aufrüstung der Vereinigten Staaten kritisieren. Vor kurzem bezeichnete Erzbischof John Roach (St. Paul, Minneapolis), der Präsident der amerikanischen Bischofskonferenz, das atomare Wettrüsten als „das gefährlichste moralische Problem der gegenwärtigen öffentlichen Ordnung" und fügte hinzu, daß die Kirche „zum Einsatz atomarer Waffen klar und entschieden Nein sagen muß". Rev. Miles O'Brien Riley von der katholischen Erzdiözese San Francisco nannte die atomare Abrüstung „die moralische Forderung des Tages. Alles andere ist eine bloße Fußnote." Von den amerikanischen Bischöfen der Katholischen Kirche sind 54 Mitglieder von Pax Christi, einer Organisation, die sich für Gewaltlosigkeit einsetzt.

Ein wichtiger Katalysator dieser Entwicklung war in jüngster Zeit die Aktion von Papst Johannes Paul II., der Delegationen von Wissenschaftlern in die „atomaren Hauptstädte" der Welt entsandte, um warnend darauf hinzuweisen, daß die Menschheit einen Atomkrieg nicht überleben kann. Entscheidenden Einfluß auf die Bischöfe hat auch die Politik Ronald Reagans ausgeübt. „Es gibt eine Menge Dinge, die ganz plötzlich zusammentreffen", sagt der jesuitische Theologe Richard McCormick. „Da ist zunächst die enorme Hochrüstung, die von der Reagan-Administration geplant ist. Gleichzeitig gibt es die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen die Bevölkerung ausge-

setzt ist. Dann ist da auch noch die Frustration. Man redet mit den Typen vom Pentagon, und dann heißt es: ‚Wir müssen aufrüsten, aufrüsten und noch einmal aufrüsten', und anscheinend gibt es einfach nichts, das diese Entwicklung aufhalten könnte."

Aktivitäten gegen den Krieg haben in der letzten Zeit auch innerhalb der protestantischen und jüdischen Religionsgemeinschaften erheblich zugenommen. Die ökumenische Riverside-Kirche in New York ist zu einem Sammelpunkt für Aktionen gegen die Atomrüstung geworden. Dort wurde ein intensives Programm mit Vorträgen und Kursen veranstaltet, um zur rechtzeitigen Mobilisierung der öffentlichen Meinung im Hinblick auf die im Juni 1982 stattfindende Sondersitzung der Vereinten Nationen zum Thema Abrüstung beizutragen. Der ökumenische Versöhnungsbund hat ein lebhaftes Echo erfahren, als er eine Schrift mit dem Titel „Ein neues abolitionistisches Bündnis" massenhaft verteilte, einen Ratgeber für Gruppen, die sich gegen die Atomrüstung organisieren wollen. Auf örtlicher Ebene haben Hunderte von Kirchen und religiösen Gruppen in allen Teilen des Landes ihre Aktivität verstärkt und unterstützen die Bewegung für ein Einfrieren der Atomwaffen und andere Aktionen für eine Beendigung des Wettrüstens.

Wie sehr die Ablehnung des Atomkrieges seitens kirchlicher Kreise zugenommen hat, läßt sich vielleicht am besten anhand der Erfahrungen zeigen, die Leroy T. Matthiesen gemacht hat, der römisch-katholische Bischof der ausgedehnten, konservativen Diözese im schmalen Fortsatz des Staates Texas. Matthiesen war zutiefst beunruhigt, als ein Mitglied seiner Gemeinde, ein Arbeiter in einer Fabrik, in der Atomwaffen zusammengebaut werden, verhaftet wurde, weil er gegen solche Waffen demonstriert hatte. Der Bischof besuchte sein Gemeindemitglied und kehrte tief bewegt und erschüttert zurück. Als die Regierung Reagan dann ankündigte, sie werde die Produktion der Neutronenbombe fortsetzen, beschloß Matthiesen, sich öffentlich zu äußern. Er ermahnte „Personen, die mit der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen zu tun haben, . . . eine solche Tätigkeit aufzugeben und eine Beschäftigung anzustreben, die friedlichen Zwecken gewidmet ist". Hier hatte die Basis der Kirche einen freundlichen Priester erreicht, der sich noch nie mit der Antikriegsbewegung identifiziert hatte. Hier werden Charakter und Potential der Volkserhebung gegen das Wettrüsten sichtbar.

II. Für ein „Einfrieren" der Atomwaffen – die „Freeze"-Campaign

Inmitten dieser anwachsenden Bewegung beschäftigten sich einige traditionelle Friedensgruppen mit dem Problem, eine einfache, aber wirksame Methode zu finden, einen möglichst großen Teil der Wählerschaft für den Frieden zu mobilisieren. Im Jahre 1978, als man gerade Aktionen zur ersten Sondersitzung der Vereinten Nationen zum Thema Abrüstung vorbereitete, begannen Gruppen wie das American Friends Service Committee der Quäker, der Internationale Frauenbund für Frieden und Freiheit und der amerikanische Versöhnungsbund damit, das Konzept einer „Kampagne für ein Einfrieren der

Atomwaffen" auszuarbeiten. Diese Organisationen waren besorgt über die Rüstungsspirale, die amerikanische Tendenz, das Thema des atomaren Krieges zu verdrängen, und über die zerstörerische Wirkung, die eine geradezu unvorstellbare Medien- und Regierungskampagne zum Thema der angeblichen „sowjetischen Bedrohung" auf die Öffentlichkeit ausübte.

Es wurde ein einfacher Vorschlag angenommen, in dem die Beschränkung der Aufrüstung seitens der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gefordert wurde, und zwar durch ein „beiderseitiges, kontrollierbares Einfrieren der weiteren Erprobung, Herstellung und Verbreitung atomarer Waffen, Raketen und neuer Flugzeugtypen . . .". Die Idee des „Einfrierens" wurde dann von Randall Forsberg, der Gründerin des Instituts für Verteidigungs- und Abrüstungsstudien, 1980 in einer Veröffentlichung mit dem Titel „Aufruf zur Beendigung des atomaren Wettrüstens" und in einem zusätzlichen Arbeitspapier mit dem Titel „Strategie für eine Beendigung des atomaren Wettrüstens" weiter ausgeführt.

Diese Kampagne für das Einfrieren der Atomwaffen war geplant als ein *erster Schritt* auf dem Wege zu einer „wirklichen Abrüstung". Mit ihr sollten die von der Regierung geschürten Ängste vor einseitigen Abrüstungsmaßnahmen abgebaut werden, und durch die Betonung der Kontrolle sollte versucht werden, das Mißtrauen gegenüber den Sowjets zu berücksichtigen. Die Kampagne sollte einen Prozeß einleiten, der sich über mindestens vier bis fünf Jahre erstrecken würde. Man wollte auf der örtlichen Ebene beginnen, diese örtlichen Initiativen dann zu einflußreicheren Gremien auf Großstadt- und Staatsebene zusammenfassen und schließlich die erwartete Welle öffentlicher Unterstützung auf höchster Ebene wirksam werden zu lassen, wo dann das Einfrieren zum Bestandteil der offiziellen Verteidigungspolitik der Regierung werden sollte.

In der ersten Phase der Kampagne versucht man, einen Abbau der Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu erreichen, einen Verbreitungsstopp für diejenigen Waffen herbeizuführen, mit denen ein erster Schlag geführt werden kann, Parität und Vertrauen zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten, einen wirklichen Abbau der Waffenarsenale vorzubereiten, zur Beendigung der Weitergabe von Atomwaffen an andere Länder beizutragen, die amerikanische Wirtschaft durch erhöhte Ausgaben für die zivile Produktion zu stärken und die nationale Sicherheit durch eine Verringerung der Atomkriegsgefahr zu erhöhen.

Die Kampagne für ein Einfrieren der Atomwaffen ist von Teilen der Friedensbewegung kritisiert worden, die erklärten, diese Bewegung behandle die Atomwaffen als eine Verirrung, als „atomaren Wahnsinn", und trenne sie von der grundsätzlichen Natur des wirtschaftlichen und politischen Systems der Vereinigten Staaten. Man wirft der Kampagne vor, sie betrachte das Wettrüsten als ein technisches Problem, das außer Kontrolle geraten sei – trotz der Tatsache, daß weder das Problem, noch seine Lösung aus ihrem gesellschaftlichen und politischen Kontext herausgelöst werden können. Man ist der

Meinung, die Kampagne versäume es, die notwendigen Zusammenhänge zwischen Krieg, Rassismus und Sexismus aufzuzeigen; sie betone den Konflikt zwischen den USA und der UdSSR und ignoriere gleichzeitig die amerikanischen Bemühungen, die Befreiung in den Entwicklungsgebieten zu unterminieren.

Historisch gesehen hat die amerikanische Friedensbewegung tatsächlich Schwierigkeiten gehabt, eine systematische Analyse der gesellschaftlichen Kräfte und sozialen Beziehungen Amerikas zu erstellen, in der der Militarismus als integrierter Bestandteil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems erscheinen müßte. Diese Schwäche spiegelt die starken bürgerlichen und pazifistischen Einflüsse auf eine recht uneinheitliche Bewegung wider. Ein anderes Problem bestand jedoch darin, einen breiten Aufruf auszuarbeiten, der genau dem Niveau der politischen Toleranz in der Öffentlichkeit entspricht. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Kampagne bestrebt, eben diese Öffentlichkeit weiterzuentwickeln, so daß umstrittenere Konzepte an die Stelle relativ leicht verdaulicher politischer Ideen treten können. Die Kampagne für das Einfrieren der Atomwaffen ist kein starres Schema, sondern ein dynamischer Prozeß, in dem breite Wählerkreise um eine relativ einfache Idee geschart werden sollen, die die Verwirrung und Erschöpfung vermeidet, die Amerikaner empfinden, wenn sie sich mit dem Wettrüsten befassen. Ursprünglich gab es eine Tendenz unter einigen Anhängern der Kampagne, diese Bewegung isoliert von der politischen Struktur formaler Verhandlungen zu sehen. Dies war Ausdruck einer antisowjetischen Strömung, die das Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Politik begleitete. Das führte dann zu, die SALT-Verhandlungen als einen Kuhhandel der „Supermächte" aufzufassen, der nur dem Ziel diene, die Rüstungsproduktion auf einem hohen Stand zu halten. Die vorherrschende Meinung unter den Anhängern der Kampagne strebt jedoch an, einen unwiderstehlichen Druck der Öffentlichkeit zu entwickeln, um so ein Einfrieren durch Verhandlungen zu erreichen und einen Prozeß in Gang zu setzen, in dessen Verlauf eine energische politische Mehrheit schließlich fruchtbare Verhandlungen erzwingt, die zu grundlegenden Veränderungen in der Rüstungs- und Außenpolitik der Vereinigten Staaten führen.

Die Kennedy/Hatfield-Initiative im Kongreß

Trotz der Tatsache, daß die Initiative für das Einfrieren der Atomwaffen im großen und ganzen eine bürgerliche Bewegung bleibt, sind ihre jüngsten Erfolge überwältigend. Am 10. März 1982 kamen Kongreßmitglieder, kirchliche Vertreter, Abrüstungsexperten und Organisatoren von der Basis in Washington zusammen und gaben bekannt, daß 17 Senatoren und 122 Mitglieder des Repräsentantenhauses den Aufruf für ein Einfrieren der Atomwaffen unterstützen. Unter Führung des demokratischen Senators Edward M. Kennedy und des Republikaners Mark Hatfield wandte sich dieses bedeutsame Gremium führender Politiker gegen die Auffassung, für die USA würden strategische Nachteile durch das Einfrieren eines Wettrüstens entstehen, das die Welt

bereits mit mehrfacher Vernichtung bedroht. Führende Politiker aus allen Teilen des Landes unterstützen die Kampagne, unter ihnen so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas P. O'Neill jun. (Massachusetts) und Konservative aus Oklahoma und Louisiana.

Über eine Million Unterschriften sind zur Unterstützung der Idee bereits gesammelt worden. Resolutionen, in denen das Einfrieren befürwortet wird, sind von den gesetzgebenden Organen in Connecticut, Massachusetts und Oregon, sowie von den Abgeordnetenkammern in New York, Wisconsin, Kansas und Vermont verabschiedet worden. Im traditionell konservativen Vermont haben 159 von insgesamt 180 Stadtversammlungen für eine Resolution gestimmt, in der ihre Kongreßdelegationen aufgefordert werden, für das Einfrieren zu stimmen, und erst kürzlich stimmten 22 Städte in New Hampshire für einen ähnlichen Beschluß. Initiativen für Volksbefragungen auf bundesstaatlicher Ebene haben in Michigan, New Jersey, Delaware und in Kalifornien begonnen, wo allein über eine halbe Million Unterschriften gesammelt wurden. Initiativen für das Einfrieren der Atomwaffen existieren jetzt in 43 Bundesstaaten.

Die Reaktion der Regierung auf diese Kampagne besteht in einer Mischung aus Angst, Überraschung, Vorsicht und Ablehnung. Sprecher der Regierung beklagen, ein Moratorium auf dem Gebiet der Waffenentwicklung würde den Sowjets einen enormen „Vorteil" einräumen und sie auf diese Weise davon abhalten, sich für einen Rüstungsabbau einzusetzen. Die Senatoren Kennedy und Hatfield haben die bizarre Arithmetik der Regierung scharf kritisiert, sowie ihr unbekümmertes Vernachlässigen der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der einsatzfähigen Atomsprengköpfe nach wie vor klar überlegen sind. Die Debatte, die von der Kampagne angestrebt wurde, beginnt jetzt. Die negative Reaktion der Regierung Reagan ist ein Indiz für das Potential der Kampagne. Der politische Konflikt in der Frage des Einfrierens stellt für Tausende von Amerikanern, die sich bereits energisch an Aktionen beteiligen, eine wirkungsvolle Erziehung dar. Die Unnachgiebigkeit der Regierung kann dazu führen, daß die Öffentlichkeit klarer erkennt, welche Kräfte ein Ende des Rüstungswettlaufs fordern. Wenn die Friedensbewegung ihre eigene Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Wurzeln des amerikanischen Dranges nach Überlegenheit ausarbeitet, wird sie eine noch größere Aufgeschlossenheit der Bevölkerung erreichen. Das ist ein wichtiger, dynamischer Aspekt der Kampagne.

III. Mehr Arbeitsplätze durch weniger Rüstung – die „Jobs with Peace"-Kampagne

Die Bewegung „Jobs with Peace" (Arbeitsplätze mit/durch Frieden) ergänzt die Kampagne für das Einfrieren der Atomwaffen. Diese Bewegung basiert auf der Erkenntnis, daß die traditionelle Friedensbewegung allein den Frieden nicht erreichen kann, und sie vertritt die Auffassung, daß der Kampf um die Beibehaltung sozialer Leistungen und die Sicherung der Arbeitsplätze

wichtig ist im Rahmen einer militarisierten Wirtschaft. Diese Bewegung schafft die Basis dafür, Zehntausende von Arbeitern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Mitgliedern der unterdrückten Minderheiten, alte Menschen und viele andere für die Sache des Friedens zu gewinnen.

Die Politik der Reagan-Administration spiegelt die Tatsache wider, daß eine bezeichnende Umgruppierung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte, die die amerikanische Gesellschaft bestimmen, ihren Höhepunkt erreicht hat. Vierzig Jahre lang basierte die amerikanische Gesellschaft auf den beiden Säulen einer militarisierten Wirtschaft und institutionalisierter Ausgaben für soziale Zwecke. Der Rüstungsstaat schuf Arbeitsplätze und sorgte für den nötigen Nachdruck, wenn es für die Verwirklichung eines „amerikanischen Jahrhunderts" ging; der Wohlfahrtsstaat lieferte die Butter, von der in der Formel „Kanonen und Butter" die Rede ist, und garantierte Stabilität und den politischen Gehorsam von Teilen der Arbeiterklasse und bei den Armen. Anläßlich des historischen Niedergangs der amerikanischen Machtstellung im In- und Ausland während der 70er Jahre wurden einige wichtige Entscheidungen getroffen. Es wurde beschlossen, die hohe Verschuldung der amerikanischen Unternehmensstruktur durch einen Abbau der Sozialprogramme aufzufangen, sowie durch eine enorme Umleitung finanzieller Mittel in den Bereich der Ausgaben für militärische Zwecke, wo hohe Profite zu erzielen waren. Es bildete sich eine Gruppe von „managerhaften" Politikern, die dazu rieten, Knappheits- und Teuerungserscheinungen zu akzeptieren, und die sich für eine Kürzung der Programme einsetzten, mit denen der Armut, den schlechten Wohnverhältnissen und der schlechten Ernährung begegnet werden sollte. Die Hysterie des Kalten Krieges wurde wiederbelebt und sollte den Weg ebnen zur Zerstörung der sozialen Leistungen und zu einer Eskalation der Rüstungsausgaben. Die gegenwärtige Regierung erhöhte die Rüstungsausgaben in direktem Verhältnis zu den Kürzungen im Sozialbereich. Die Rüstungsausgaben erreichen im Haushaltsjahr 1982 die Rekordhöhe von 226 Milliarden Dollar, während lebenswichtige Sozialprogramme gleichzeitig brutal um 35 Milliarden Dollar gekürzt wurden.

Die Intensivierung der Rüstungsausgaben hat auf die zivile Wirtschaft zerstörerische Wirkungen ausgeübt. Sie hat zu weniger Arbeitsplätzen geführt als bei vergleichbaren Investitionen im zivilen Bereich möglich gewesen wären, sie hat die Inflationsrate erhöht, verringert auch weiterhin die amerikanische Produktivität und ermöglicht dem militärisch-industriellen Komplex exzessive Profite.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen versucht die Bewegung „Arbeitsplätze durch Frieden" Arbeiter und ethnische Minderheiten außerhalb der Friedensbewegung anzusprechen und konkrete Aktionen von Gewerkschaften und Minderheitsorganisationen zu fördern, wo immer dies möglich ist. Sie apelliert an das fundamentale Eigeninteresse der arbeitenden Bevölkerung, wenn sie erreichen will, daß finanzielle Mittel dem militärischen Bereich entzogen und lebenswichtigen innenpolitischen Programmen zugeführt werden.

Die Kampagne „Jobs with Peace" begann Ende der 70er Jahre in San Francisco und breitete sich dann nach Boston aus, wo ihre organisatorische Strategie auf dem Bemühen basierte, Richtlinien auf dem Wege der Volksbefragung durchzusetzen, in denen die örtlichen Amtsträger aufgefordert wurden, sich an den Kongreß zu wenden und zu verlangen, Gelder von den unnötigen Rüstungsausgaben abzuziehen und für Programme zur Arbeitsbeschaffung im zivilen Sektor zu verwenden. Im November 1980 wurden entsprechende Referenden der Kampagne „Arbeitsplätze durch Frieden" bei der Wahl der Staatssenatoren in vier Wahlbezirken von Massachusetts von 54,9% der Wähler unterstützt. Ähnliche Volksbegehren waren in San Francisco, Madison (Wisconsin), Oakland und Berkeley (Kalifornien), sowie in verschiedenen anderen Städten erfolgreich.

72 Prozent für „Jobs with Peace" in Boston

1981 konnte die Bewegung einen bedeutsamen Sieg verbuchen, als Boston den betreffenden Vorschlag mit der erstaunlichen Mehrheit von 72% der Wählerstimmen verabschiedete. In konservativen Bezirken, die bislang immer durch den Widerstand gegen die Aufhebung der Rassentrennung in den Schulen gelähmt waren, erreichte der Antrag eine Mehrheit von 69%; in schwarzen und weißen liberalen Wohngebieten wurden sogar aufsehenerregende 95% erreicht.

Bezeichnenderweise unterstützen eine Reihe wichtiger Gewerkschaften die Bewegung „Jobs with Peace". Zu ihnen gehören die Vereinigten Automobilarbeiter, die Gewerkschaft der Staats-, Bezirks- und Gemeindeangestellten, die amerikanische Lehrergewerkschaft und die Internationale Assoziation der Maschinenbauer.

Gegenwärtig ist die Kampagne bemüht, ihre Volksbefragungsinitiativen auf die gesamte Nation auszudehnen (und findet dabei die Unterstützung vieler etablierter Friedensgruppen). Für 1982 sind Volksbefragungen geplant in Chikago, Seattle, Milwaukee, Baltimore und in zahlreichen kleineren Orten. Die Kampagne dehnt ihre Bildungsprogramme aus und bemüht sich verstärkt darum, Resolutionen in die staatlichen Parlamente, Stadträte, Gewerkschaften und Minderheitsorganisationen einzubringen. Letztlich hofft die Kampagne darauf, eine politische Mehrheit zu gewinnen, um auf diese Weise den Kongreß zu zwingen, Gelder von den Rüstungsausgaben abzuziehen und sie für soziale Leistungen zu verwenden.

Daß die Initiative „Arbeitsplätze durch Frieden" in zunehmendem Maße von der organisierten Arbeiterschaft akzeptiert wird, markiert eine bedeutsame Entwicklung im amerikanischen Friedenskampf. Der Reagan-Administration gelingt es nicht mehr, die traditionelle Koalition des Kalten Krieges aufrecht zu erhalten, die wesentlich von der Beteiligung der Gewerkschaften abhängt. Bislang hat zwar der wichtigste gewerkschaftliche Dachverband AFL-CIO noch nicht definitiv mit der Rüstungspolitik der Regierung gebrochen. Auf der jährlichen Vorstandskonferenz im Februar hat die AFL-CIO jedoch zum er-

sten Mal das verheerende Ausmaß des Militärbudgets und die schädlichen Folgen für Programme im zivilen Bereich kritisiert. Die bisherige „heilige Kuh" der Ausgaben für militärische Zwecke scheint im Sterben zu liegen.

Zu der Gewerkschaftsdemonstration am 19. September 1981 in Washington, an der sich weit über eine halbe Million Menschen beteiligten, wurde auf einem Meer von Transparenten, die von den Gewerkschaftsmitgliedern der Basis mitgebracht wurden, die Forderung „Arbeitsplätze statt Waffen!" erhoben. Außerdem wurde für die Beibehaltung der traditionellen Sozialhilfezahlungen demonstriert, eine Forderung, die weithin das Gesicht der gewerkschaftlichen Kämpfe in den dreißiger Jahren bestimmte. Die zerstörerischen Auswirkungen einer militarisierten Wirtschaft auf die Beschäftigung im zivilen Bereich und auf das Leben selbst werden von immer weiteren Kreisen erkannt. Eine der wichtigsten strategischen Aufgaben besteht für die Friedensbewegung darin, die Forderung nach Frieden zu einem Bestandteil des Grundsatzprogramms der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung werden zu lassen.

IV. Probleme und Zukunftsaussichten der Friedensbewegung in Amerika

Trotz der enormen Erfolge der anwachsenden Friedensbewegung bleiben ernste Probleme weiterhin bestehen. Washington hat die Propaganda des Kalten Krieges verstärkt und versucht, die öffentliche Meinung durch ein ganzes Aufgebot falscher „Statistiken" zu täuschen, in denen von einer sowjetischen Rüstungsüberlegenheit die Rede ist. Die vielen sowjetischen Vorschläge zu zahlreichen Themen, die den Weltfrieden betreffen, sind der großen Mehrheit der Amerikaner bis heute praktisch unbekannt geblieben. Eine neugebildete Koalition von Kalten Kriegern, Monopolisten und Militaristen hat sich tiefer verschanzt und boxt voller Arroganz ihr Programm durch, ohne sich um die zunehmende Friedensstimmung zu kümmern.

El Salvador und das „Vietnam-Syndrom"

Ereignisse, die mit Fragen der Intervention zu tun haben, liefern einen wichtigen Schlüssel dafür, wie die Konturen einer erfolgreichen allgemeinen Friedenskampagne aussehen sollten. Präsident Reagan und Außenminister Haig haben versucht, den Aufstand in El Salvador als „sowjetischen und kubanischen Expansionismus" hinzustellen, und sie haben die Amerikaner aufgefordert, das „Vietnam-Syndrom", d. h. ihre Ablehnung einer Intervention, zu überwinden. Jüngste Meinungsumfragen zeigen jedoch, daß die Amerikaner El Salvador für ein zweites Vietnam halten; eine überwältigende Mehrheit ist gegen jede weitere Militärhilfe für die Junta und gegen ein direktes militärisches Eingreifen. Große Teile der katholischen Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Regierungspolitik. Die europäischen Verbündeten der USA und Staaten der Region wie Mexiko drängen darauf, durch Verhandlungen zu einer Einigung mit der Opposition in El Salvador zu gelangen. Wichtige Gruppen innerhalb der herrschenden Kreise selbst haben

sich beunruhigt über ein weiteres Eingreifen in El Salvador geäußert. Damit sieht Washington sich von einem Zusammenwirken sehr verschiedener Kräfte eingekreist und in zunehmender Weise durch die öffentliche Meinung, die politische Opposition seitens der Verbündeten und die politische Opposition im eigenen Land isoliert, die sich alle gegenseitig in komplexer Weise durchdringen. Auf jeder Ebene der amerikanischen und der internationalen Gesellschaft befinden sich zahlreiche Gruppen im Konflikt mit der Politik Washingtons. Zur Zeit scheint sich das Gleichgewicht eher gegen eine weitere Intervention zu neigen. Diese Situation legt den Schluß nahe, daß die Einheit divergierender und sogar (unter anderen Umständen) antagonistischer Kräfte es ermöglichen kann, mit dem zentralen Problem unserer Zeit fertig zu werden: zu verhindern, daß ein globaler Atomkrieg die Antwort auf die unvermeidlichen Prozesse darstellt, die sich in der Auswirkung gesellschaftlicher Veränderungen ergeben.

Aufgaben der Friedensbewegung

Nichtsdestoweniger steht die amerikanische Friedensbewegung vor dringenden Aufgaben:

1. Sie muß das politische Verständnis der Nation für die Ursachen des Konflikts vertiefen, ohne aus diesem Problem eine Vorbedingung für ein breites Zusammenwirken in unmittelbar anstehenden Fragen zu machen. In dieser Hinsicht besteht auch weiterhin die Notwendigkeit, klare und verläßliche Informationen zur angeblichen „sowjetischen Bedrohung" zu liefern, da dieses Thema auch weiterhin eine wirkungsvolle Waffe im Arsenal der Kalten Krieger bleiben wird. Das von Admiral G. La Rocque geleitete Zentrum für Verteidigungsinformation in Washington hat auf diesem Gebiet wertvolle Dienste zur Verfügung gestellt. Da die politische und strategische Befürwortung des Wettrüstens von immer mehr Menschen aufgegeben wird, ist zu hoffen, daß die amerikanische Friedensbewegung eine Stärkung durch das Ansehen und die Autorität weiterer früherer Militärs erfährt, wie das in Europa der Fall ist.

Die Einigkeit der Friedensbewegung hängt in starkem Maße davon ab, wie sie mit dem allgemeinen Problem der Vorurteile oder Vorbehalte gegenüber der Sowjetunion fertig wird. Natürlich ist es weder möglich noch notwendig, zu einem Urteil über den innenpolitischen Charakter des Lebens in der Sowjetunion zu gelangen. Eine solche Frage ist unangebracht und behindert die Friedensgruppen nur in ihrer Aktivität. Aber es ist notwendig, der Wahrheit über die Ursachen des Wettrüstens und der internationalen Spannungen nachzugehen. Taktiken, die prinzipienlose und unzutreffende Angriffe auf die Sowjets beinhalten, stärken nur die Position der Kalten Krieger und bewirken nichts für eine Stärkung des Friedensgedankens.

2. Es besteht die Notwendigkeit der Einheit in der Verschiedenheit. Zwar zeigt die Bewegung auch weiterhin eine Reife und gegenseitigen Respekt, die in der Vietnam-Ära nicht immer vorhanden waren, aber es besteht noch immer ein beträchtliches Problem, was die lebensnotwendige Einheit und Zu-

sammenarbeit anbetrifft. Eine in Fraktionen aufgespaltene Bewegung kann nicht die Unterstützung der allgemeinen Öffentlichkeit gewinnen, politische Verwirrung nicht überwinden und auch nicht die Stärke aufbringen, mächtige politische Gegner zu überwinden.

3. Die Friedensbewegung muß ihre Konzeption einer „Bewegung" als solcher ausweiten, um über sich hinaus zu wirken und Millionen zu erreichen, die nicht bereit sind, sich organisatorisch zu beteiligen, aber entschlossen sind, gegen Haushaltskürzungen zu kämpfen und sich mit anderen Themen zu befassen, die mit dem Wettrüsten in Verbindung stehen.

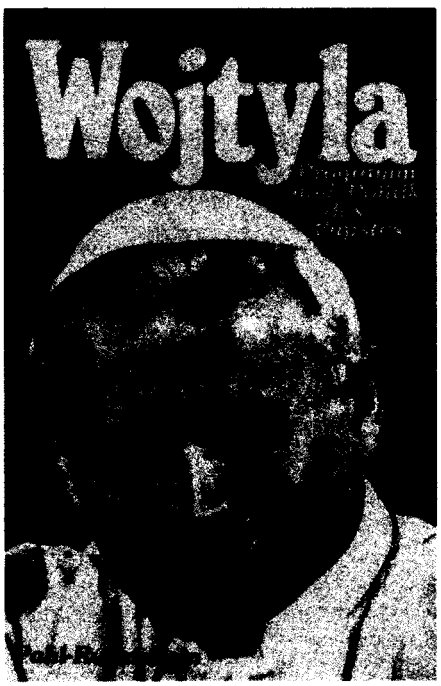
4. Wenn die Friedensbewegung sich zu einer dauerhaften politischen Mehrheit entwickelt, braucht sie eine umfassende Strategie. Sie muß eine klare Analyse der Stärken und Schwächen konkurrierender und potentiell konkurrierender Kräfte ausarbeiten. Sie muß jeden Widerspruch in den Reihen der Kriegstreiber ausnutzen und eine Vielzahl von Techniken und Vorgehensweisen entwickeln, um alle diejenigen anleiten zu können, die in der wichtigsten Frage in Opposition stehen. So reichen zum Beispiel gerade jetzt die Befürchtungen angesichts der Reaganschen Wirtschaftspolitik bis hinein in die höchsten Kreise der Wirtschaft. Führende Republikaner haben erklärt, die Militärausgaben dürften nicht tabu sein, wenn es darum gehe, Möglichkeiten zum Ausgleich des Haushalts ausfindig zu machen. Der von zweihundert wichtigen Unternehmen veranstaltete „Business Roundtable" hat die von der Regierung betriebene katastrophale Politik der Steuerkürzungen (für die Reichen) und der massiven Erhöhung der Militärausgaben kritisiert. Diese Entwicklungen bieten die Möglichkeit zu taktischen Bündnissen, mit denen begrenzte Erfolge im Kampf gegen die Rüstungsausgaben erreicht werden können. Von hier aus ist es dann auch möglich, eines Tages einen massiven Aufschrei angesichts der Gefahr eines thermonuklearen Krieges zu erreichen.

5. Wenn die Friedensbewegung ihr Vorgehen an einer soliden Analyse orientiert, dann sollte sie sich im wesentlichen zu einer breiten Bewegung sozialer Aktion gegen die Macht und die Politik derjenigen entwickeln, die die militarisierte Gesellschaft hervorgebracht haben. Zumindest ein Teil der Friedenswähler sollte sich gleichfalls zu einer politischen Wählerbewegung entwikkeln, die in der Lage ist, den Wählern Alternativen vorzulegen und sich mit um die Kontrolle der politischen Prozesse zu bewerben.

Eine wichtige Inspiration für die Friedensbewegung in den USA war und ist die breite und einflußreiche europäische Bewegung. Massive europäische Demonstrationen gegen eine neue Generation von Mittelstreckenraketen haben Millionen von Amerikanern beeindruckt. Die weltweite Friedensbewegung ist von entscheidender Bedeutung dafür, daß Amerikaner sich einen breiteren Überblick verschaffen und zu einem klareren Bild vom Charakter des Wettrüstens gelangen können. Insbesondere die europäische Bewegung hat wichtige Lektionen erteilt, wie man sich organisiert und wie man etwas bewirken kann.

Aktionen zur UNO-Sondersitzung im Juni 1982

In diesem Geist schließt sich nun die Friedensbewegung in den USA zusammen und konzentriert sich auf die bevorstehende zweite Sondersitzung der Vereinten Nationen zum Thema Abrüstung. Man hofft, daß am 12. Juni 1982 Hunderttausende von Amerikanern aus allen Lebensbereichen in New York marschieren und demonstrieren werden, um sich für die Forderung einzusetzen, daß die nuklearen Staaten das atomare Wettrüsten einfrieren und rückgängig machen und Mittel, die der Rüstung entzogen werden, zur Verfügung stellen, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Nach der Eröffnung der Sondersitzung am 6. Juni wird es viele Aktivitäten geben: ein internationales Symposium zum Thema Atomkrieg, Friedensmärsche und ein internationales religiöses Treffen. Bei dieser Gelegenheit wird es eine Flut von gemeinsamen Anstrengungen geben, um die Menschen auf die Gefahr eines Atomkrieges aufmerksam zu machen, die Verbindung zwischen dem sinkenden Lebensstandard und der Erhöhung der Rüstungsausgaben zu verdeutlichen, die Verbindung zwischen der Abrüstung und einer Entwicklung im Weltmaßstab aufzuzeigen, sich mit Menschen in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika zusammenzuschließen, um auch weiterhin eine Massenbewegung für Frieden, Abrüstung und Gerechtigkeit aufzubauen.



Adalbert Krims

Wojtyla

Programm und Politik des Papstes

220 Seiten, DM 14,80

Das Buch analysiert die zahlreichen Reden des Papstes, seine drei Enzykliken und nicht zuletzt seine umfangreiche Reisediplomatie. Es zeigt sich , daß gerade dieser Papst, der immer wieder eine „unpolitische" Kirche predigt, ein ausgesprochen politischer Papst ist. Die Propagierung eines „christlich geeinten Europas", die Bezeichnung des Atheismus als Hauptgefahr für die heutige Menschheit, das Klassenkampf- und Gewaltsverbot für die Unterdrückten und das Schweigen gegenüber „christlichen" Diktatoren weisen Johannes Paul II. trotz seiner nach außen hin demonstrierten Weltoffenheit als einen gesellschaftspolitisch zutiefst konservativen Papst aus.

Pahl-Rugenstein

Restauration der amerikanischen Vorherrschaft oder westeuropäische Emanzipation[1])

Von Thomas Nielebock, Wolfgang Schwegler und Klaus D. Wolf

Spannungen, Verstimmungen und Meinungsverschiedenheiten sind im NATO-Bündnis nicht neu, sondern begleiten es über all die Jahre seines Bestehens hinweg. Diese Belastungen des Bündnisses wurden unter dem Hinweis auf die NATO als einem Zusammenschluß souveräner Staaten für verkraftbar und als etwas Selbstverständliches bewertet. Sie gelten als nur kurzlebige Episoden in einer von einem gemeinsamen Grundkonsens der jeweiligen Regierungen und der Mehrheit der Bevölkerung getragenen Allianz. Dieser Grundkonsens scheint auch heute noch die Politik der NATO zu bestimmen und ihr Handlungsfähigkeit zu verleihen. So jedenfalls will die Bundesregierung den Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 über die Stationierung von Mittelstreckenwaffensystemen in Westeuropa und das damit verbundene Rüstungskontroll-Angebot an die Sowjetunion gewertet wissen. Doch trotz dieser Dokumentation von Einstimmigkeit und Handlungsfähigkeit wollen die Stimmen nicht verstummen, die von einer erneuten Krise des NATO-Bündnisses sprechen. Zu häufig wurde von führenden Politikern Westeuropas Kritik an der amerikanischen Politik geäußert, zu deutlich wurden die westeuropäischen Allianzpartner von den USA in Entscheidungsprozesse nicht einbezogen und zu kraftlos wirkte diesmal der aus der Trickkiste politischer Propaganda hervorgeholte Vorwurf des Antiamerikanismus. Es ist eben nicht alles ‚anti', was Kritik ist. Die sich seit Ende des Jahres 1981 in den USA formierende, von Bürgerversammlungen und Volksabstimmungen getragene „Kampagne für das Einfrieren der Atomwaffen" (Freeze Campaign) sieht sich gerade in der Tradition der alten Ideale Amerikas. Der Aufruf dieser neuen amerikanischen Friedensbewegung wurde bis zum März 1982 auch von 138 Abgeordneten des Repräsentantenhauses und 19 Senatoren unterzeichnet. Dies kann als fast sicheres Indiz für einen bevorstehenden Stimmungswandel in großen Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit in Richtung dessen gewertet werden, was diesseits des Atlantik mit pathologischer Standhaftigkeit als „antiamerikanisch" gebrandmarkt wird.

I. Die „Direktoren-Studie" über „Die Sicherheit des Westens"

Von einer transatlantischen Krise mit mehr als kurzfristigen bzw. eher zufälligen Wurzeln gehen auch die Direktoren offiziöser Forschungsinstitute in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien und Frankreich sowie in

1) Dieser Beitrag stellt eine für die „Blätter" gekürzte und überarbeitete Fassung eines Teils der von der Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen herausgegebenen Studie „Der Westen und die internationale Sicherheit. Argumente für eine andere Sicherheitspolitik" dar. Die Gesamtstudie ist zu beziehen beim Verein für Friedenspädagogik Tübingen e. V., Seelhausgasse 3, 7400 Tübingen (07071-4401).

der Bundesrepublik Deutschland in einer Studie mit dem Titel „Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben"[2]) aus. Sie sprechen von historischen und strukturellen Trendbewegungen und konstatieren insbesondere eine Veränderung im Machtgleichgewicht zwischen Europa und den USA auf wirtschaftlichem Gebiet sowie einen Generations- und Elitenwechsel zuungunsten der europa-orientierten politischen Eliten. Neben „zunehmenden Spannungen zwischen Ost und West" und „verstärkten militärischen Bedrohungen der Sowjetunion in Europa", begründen die Autoren die Notwendigkeit ihrer Abhandlung mit „einer zunehmend labilen und unbeständigen Dritten Welt", von der der Westen „hinsichtlich seines wirtschaftlichen Überlebens immer stärker abhängt". (1)[3])

Zur konkreten Bearbeitung der Bedrohung bzw. zur Definition der gemeinsamen westlichen Interessen schlagen die Autoren neue Konsultationsmechanismen auf mehreren Ebenen vor:
– Die NATO soll sich dabei auf Europa konzentrieren und ihren Zuständigkeitsbereich nicht verändern. Dieser Vorschlag trägt den zu erwartenden parlamentarischen Problemen einer „förmliche(n) Erweiterung ihres geographischen Verantwortungsbereiches" Rechnung (47). Dennoch soll die NATO „das Verfahren gemeinsamer Bewertung und Konsultation" auf relevante Vorgänge in der Dritten Welt erweitern (47). Der Siebener-Gipfel soll „sich künftig politischen und sicherheitspolitischen Fragen zumindest ebenso intensiv wie wirtschaftlichen Problemen widmen". (48) Ein Sekretariat sollte zur Vorbereitung der jährlichen, strategisch orientierten Debatten errichtet werden.
– Zentral ist der Vorschlag des Schlüsselstaaten-Konzepts, d. h. „politische und sicherheitspolitische Probleme außerhalb der zentraleuropäischen Front" sollen von „zahlenmäßig kleine(n) Gruppen der jeweiligen Schlüsselstaaten, die direkt betroffen" sind, gelöst werden. (49) „Das Organisationsprinzip müßte darin bestehen, daß nur solche Länder herangezogen werden, die in der Lage und bereit sind, in der krisenbedrohten Region konkrete Verpflichtungen zu übernehmen." (49)

Die Zusammensetzung der Schlüsselstaaten ist je nach Region verschieden. „Dennoch gehen wir davon aus, daß die Kerngruppe in der Regel die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Japan umfaßt." (49)

Bezüglich der konkreten westlichen Politik in der Dritten Welt empfehlen die Direktoren „daß Europäer und Amerikaner entweder im Nahen und Mittleren Osten oder aber in Regionen außerhalb des euorpäischen Schauplatzes eine militärische Schlagkraft verfügbar halten"(33). „Politische und praktische Schwierigkeiten", bei der „aktive(n) militärische(n) Beteiligung der Europä-

2) Karl Kaiser/Winston Lord/Thierry de Montbrial/David Watt, Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben, Bonn 1981.
3) Alle ohne nähere Angaben vorfindlichen eingeklammerten Zahlen geben die jeweilige Seitenzahl des Zitats aus der Studie „Die Sicherheit des Westens" an.

er", sowie auch „beachtliche innere und äußere Vorbehalte" in Japan und der Bundesrepublik Deutschland gegen eine Übernahme „globale(r) militärische(r) Verantwortung", lassen die Autoren eine arbeitsteilige Politik empfehlen, bei der „die Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe auf die Vereinigten Staaten fällt, während die Europäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten, wo dies angemessen ist (wie im Fall Frankreichs und Großbritanniens), und/oder Unterstützung für die amerikanische schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um Verstärkung bestehender westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben in Europa die Möglichkeit schaffen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden". (40)

Unterstützend zu dieser neo-imperialen Politik mittels „schneller Eingreiftruppen" soll eine Wirtschaftshilfe für arabische Länder und strategisch wichtige Staaten wie die Türkei, Pakistan oder Ägypten etabliert werden, die Rüstungsexporte miteinschließt(41).

Das amerikanisch-sowjetische Machtgleichgewicht (äußeres Machtgleichgewicht) hat sich nach Meinung der Direktoren zugunsten der Sowjetunion verschoben. „Im Bereich der Sicherheit hat sich das empfindliche ‚Gleichgewicht der Ungleichgewichte'. . . . , auf das sich in den 60er Jahren die NATO-Politik der flexiblen Erwiderung stützte, als Folge der gewaltigen militärischen Expansion der Sowjetunion auf allen Gebieten des letzten Jahrzehnts verändert – manche sagen, es sei zusammengebrochen." (9). Das „äußere Machtgleichgewicht" muß durch eine substantielle Verbesserung der Fähigkeit der Vereinigten Staaten, weltweit handeln zu können, wieder hergestellt werden. „Das bedeutet nicht, daß die Vereinigten Staaten auf die Wiederherstellung ihrer überwältigenden Überlegenheit der Nachkriegszeit bedacht sein müssen" (31), doch die „Glaubwürdigkeit des amerikanischen Abschreckungssystems" (22) muß sichergestellt werden.

Faktisch bedeutet dies, daß die Militärpolitik der Reagan-Administration, die eine Modernisierung der atomaren Waffenarsenale vom strategischen Bereich (z. B. MX-Raketen) über den euro-strategischen (NATO-Nachrüstung) bis hin zum Gefechtsfeldbereich (Neutronenwaffe) vorsieht, vorbehaltlos unterstützt wird. Die Handelsbeziehungen zu den WVO-Staaten sollen unter sicherheitspolitischen Aspekten neu überdacht werden. Rüstungskontrollpolitik wird der militärischen Verteidigungspolitik restlos untergeordnet und hat lediglich noch einen Feigenblattcharakter, der die westliche militärische Verteidigungspolitik gegenüber der Bevölkerung – besonders in Westeuropa – legitimieren soll (vgl. 27f.).

Im Verhältnis USA–Europa (inneres Machtgleichgewicht) macht sich die Krise des Bündnisses insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet bemerkbar. Hier hat sich die EG oftmals als wettbewerbsfähiger erwiesen. Jedoch fehlt nach Ansicht der Autoren ein der wirtschaftlichen Potenz entsprechender europäischer Beitrag zur Verteidigung, was die Aushöhlung westlicher Macht

zur Konsequenz hat (vgl. 8). Dazu kommen die Meinungsdifferenzen im westlichen Bündnis, wie der sowjetischen Bereitschaft zur Anwendung ihrer Militärischen Mittel („nicht nur innerhalb des Warschauer Pakts") (18) zu begegnen ist, zumal die Entspannungs- bzw., die Rüstungskontrollpolitik nur begrenzte Erfolge aufzuweisen hat (19). Zur gemeinsamen Überwindung der Krise des westlichen Sicherheitssystems schlagen die Autoren für den Bereich des inneren Machtgleichgewichts vor: erstens ein gerechtes burdensharing, zweitens die Ausarbeitung eines neuen Langzeitprogramms zur Rationalisierung der Verteidigungspolitik und drittens die Überprüfung der militärischen Personalpolitik der USA, hinsichtlich Bezahlung und allgemeiner Wehrpflicht (26/27).

Letztendlich verharren die Direktoren der maßgeblichen außenpolitischen Institute der USA und Westeuropas auf einer schon vergessen geglaubten Machtpolitik, die durch neue Verfahren attraktiver gemacht werden soll. Um aber zu einer tiefgreifenden Analyse der Probleme in der transatlantischen Beziehungen zu kommen, scheint es angebracht einen Blick sowohl auf die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen Ost-West-Verhältnis zu werfen als auch etwas ausführlicher auf die Kräfteverschiebungen im westlichen Lager einzugehen.

II. Kräfteverschiebungen innerhalb der NATO

Eine Grundkonstante des atlantischen Bündnisses war seit dessen Gründung seine eindeutig asymmetrische Strukturierung mit der Hegemonialstellung der USA[4]). Diese begründete sich einerseits auf das Atomwaffenmonopol der USA, d. h. deren nukleare Schutzgarantie für Westeuropa, die im übrigen auch für das amerikanisch-japanische Verhältnis Gültigkeit besitzt. Der zweite wesentliche Faktor war die, spätestens mit der Stationierung der sowjetischen SS-4- und SS-5-Raketen zu Beginn der 60er Jahre gegebene, im Fall Berlins jedoch auch schon früher offenkundige Funktion Westeuropas als Geisel der Sowjetunion bei einer globalen Auseinandersetzung mit den USA: Westeuropa haftete für die Sicherheit der Sowjetunion gegenüber den USA.

Im Verlauf der 50er Jahre, vor allem aber der 60er Jahre traten Veränderungen auf beiden Ebenen auf: Nicht nur machten sich mit Frankreich und Großbritannien zwei wichtige westeuropäische Staaten zumindest teilweise nuklear selbständig; mit der Möglichkeit der Sowjetunion, die USA mittels Interkontinentalraketen direkt zu bedrohen, relativierte sich auch die Geiselfunktion Westeuropas. Diese Entwicklung schlug sich im Austritt Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO nieder, führte aber nicht zu einer Änderung der hierarchischen Struktur des Bündnisses.

4) Hierbei wird Hegemonie nach Heinrich Triepel als anerkannte Vormachtstellung eines Staates gegenüber anderen verstanden. Diese Vormachtstellung begründet einen Grad von Abhängigkeit, der über bloße Einflußbeziehungen hinausgeht, aber doch zugleich deutlich unter der Schwelle eines Herrschaftsverhältnisses bleibt. Während Herrschaft die Aufrechterhaltung von Abhängigkeit durch Zwang und Gewalt umfaßt, wohnt bei der Hegemonie der Unterwerfung unter eine Vormacht ein Element der Freiwilligkeit inne, die indes i. d. R. Opportunitätserwägungen entspringen dürfte.

Einen freilich noch bedeutsameren Wandel führte die Entspannungspolitik herbei: Sie war Resultat der überzogenen Konfrontationspolitik der beiden Supermächte, die sich mit der ausgeschöpften Steigerungsfähigkeit in der Kuba-Krise ad absurdum führte, und erkannte den Grundsatz der nuklearstrategischen Parität an, auch wenn die Praxis dem nicht voll entsprechen mochte. Jedoch setzten die USA und ihre NATO-Partner in der Entspannungspolitik unterschiedliche Akzente, die auf einer verschiedenartigen Interessenlage beruhten: war die Entspannungspolitik für die USA vor allem taktisch motiviert und sollte sie vor allem dazu dienen, in einer Phase der Schwäche während und nach dem Vietnam-Abenteuer Zeit zu gewinnen und eine Mehr-Fronten-Belastung zu vermeiden, so eröffnete sie den Westeuropäern völlig neue Handlungsspielräume. Ihre Interessen, soweit sie nicht unmittelbar mit denen der USA identisch waren, fanden nun erstmals in größerem Umfang Berücksichtigung, ja Entspannung war Ausdruck existenzieller Notwendigkeiten:

Das Interesse an einer Kollisionsvermeidung war in Europa, namentlich in der Bundesrepublik angesichts der hohen Militärdichte und der geographischen Lage im Brennpunkt möglicher Auseinandersetzungen ungleich dringlicher. Zudem stellte Berlin eine Achillesferse dar, deren Lebensfähigkeit im öffentlichen Bewußtsein zwar militärisch gesichert schien, in der Alltagspolitik allerdings nur kooperativ verbessert werden konnte. Die positiven Entspannungsergebnisse für Europa aus dem Abbau von Konfliktpotential durch ein Netz gerade wirtschaftlicher Verflechtungen beruhten auch auf den gegenüber den USA unvergleichlich enger gezogenen Autonomiegrenzen: Die Wirtschaft der westeuropäischen Staaten war und ist in höherem Maße außenabhängig als die der USA und insbesondere auch auf den Osthandel stärker angewiesen.

Ein Ende der Entspannung in Europa würde infolgedessen bei den Westeuropäern mit ungleich höheren Verzichtkosten verbunden sein.

Der Anspruch der Westeuropäer, ihren von den USA nicht gleichermaßen geteilten Eigeninteressen Gehör zu verschaffen, gründet sich auf grundlegende Verschiebungen in den transatlantischen wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen seit dem Zweiten Weltkrieg, die freilich keine faktische Entsprechung in paritätischen Entscheidungskompetenzen in der NATO gefunden haben. Vielmehr streben die USA gerade eine Straffung der asymmetrischen Kooperationsmuster an (Siehe weiter unten).

Die Umwälzung der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse als Resultat der von den USA betriebenen Nachkriegspolitik, die darauf abzielte, die Funktionsfähigkeit Westeuropas für ein liberal-kapitalistisches Weltwirtschaftssystem wiederherzustellen, läßt sich am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland besonders deutlich illustrieren: Das Bruttosozialprodukt pro Kopf, das in der Bundesrepublik Deutschland 1965 gerade gut die Hälfte dessen der USA betrug, hatte zehn Jahre später zu diesem praktisch aufgeschlossen. Die Anteile der USA und der Bundesrepublik Deutschland an den Weltexporten waren

bereits 1973 mit 12,8 % bzw. 12,2 % annähernd gleich, beim Export von Industrieprodukten sank der US-Anteil im Zeitraum von 1965–77 sogar um 21,5 % auf 15,9 %, während der der Bundesrepublik Deutschland auf 20,8 % anstieg. Die wirtschaftliche Emanzipation Westeuropas und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland wurde durch die Entspannungspolitik der 70er Jahre weiter begünstigt, der erweiterte politische und außenwirtschaftliche Handlungsspielraum schlug sich etwa in der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (Nahost-Erklärung von Venedig), im Europäischen Währungssystem oder auch in den von einigen westeuropäischen Regierungen diskutierten einseitigen Maßnahmen zur Abwehr der negativen Folgen der US-Hochzinspolitik nieder.

Der im Verlust der Vormachtstellung des Dollars symbolisierte Niedergang der internationalen Konkurrenzfähigkeit der US-Wirtschaft wurde in 1971 eingeführten Importsonderzöllen und zuletzt in der Malaise der US-Automobilindustrie augenfällig deutlich. Heute weisen die USA mit 8,9 % eine der höchsten Arbeitslosenquoten aller Industriestaaten auf, die Reallöhne waren 1980 im Durchschnitt niedriger als vor 15 Jahren.

III. Die Wende der US-Politik

1. Die Eigenanalyse der USA

Im Mittelpunkt des politischen Bewußtseins, das gegenwärtig weite Teile der amerikanischen Bevölkerung erfaßt hat und von der Reagan-Administration durchaus stellvertretend zum Ausdruck gebracht wird, steht die fundamentale Erfahrung eines Machtverlustes auf allen wesentlichen Gebieten. Im *ökonomischen Bereich* wird diese Erfahrung vor allem an der wachsenden Konkurrenzfähigkeit gerade Japans und der Bundesrepublik Deutschland sowohl auf dem Weltmarkt als auch auf dem amerikanischen Markt festgemacht. Beide Länder scheinen die zweite Ölkrise 1979 besser verkraftet zu haben als die USA. Nach amerikanischem Verständnis nicht zuletzt deshalb, weil sie die Entspannungsphase wirtschaftlich ausgenutzt haben, mit dem Osten Geschäfte machten, während sie sich von den USA ihre Sicherheit bezahlen ließen.

Diesem relativen Rückgang der US-Wirtschaftskraft gegenüber den übrigen westlichen Indutrieländern gesellt sich ein so wahrgenommener *militärischer* und *politischer* Machtverlust im Vergleich zur Sowjetunion hinzu: mit einer expansionistischen Außenpolitik habe die Sowjetunion die Entspannung dadurch unterlaufen und für sich ausgenutzt, daß sie in immer weitere Gebiete der Dritten Welt vorgedrungen sei (als Beispiele dafür dienen vor allem Afghanistan, Äthiopien, Angola und Süd-Jemen) und daß sie durch gewaltige Aufrüstung ihre Vorrangstellung in Europa soweit ausgebaut habe, daß dort eine „Finnlandisierung" Westeuropas unmittelbar drohe. In diesem Zusammenhang herrscht in den USA zudem der Eindruck vor, von den westeuropäischen NATO-Verbündeten in einer entscheidenden Phase vorübergehender Schwäche der USA im Gefolge ihres Vietnam-Engagements bei der Wahrnehmung der „gemeinsamen Interessen" im Stich gelassen worden zu sein.

Die dritte Dimension des von den USA wahrgenommenen Verlustes der eigenen Vormachtstellung liegt auf dem Gebiet der *Rohstoffversorgung* und bezieht sich auf das Verhältnis zur Dritten Welt, aber auch indirekt auf die Rolle der Sowjetunion. In zunehmendem Maße sei die Versorgung der USA mit lebenswichtigen Rohstoffen abhängig von Vorgängen und Entscheidungen in Staaten der Dritten Welt, auf die die USA immer weniger Einfluß hätten, während die Sowjetunion hingegen durch ihre Unterstützung des „internationalen Terrorismus" gerade dort zunehmend Aktivität entwickelt.

Als Auslöser dieser Art von Umweltwahrnehmung können die Ereignisse im Iran, in und um Afghanistan sowie die Krise der amerikanischen Automobilindustrie exemplarisch genannt werden. Gleichwohl bleibt festzustellen, daß hier eine umfassende *Identitätskrise* zugrunde liegt, deren Ursachen ungleich tiefer liegen, als daß sie sich allein durch das Vietnam/Watergate-Trauma ausreichend erklären ließen. Die amerikanische Gesellschaft sieht sich mit weitreichenden Desintegrationstendenzen konfrontiert, die sich in einem allgemeinen Werteverfall, wachsender Kriminalität, Unregierbarkeit der Großstädte und nun auch noch in einer Krise des traditionellen Aushängeschildes, der Wirtschaft, ausdrücken. Dieser Identitätskrise soll nun mit einem gemeinsamen Werte- und Feindbildappell begegnet werden. Aus der Überzeugung, daß die eigenen überlegenen moralischen und politischen Grundwerte erhaltenswert sind, wird die Legitimation bezogen, den wahrgenommenen Verlust an Macht und Stärke wieder wettzumachen.

2. *Die Krisenstrategie der USA*

Aus der beschriebenen Krisendiagnose folgern die Konservativen in den USA nicht die Anpassung an gewachsene Interdependenzen im internationalen System unter Einbezug der qualitativen Veränderungen der Bedeutung der Machtpolitik in diesem neuen Kontext, sondern versuchen, sich aus den von ihnen wahrgenommenen Abhängkeiten und Erpreßbarkeiten durch die Wiedererlangung der früheren Machtposition im Weltsystem der 50er Jahre zu lösen. Die Krisenwahrnehmung wird somit in ein globales Überlegenheitsstreben umgesetzt. Grundlage sind dabei vor allem zwei Zielsetzungen:
a) die Wiederherstellung der ökonomischen Grundlagen für eine neue Politik der Stärke.
b) die Wiederherstellung des militärischen Instrumentariums dafür.

Dieses mit den Begriffen „Re-Industriealisierung", „Re-Militarisierung" und „Re-Ideologisierung" treffend gekennzeichnete Vorhaben stützt sich auf die folgenden Teilstrategien: Die *Zurückgewinnung der eigenen Wirtschaftskraft* soll durch drastische Kürzungen der Staatsausgaben, insbesondere ein *„rollback"* im Sozialbereich, begleitet von Steuersenkungen zur Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, gelingen. Niedrigeren Wachstumsraten in den USA wegen hoher Verteidigungskosten soll durch eine Verstärkung des europäischen „burden-sharing" vorgebeugt werden. Zugleich soll der Ost-West-

Handel vermehrt übergeordneten sicherheitspolitischen Überlegungen folgen.

Mit Aufrüstungsvorhaben gigantischen Ausmaßes, geplant sind 1,5 Billionen Dollar bis 1985, soll in der Beziehung zum Warschauer Pakt ein *Mächtegleichgewicht auf der Grundlage amerikanischer Überlegenheit* geschaffen werden, wobei die Sowjetunion gleichsam „kleingerüstet" werden soll, mit dem Ziel der Eindämmung ihrer angeblich expansionistischen Außenpolitik. Dies wird nicht als Alternative, sondern gerade als Voraussetzung für Entspannung ausgegeben.

Schließlich wird eine *Kurskorrektur bei den Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt* angestrebt, die nahezu ausschließlich an deren regional-strategischer Bedeutung und ihrer Funktion als Rohstofflieferanten orientiert ist und der letzte Beleg dafür ist, daß die Ost-West-Dimension mit dem ihr zugrundeliegenden neu belebten Antikommunismus unangefochten als Grundstruktur der internationalen Beziehungen angesehen wird.

3. *Die Rolle Westeuropas in diesen US-Plänen*

Das Erreichen der neuen Ziele der amerikanischen Politik erfordert die Einordnung der Europäer in das von den USA definierte Globalkonzept. Diese Einordnung ist an den Beispielen Beteiligung an einer Eingreiftruppe für die Golf-Region, neue Lastenverteilung und Unterordnung des Osthandels unter übergeordnete Gesichtspunkte entweder bereits ausführlich dargestellt oder zumindest angesprochen worden.

Bei allen diesen Maßnahmen wird den Westeuropäern die kritiklose Übernahme der Zurückführung aller internationalen Konflikte auf die antagonistische Systemkonkurrenz zwischen den von den beiden Supermächten angeführten Blöcken abverlangt. Sie sehen sich vor die Alternative eines Einschwenkens auf den neuen amerikanischen Kurs, d. h. anteilige Mitarbeit zur Erreichung der von den USA als gemeinsam definierten Ziele, oder des Risikos eines Bruchs, zumindest jedoch einer ernsthaften Entfremdung und der Drohung mit der Aufgabe der amerikanischen Sicherheitsgarantien für Europa gestellt.

Nach den Vorstellungen der USA fällt den Bündnispartnern die Aufgabe zu, durch verstärkte Verteidigungsmaßnahmen die Flexibilität der USA bei der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen zu erhöhen. Dies bedeutet für die NATO zweierlei: Eine Straffung der asymmetrischen Kooperationsmuster unter der Führung der USA sowie die Unterordnung in eine arbeitsteilige Globalpolitik nach den Vorstellungen der USA.

In den konservativen politischen Kreisen der USA herrscht ein breiter Konsens darüber, daß die Europäer an Maßnahmen für ihre äußere Sicherheit, die an den Verteidigungsausgaben gemessen werden, zu wenig tun und zu Kostgängern der USA geworden sind. Dies scheint durch die Zahlenvergleiche (1979: USA 5,2 %, Großbritannien 4,8 %, Frankreich 3,9 %, Bundesrepublik

Deutschland 3,3 % Anteil der Verteidigungsausgaben am BSP) insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland ausreichend belegt. Konsequenterweise schlug Verteidigungsminister Weinberger jüngst auch vor, nach dem amerikanischen Muster sozialer Abrüstung und militärischer Aufrüstung die Sozialausgaben um 25 % zu kürzen. Für die Regierung Reagan ist nicht einzusehen, warum die Europäer für ihre Sicherheit nicht die gleichen Opfer bringen sollten wie sie selbst.

4. Kritische Analyse der US-Politik

Unsere kritische Betrachtung dieser neuen Politik soll von drei miteinander verknüpften Fragestellungen ausgehen: Gibt es den von den USA wahrgenommenen Machtverlust real, welche Gründe liegen dafür vor? Sind die eingeleiteten Gegenmaßnahmen aussichtsreich? Ist insbesondere europäischen Interessen damit gedient?

Es scheint unbestritten, daß die absolute Vorrangstellung der USA im internationalen System, wie sie zuletzt in den 50er Jahren bestanden hatte, heute nicht mehr gegeben ist. Die Vereinigten Staaten sind zwar weiterhin die stärkste Wirtschafts- und Militärmacht der Welt und verfügen weitgehend unvermindert über die Möglichkeit, gegenüber anderen Staaten vor allem bilateral ihr Übergewicht zur Geltung zu bringen, ihre Fähigkeit zur Kontrolle des internationalen Systems als Ganzem haben sie allerdings verloren. Dies ist nicht das Resultat einer falschen Politik oder der Häufung unglücklicher Umstände wie Vietnam oder Watergate, sondern Ausdruck zunehmender und nicht umkehrbarer Interdependenzen auf globaler Ebene, von denen sich auch eine Supermacht wie die USA nicht mehr völlig lösen kann, noch weniger ihre westeuropäischen Verbündeten.

Unter diesen Vorzeichen kann man dem Versuch der Kompensation dieser Relativierung amerikanischer Macht durch eine Vergrößerung der Verteidigungsanstrengungen nur Ersatzhandlungscharakter zusprechen: Allenfalls kann die beschriebene epochale Tendenz damit verlangsamt werden, freilich um den Preis der unberechenbaren Erhöhung des globalen Konfrontationspotentials in einem letztlich doch hoffnungslosen Unterfangen.

Die Analyse des realen Machtverlustes durch die USA greift auf eine manipulierte Fehlwahrnehmung unter Zuhilfenahme des Feindbildes Sowjetunion zurück. Dieses verstärkte Feindbild führt dazu, kooperative Problemlösungsmuster abzubauen, denn in dem vermeintlichen Null-Summen-Spiel zwischen Ost und West kann es keine gemeinsamen Interessen geben.

Innenpolitisch mag auf diese Weise sozialen Desintegrationsprozessen entgegengewirkt werden können; sind wirtschaftliche Abhängigkeiten jedoch militärisch zu überwinden, wie dies etwa durch die „Stabilisierung" der Gold-Region angestrebt wird? Gleichermaßen illusionär muß es scheinen, durch die militär-strategische Disziplinierung der westlichen Verbündeten und die Aufforderung zur verstärkten Übernahme der bei der Sicherung vor-

geblich gemeinsamer Interessen entstehenden Lasten wieder zu der früheren wirtschaftlichen Vormachtstellung gegenüber den anderen westlichen Industriestaaten zu gelangen. Zur Bekämpfung der in der Tat offenkundigen Krisensymptome der US-Wirtschaft scheint weniger eine verstärkte Militarisierung als eine Überwindung der Ursachen für die Aufrechterhaltung überalteter Kapazitäten und für die niedrigen Investitionsraten angezeigt.

Die Wiederherstellung der ökonomischen Grundlagen für eine Politik der Stärke wird zwar als notwendige Reaktion auf die sowjetische Bedrohung verkauft, muß von den Europäern jedoch gerade auf die (beabsichtigten?) Folgen für die kapitalistischen Konkurrenten hin befragt werden: Es ist zumindest überdenkenswert, ob hier nicht über „Lastenverteilung" und politische Kontrolle außenwirtschaftliche Optionen das Gesetz des Handelns auf dem Weltmarkt zurückgewonnen werden soll, ob die amerikanische Vergröberung der internationalen Konfliktlinien nicht eigentlich ein Ablenkungsmanöver darstellt. Eine rein an den nationalen Interessen der USA orientierte Wirtschaftspolitik, die auf eine Stärkung des Dollars abzielt und deren Hochzinspolitik die Wirtschaftslage in Westeuropa entscheidend treffen kann, ist als das ökonomische Pendent zur sicherheitspolitischen Hegemonialstärkung zu begreifen. Sie versucht, den westeuropäischen Handlungsspielraum durch eine Verschärfung der West-Ost-Konfrontation einzuengen, die deutsch-sowjetischen Verflechtungstendenzen durch eine Verschärfung der COCOM[5])-Liste abzubauen, die Westeuropäer verstärkt als „Lastesel" durch Erhöhung der Verteidigungsausgaben und Übertragung von bisher von den USA wahrgenommenen Aufgaben zu nutzen und schließlich durch die Stationierung strategischer Atomwaffen den Abhängigkeitsgrad zu erhöhen.

Im Hinblick auf das geforderte „burden-sharing" ist, freilich festzuhalten, daß sich die derzeitigen Opfer westeuropäischer Staaten sehen lassen können. Abgesehen von der durchaus nicht geringen Last, den möglichen Kriegsschauplatz zur Verfügung zu stellen(!), kann die Bundesrepublik Deutschland auf eine durchschnittliche reale Steigerungsrate ihrer Verteidigungsausgaben von 3 % für die 70er Jahre verweisen, wobei sie zur stärksten konventionellen Militärmacht im europäischen NATO-Bereich geworden ist. Der Anteil der westeuropäischen NATO-Beiträge hat sich außerdem von 22,7 % im Jahre 1969 auf 41,6 % 1979 erhöht.

Auch die Unterordnung des Nord-Süd-Konflikts unter die Vorzeichen des Ost-West-Konflikts trifft in erster Linie die vom Rohstoffluß abhängigen Staaten Westeuropas. Dazu gehört auch eine die Konfliktlösung behindernde Politik im Nahen Osten. Die militärische Kooperation mit Israel, Saudi-Arabien und Ägypten zum Schutze vor der Sowjetunion „vergißt" den Grundkonflikt dieser Region: die israelisch-arabischen Auseinandersetzungen und deren Manifestation im Palästinenserproblem. Der Einsatz der Ölwaffe seitens radi-

5) COCOM ist die englische Abkürzung für das von den westlichen Staaten gebildete Komitee zur Koordination der Ost-West-Handelspolitik. In der von diesem Komitee zusammengestellten Liste, der COCOM-Liste, werden strategische Güter aufgelistet, die nicht in kommunistische Staaten geliefert werden dürfen.

kaler arabischer Staaten wird bereits gefordert. PLO-Terror wird sich ohne Lösungsaussichten nicht vermeiden lassen. Grundsätzliche europäische Vorbehalte muß daher auch die Aufforderung zur Beteiligung an der „Stabilisierung" der Golf-Region hervorrufen: Auf den ersten Blick scheint das Argument der USA, dort gemeinsame westliche Interessen zu vertreten, angesichts der wesentlich höheren Anteile des Erdölimports Westeuropas und Japans aus dieser Region[6]) gegenüber den USA durchaus zuzutreffen. Gleichzeitig legen die Zahlen darüber jedoch eine Überprüfung der amerikanischen Prämisse identischer Interessen nahe. Unzweifelhaft muß es den Westeuropäern und Japan ausschließlich oder doch primär um die Ölversorgung gehen, deren Sicherung allerdings im Zweifel den Einsatz behutsamer, kooperativer Mittel erfordert. Demgegenüber könnte es den USA weniger um die unmittelbare Bedrohung der Ölzufuhr als vielmehr vor allem um die Verhinderung eines Übergriffes der Sowjetunion auf diese Region gehen. Deren Eindämmung muß jedoch nicht naturgemäß mit den gleichen Mitteln betrieben werden, die auch die Ölversorgung am besten sichern könnten. Insbesondere die Entsendung einer Eingreiftruppe kann nicht im Sinne der Versorgungsinteressen, sondern allenfalls ein Mittel zur Eindämmung der Sowjetunion sein.

IV. Die Interessen Westeuropas

1. Atlantische Gemeinsamkeiten

Die Gestaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, welcher die Verlagerung der über Jahrhunderte bestehenden Vormachtstellung Europas auf die beiden Supermächte, insbesondere auf die USA zur Folge hatte, ist für den westlichen Teil von der amerikanischen Siegermacht nachhaltig mitbestimmt worden. Sie fand in großen Teilen der westeuropäischen Eliten wichtige Kooperationspartner.

Auch die Bundesrepublik Deutschland verdankt ihre Existenz weithin den USA. Als Kind des Kalten Krieges war ihr neben der Verpflichtung auf westlich-liberale Grundwerte und der Übernahme des repräsentativ-demokratischen Regierungssystems noch zweierlei in die Wiege gelegt worden: ein strikter Antikommunismus, der sich durch die Schaufensterwirkung des „Wirtschaftswunders" nach Osten hin potenzierte, und die Zugehörigkeit zu dem damals noch allein von den USA beherrschten kapitalistischen Weltwirtschaftssystem.

Dergestalt von den Besatzungsmächten – um den Preis der Wiederbewaffnung und der vertraglichen Westintegration – in die scheinbare Souveränität entlassen, fühlte sich die westdeutsche Politik in hohem Maße von der Politik der USA vertreten und daran gebunden.

Aber auch die übrigen westeuropäischen Staaten wie z. B. Großbritannien, das durch den Weltkrieg zum Schuldner der USA wurde, mußten sich den

6) Die *Studie der Direktoren* nennt hier für die USA 15 Prozent, für Westeuropa 60 Prozent und für Japan 70 Prozent.

Vorstellungen der Allianzführungsmacht unterordnen. Durch den Marshall-Plan[7]) und die Sicherheitsgarantie waren zudem die westeuropäischen militärischen und ökonomischen Sicherheitsbedürfnisse in so hohem Maße berücksichtigt, daß es gelang, nicht nur Teile der jeweiligen politischen Eliten, sondern auch die Mehrzahl der Bevölkerung von dem Segen der amerikanischen Politik in und für Westeuropa zu überzeugen. Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich als Nachfolgestaat des NS-Staats rehabilitiert und anerkannt. Die Bewältigung der Berlinkrisen bestärkte den wahrgenommenen Interessengleichklang. Dem „Feindbild" der Sowjetunion steht deshalb bis heute ein „Freundbild" der USA in der politischen Führung und in weiten Kreisen der Bevölkerung gegenüber, das es nicht zu erlauben scheint, eine nüchterne Kosten-Nutzen-Analyse der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu erstellen. Dieses Freundbild wird noch gestützt durch die oft bekräftigte Nukleargarantie, d. h. durch die Beteuerung der USA, im Falle einer atomaren Erpressung oder Eskalation eines konventionellen Krieges ihre Atomwaffen zum Schutze der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropas einzusetzen. Dabei spielt in der öffentlichen Diskussion die Frage keine Rolle, ob die USA tatsächlich zu einem solchen Schritt bereit sein würden. Durch die Betonung der deutsch-amerikanischen Schicksalsgemeinschaft wurde ein solches Einstehen als sicher suggeriert.

Systemsicherung nach innen und außen, also Sicherung des kapitalistischen Wirtschaftssystemes und strikte Abgrenzung gegenüber der UdSSR, sind neben der Übereinstimmung im politischen Werte- und Systembereich die zentralen Gemeinsamkeiten gestern und heute.

Noch heute stellt zudem das von den westlichen Regierungen oft übermächtig gezeichnete sowjetische Militärpotential in Europa und die daraus abgeleitete, oft alarmistisch beschworene Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion ein – wenn nicht *das* wesentliche – Integrationselement des atlantischen Bündnisses dar.

Aus dem Streben nach Systemabsicherung resultiert auch das – trotz durchaus unterschiedlicher Akzentuierung – hohe Maß an Übereinstimmung der politischen und wirtschaftlichen Eliten diesseits und jenseits des Atlantiks über die Prinzipien der Weltwirtschaft. Die zum Teil strikte Ablehnung steuernder Eingriffe in das Weltwirtschaftssystem zugunsten der Entwicklungsländer, wie es diese z. B. für die Preisstabilisierung der Rohstoffe fordern, entspricht dem Festhalten an einer privat- und marktwirtschaftlich ausgerichteten Weltwirtschaft. Insbesondere erwiesen sich die USA – mit z. T. unrühmlich zu nennender Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland – auf den Konferenzen des Nord-Süd-Dialogs (Seerechtskonferenz UNCTAD) als der hartnäckige Verfechter des Status quo.

7) Es ist heute allgemein anerkannt, daß es nicht allein Großzügigkeit gegenüber dem darniederliegenden Europa war, die die USA zur Verabschiedung des Hilfsprogramms veranlaßte. Der Marshall-Plan stellte darüber hinaus auch die Wahrnehmung eines aufgeklärten Eigeninteresses der USA in Europa als weitreichende Investition in die Zukunft dar.

Der freie Zugang und Zugriff zu den in der Dritten Welt vorhandenen Rohstoffen war für die USA in der Vergangenheit eine Selbstverständlichkeit, für die rohstoffarme Bundesrepublik Deutschland eine Notwendigkeit. Die politische, wenn auch nicht wirtschaftliche Emanzipation der Dritten Welt vermindert jedoch die Zugriffsmöglichkeiten der westlichen Industrienationen. Was sich früher wie selbstverständlich darbot, scheint heute durch interne Instabilitäten oder Kartellbildung der Entwicklungsländer den westlichen Industrienationen verwehrbar zu sein. Der gesicherte Zugang zu den Rohstoffen in der Dritten Welt stellt somit einen weiteren Bereich der Interessenidentität zwischen den USA und Westeuropa dar.

2. *Westeuropäische Besonderheiten*

Neben Gemeinsamkeiten, die das NATO-Bündnis begründeten und bis heute abstützen, lassen jedoch sich zunehmend Interessendifferenzen zwischen den USA und den westeuropäischen NATO-Staaten aufzeigen, die sich als die tieferen Ursachen der Meinungsverschiedenheiten und Spannungen erweisen.

An erster Stelle – und zweifellos im allgemeinen Bewußtsein verankert – ist die ökonomische Konkurrenz zwischen den USA und den EG-Staaten, insbesondere zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland zu nennen. Noch mit Billigung und Hilfe der USA entstanden, entwickelt sich die EG zur potentesten Wirtschaftsmacht der Welt. Seit Anfang der 70er Jahre – und als Indiz kann der Zusammenbruch des Dollar als goldgebundene Leitwährung angesehen werden – ist die überlegene Stellung der US-Wirtschaft mehr und mehr einer westeuropäischen und japanischen Konkurrenz ausgesetzt, die nun auch auf dem amerikanischen Binnenmarkt wirksam wird.

Während bis Mitte der 70er Jahre der überbewertete (und damit ja eigentlich schwache) Dollar nach Westeuropa floß und dort auf diese Weise Arbeitsplätze geschaffen und technische Kenntnisse übertragen wurden, so soll die auf einen ausgeglichenen Haushalt zielende Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration wieder einen gestärkten Dollar hervorbringen. Wie früher mittels eines schwachen Dollars ein wirtschaftlicher Aufschwung erzeugt wurde, hätte dies heute den Import einer Rezession für Westeuropas Ökonomien zur Folge. Heute wird, um die negativen Wirkungen der hohen US-Zinsen abzufangen, als europäische Selbsthilfe, die zinspolitische Abkoppelung von den USA mittels des EWS diskutiert.

Den zweiten Bereich immer deutlicher zutage tretender Interessenunterschiede stellt die Handelspolitik dar. Insbesondere der öffentlich viel diskutierte Fall des Erdgas-Röhrengeschäfts der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR zeigt, daß Westeuropäer im Osthandel und im Bezug von Energie und Rohstoffen aus sozialistischen Staaten keine Gefährdung ihrer Sicherheit erkennen können[8]).

8) Um einseitige Anhängigkeiten von einem Rohstofflieferland zu vermeiden, ist es der Bundesregierung bisher gelungen, eine Politik der Diversifikation der Rohstoffquellen zu erreichen, ohne die gesellschaftspolitische Ausrichtung eines Landes überzubewerten. Z. B. ist das eher auf Moskau hinorientierte Libyen der zweitwichtigste Erdöllieferant der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien.

Hinzu kommen neue Spielräume, die die Entspannungspolitik für die westeuropäische Wirtschaft, insbesondere jedoch für die Bundesrepublik Deutschland im Handelsbereich eröffnet hat. Noch immer erbringt der europäische Ost-West-Handel jährlich zweistellige Steigerungsraten[9]), wobei die bundesdeutsche Wirtschaft seit Jahren der wichtigste Handelspartner Moskaus ist. Die USA dagegen haben nicht zuletzt durch das Nichtgewähren der Meistbegünstigung und durch politisch motivierte Boykottmaßnahmen keine vergleichbaren wirtschaftlichen oder politischen Vorteile aus dem insgesamt wachsenden Osthandel gezogen. Zu den sechs wichtigsten westlichen Handelspartnern der UdSSR zählen nach der Bundesrepublik Deutschland Finnland, Frankreich, Japan, Großbritannien und Italien.

War es noch Anfang der 60er Jahre den USA gelungen, ein zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR schon vereinbartes Röhrengeschäft zum Platzen zu bringen, indem die COCOM-Beschränkungen angewendet wurden, so macht der klare Standpunkt der Bundesregierung heute deutlich, daß solche Art offener Machtausübung in diesem Felde nicht mehr denkbar erscheint. Gerade der Osthandel und insbesondere das Erdgas-Röhrengeschäft zeigen, daß die ökonomische Konkurrenz zwischen den USA und Westeuropa zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr friktionsfrei mit Zielsetzungen der politischen Allianz vereinbar ist. Die von der Reagan-Administration angestrebte „Politik der Stärke" gegenüber der UdSSR läßt sich mit Handelsbeziehungen gen Osten, die dem ökonomischen Konkurrenten offensichtlich die Bewältigung der verschiedenen Weltwirtschaftskrisen auch noch erleichtern, nicht vereinbaren[10]). Einen ersten Versuch, den den USA unliebsamen Osthandel zu kappen, stellte der Boykottaufruf an die EG nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan dar.

Doch nicht nur unterschiedliche ökonomische Auswirkungen der Entspannungspolitik machen deren Beurteilung zu einem Streitpunkt in den atlantischen Beziehungen. Anhand der Entspannungspolitik wird der dritte Bereich immer deutlicher zutage tretender Interssenunterschiede sichtbar: Fragen der Sicherheitspolitik. Wie notwendig und alternativlos sich die Entspannungspolitik für Westeuropa, insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland erweist, wird am augenfälligsten am Beispiel Berlins. Die Geschichte Westberlins stellt heute schon eine historische Lehre bereit, an der niemand, der die Sicherheit dieser Stadt zu garantieren vorgibt, vorbeigehen kann. Da Westberlin militärisch nicht gegen einen sowjetischen Angriff gesichert werden kann und auch die Androhung eines atomaren Vergeltungsschlags wegen der Gefahr einer nuklearen Eskalation nicht glaubwürdig ist, hat westalliierte und bundesdeutsche Berlinpolitik schon immer die Interessen der Sowjetunion mit einbezogen. Westberlin ist *das* historische Beispiel, daß Sicherheit nicht in Abgrenzung zum Gegner und gar militärisch herzustellen ist,

9) Der Außenhandel der UdSSR mit westlichen Ländern weist 1981 eine Steigerungsrate von 18 % im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres auf.
10) Dabei ist jedoch selbst die amerikanische Politik mit ihrer Anti-Pipeline Strategie nicht völlig konsequent: Reagan hob das Getreideembargo Carters gegen die UdSSR auf.

sondern daß allein die in einer bestimmten historischen Situation konsensfähigen Interessen den Status diese Stadt garantieren können. Eine Belebung der Ost-West-Konfrontation würde Westberlin zum gefährlichsten Krisenherd der Weltpolitik werden lassen.

Doch nicht nur Westberlin ist militärisch nicht zu sichern. Die führenden bundesdeutschen Politiker von Schmidt bis Strauß sind sich auch des „Sicherheitsdilemmas" der Bundesrepublik Deutschland bewußt, daß nämlich – zumindest bei einem atomaren Krieg – das zu Verteidigende zerstört wird[11]). Die deshalb zur Abschreckung angedrohte rasche Eskalation der Kriegsführung in den atomaren Bereich, wie er aus bundesdeutscher Abschreckungsabsicht verständlich wird, deckte sich nie mit den Interessen der USA, welche erst nach einer längeren konventionellen Kriegsführung in Europa ihre eigene Existenz durch Atomwaffeneinsatz aufs Spiel gesetzt sehen wollten. Die Formel der „flexiblen Reaktion" läßt beide Interpretationsmöglichkeiten zu, die Befehlsgewalt des US-Präsidenten über die Atomwaffen nur die letztere.

Diese Interpretationsdifferenzen sowie die öffentliche „Entdeckung" der Grenzen militärischer Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes, machen neue Konfliktlinien sichtbar, die in der Allianz auszubrechen drohen. Beides macht schließlich deutlich, daß Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland nur politisch durch eine Politik des Interessenausgleichs und der Verflechtung auch mit dem Osten zu gewährleisten ist. Ein Schulterschluß mit einer durch militanten Antikommunismus bestimmten US-Politik löst das (bundes-)deutsche Sicherheitsdilemma nicht – im Gegenteil, er droht die zu vermeidenden Folgen erst herauszufordern.

Neben den verschiedenartigen Kriegsgefahren diesseits und jenseits des Atlantiks bedingen auch die mit dem NATO-Bündnis verknüpften unterschiedlichen Zielvorstellungen abweichende sicherheitspolitische Lageanalysen.

Stellt die NATO für die USA eine Militärallianz dar, die eine wichtige Funktion in der globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion einnimmt, so ist das Bündnis für die Westeuropäer das Instrument zur Abschreckung einer kontinentalen Supermacht. Geht es den USA eher darum, der militärisch zur gleichberechtigten Weltmacht aufstrebenden Sowjetunion den Weg zur „Nummer Eins" zu verwehren, d. h. selbst überlegen zu bleiben, so haben die Westeuropäer, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland die Sowjetunion als Großmacht akzeptiert und mittels einer Vertragspolitik auf eine einseitige territoriale Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges verzichtet, d. h. den europäischen Status quo als Voraussetzung künftiger Ost-West-Politik akzeptiert.

11) Mit gleicher Gewißheit kann dies von einem mit konventionellen Waffen ausgetragenen Krieg nicht gesagt werden. Allerdings ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß ein langandauernder Bewegungskrieg mit konventionellen Großwaffen ähnliche Zerstörung mit sich bringen wid. Im übrigen setzt die Annahme eines rein konventionellen Krieges voraus, daß sich der potentielle Aggressor UdSSR des Einsatzes von Atomwaffen enthält (Vgl. dazu: H. Afheldt u. a.: Durch Kriegsverhütung zum Krieg? München 1972).

Diese unterschiedlichen Interpretationen des NATO-Bündnisses diesseits und jenseits des Atlantiks erklären auch die unterschiedlichen Erwartungen und daraus resultierenden Spannungen. Es wurde bereits auf die Klage der USA hingewiesen, daß allein ihnen die Verteidigung westlicher Einflußsphären, sei es in Vietnam, in Iran oder im Nahen Osten zufalle, die westeuropäischen NATO-Staaten aber dazu keinen Beitrag leisten würden. Solche Klagen gründeten sich in jüngster Zeit vor allem auf das zögernde Verhalten der Westeuropäer bei der Boykottaktion gegen Iran und die UdSSR. Solche amerikanischen Stimmen verkennen den Charakter und Auftrag des Bündnisses. Es dient nicht dazu, weltweit angebliche westliche Interessen zu sichern, sondern es ist ein reines und zudem regional begrenztes Verteidigungsbündnis – mag es auch noch so oft als Schicksalsgemeinschaft beschworen werden.

Zu diesen unterschiedlichen Zielvorstellungen lassen sich verstärkt auch abweichende Bedrohungsanalysen vernehmen. In Westeuropa und Amerika sieht man mit ähnlicher Besorgnis die Aufrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion. Die damit verfolgten Absichten werden allerdings – je nach Zugehörigkeit zu unterschiedlichen politischen Lagern – verschieden beurteilt. Für eine Regierung, die sich die „Wiederbewaffnung Amerikas" und die Erringung einer Position der Stärke, was nichts anderes als Überlegenheit bedeutet, zum Ziel gesetzt hat, stellt jede sowjetische Rüstung eine aggressive Herausforderung dar. Die Erfahrungen der Entspannungspolitik verleihen jedoch in Westeuropa denjenigen politischen Kräften ein Übergewicht, die die sowjetische Aufrüstung nicht als Ausdruck einer aggressiven Außenpolitik interpretieren, sondern die darin eher ein Gleichziehen einer auf Gleichberechtigung pochenden zweiten Supermacht sehen. Für Europa billigen die sozialdemokratisch und linksliberal ausgerichteten Kreise der Sowjetunion sogar defensive Absichten zu, wenn auch die militärischen Fähigkeiten und die operativen Elemente der Militärstrategie[12]) dazu im Gegensatz zu stehen scheinen. Auch amerikanische Politiker, wie z. B. der ehemalige US-Botschafter in Moskau, George F. Kennan, teilen diese Ansicht, befinden sich jedoch gegenüber dem derzeit vorherrschenden „Zeitgeist" in den USA in der Minderheit.

Die Phase der Entspannungspolitik hat sich für die (West-)Europäer, insbesondere aber für die Deutschen, als vorteilhaft erwiesen. Zwischen beiden deutschen Staaten besteht die Chance einer weiteren Normalisierung, Westberlin ist als Krisenherd der Weltpolitik entschärft und im ökonomischen und technologischen Bereich haben die Verflechtungen stark zugenommen. Außerdem gelang es den westeuropäischen Staaten, sich durch die Entspannungspolitik neue interne Unterstützung für die Allianz zu sichern, die politische Linke zu integrieren und die Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt, die für die westeuropäischen Ökonomien bedrohlich werden können, zu vermeiden oder doch in Grenzen zu halten.

12) Aus den Kriegserfahrungen seit Napoleon bis Hitler und aus bündnispolitischen Gründen sieht die sowjetische Militärstrategie eine Verteidigung derart vor, daß möglichst schnell die Kampfhandlungen auf das Gebiet des Angreifers, also der NATO (so die WVO-Sichtweise), getragen werden. Daraus erklärt sich auch die „offensive" Komponente in den operativen Planungen der WVO.

Haben die Europäer also nachhaltig erfahren, daß Sicherheit im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen nur gemeinsam auf politischem Wege herzustellen ist, so scheint diese Erkenntnis in den USA allenfalls vorübergehende Eindrücke hinterlassen zu haben. Eine „Politik der Stärke" verträgt sich zudem nicht mit einer auf Ausgleich ausgerichteten Politik und mindert die ohnehin geringen Erfolgsaussichten der Rüstungskontrollverhandlungen.

Die bisherige Politik der NATO scheint eindeutig von der konservativen Bedrohungsanalyse der Reagan-Administration geprägt zu sein. Dabei hat durchaus eine Änderung in der Feindbildanalyse stattgefunden. Schien es früher notwendig zu rüsten, um gegen den totalitären, allmächtigen Monolith Kommunismus gewappnet zu sein, so werden heute durchaus die eklatanten Schwächen und daraus resultierenden Instabilitäten des real existierenden Sozialismus in den Bereichen der Legitimation, der wirtschaftlichen Versorgung und des technologischen Entwicklungsstandes anerkannt. Damit ist die UdSSR nun aber nicht weniger gefährlich geworden; weit gefehlt: Gerade die inneren Instabilitäten sind es nun, die die Sowjetunion aggressiv machten. Fazit: Zwar haben sich die Ergebnisse der Analyse der UdSSR gewandelt, das „Feindbild" jedoch blieb erhalten und legitimiert so weiterhin westliche Aufrüstung und Konfrontationspolitik.

Die Bedrohungsanalysen unterscheiden sich auch in der Beurteilung von Konflikten in der Dritten Welt. Sieht die derzeitige US-Regierung diese Weltregion vor allem als das Gebiet der Auseinandersetzungen mit der ungebeten aufstrebenden Weltmacht Sowjetunion an und macht sie deshalb bei jedem Konflikt in der Dritten Welt den revolutionären Weltkommunismus in Form sowjetischer oder kubanischer Soldaten als Verursacher aus, so beziehen westeuropäische Analysen weitaus stärker eigenständige Konfliktpotentiale in und zwischen den Entwicklungsländern, herrührend aus kolonialer Vergangenheit und sozialer Desintegration, mit ein. Außerdem wird nicht verkannt, daß es oft gerade die Unterstützung eines höchst repressiven Systems durch die westlichen Staaten gewesen ist, die einer Befreiungsbewegung nur noch eine Anlehnung an Moskau erlaubte.

Diese unterschiedliche Sichtweise führt schließlich zu Konfliktregelungsvorschlägen, die denen einer sich vom Weltkommunismus umzingelt sehenden US-Regierung entgegenstehen. Wie sich am Beispiel Afghanistans nachweisen läßt, zielte die US-Politik auf eine Bestrafung und Demütigung der Sowjetunion ab, während der Neutralisierungsvorschlag der EG-Staaten allen Konfliktparteien die Wahrung ihres Gesichts erlauben würde und damit dem Ziel, den Abzug sowjetischer Truppen zu erreichen, eher dienen könnte. Nicht militärische Stärke und Aufrüstung der umliegenden Staaten, sondern Verhandlungen, wie z. B. im Falle Zimbabwes, und internationale Garantien stellen den Kernpunkt europäischer Politik dar – wenn auch erzwungenermaßen durch das Fehlen weltweit einsetzbaren Militärs. Dies gilt in gleichem Maße für die Beendigung des Bürgerkrieges in El Salvador. Während die USA in ihrem „Hinterhof" massiv, auch militärisch, die autoritäre Junta unterstüt-

zen, bemühen sich westeuropäische Parteien um Vermittlung. Frankreich und Holland erkennen sogar die Opposition an.

Wie weit, wenn auch nicht bei der (offiziellen) Beurteilung von Konfliktursachen, so doch hinsichtlich der Zweckmäßigkeit bestimmter Gegenmaßnahmen, die Ansichten im NATO-Bündnis geteilt sind, wurde am Beispiel Polen erneut demonstriert: Die von der US-Regierung propagierte Sanktionspolitik gegen Polen und die UdSSR stieß insbesondere in der Bundesrepublik auf wenig positive Resonanz: die politische Tragweite einer weiteren De-Stabilisierung Osteuropas durch das (im übrigen selbstschädigende) Schwingen des ökonomischen Knüppels wird diesseits und jenseits des Atlantik unterschiedlich stark in die Analyse mit einbezogen.

Der deutlichste Unterschied zwischen den USA und den westeuropäischen NATO-Alliierten besteht jedoch bei der Wahrung europäischer Lebensinteressen: Der Vermeidung des Krieges. Die Äußerung des amerikanischen Verteidigungsministers „Das Schlachtfeld des nächsten konventionellen Krieges wird Europa sein und nicht die Vereinigten Staaten" und die im Zusammenhang mit dem Atomwaffenpotential der USA gemachten Ausführungen: „Daher habe ich die strategischen (d. h. den atomaren Bereich betreffende, d. Verf.) Änderungen verfügt, die notwendig sind, um unsere Fähigkeit zur Führung eines langen (dann atomaren, d. Verf.) Krieges zu verbessern, was durchaus notwendig werden könnte, wenn wir unsere Freiheit wirklich schätzen", machen deutlich, daß diese Regierung den Schritt von der Kriegsverhütung durch Abschreckung zur atomaren Kriegsführung verbal schon vollzogen hat. Wenn zudem Äußerungen des amerikanischen Admirals a. D. Gene La Rocque Gültigkeit besitzen, wonach die militärischen Planer in den USA überzeugt sind, daß es früher oder später zum Atomkrieg zwischen den USA und der UdSSR kommen wird, dann sind die allerwichtigsten Lebensinteressen Westeuropas durch die amerikanische Schutzmacht nicht mehr gewahrt. Die an die Kriegsführungsfähigkeit logisch anknüpfende Frage ist nämlich nicht, wie ein Krieg verhindert werden kann, sondern nur, wie dieser Krieg „gewinnbar" ist. Für Europa gibt es jedoch keinen gewinnbaren Krieg, sondern nur die Gefahr der totalen Zerstörung[13]).

Angesichts einer solchen Lagebeurteilung liegt es nicht im Sicherheitsinteresse der Europäer, Vorfeld oder Übungsfeld für die Allianzführungsmacht zu sein. Ein Bündnis, das von diesem Widerspruch geprägt ist, muß sich grundsätzlich infrage stellen lassen. Für Europas Politiker stellt sich nicht die Frage, wie ein Krieg auf dem alten Kontinent gewinnbar ist, sondern – allerdings

13) Dies macht nicht nur die Anfang der 70er Jahre unter der Leitung von Carl Friedrich von Weizäcker erstellte Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" für die Bundesrepublik Deutschlands deutlich. Neueste amerikanische Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen, so z. B. die beim Office of Technology Assessment des US-Kongresses veröffentlichte Studie „The Effects of Nuclear War", in Auszügen in deutscher Sprache veröffentlicht im Heft 16 der „Militärpolitik Dokumentation" (Atomkriegsfolgen, Frankfurt/M. 1980). Mit einer andersartigen, jedoch ebenfalls atomaren Vernichtungsgefahr im Kriegsfalle beschäftigt sich das ebenfalls 1980 erschienene Buch von Bennett Ramberg, Destruction of Nuclear Energy Facilities in War. The Problem an the implications, Lexington usw.

ohne Unterwerfung unter die UdSSR – wie er vermieden werden kann. Nicht effektivste Kriegsplanung für einen scheinbar nicht vermeidbaren Krieg, sondern wirksamste Kriegsverhütung gibt europäischer Sicherheitspolitik ihren Sinn.

Deutlichsten Ausdruck dieser Interessendivergenzen stellt der Doppelcharakter der „Nach"-Rüstung dar. Westeuropäische Politiker rechtfertigen diese mit der Aufrechterhaltung der Abschreckung als Mittel der Kriegsverhinderung, für die USA eröffnet die „Nach"-Rüstung neue strategische Optionen, die dem Ziel einer Kriegsführungsfähigkeit eher nahe zu kommen scheinen.

V. Die neue Qualität der atlantischen Krise

Das Atlantische Bündnis steht vor einer Phase der Neuorientierung. Zu diesem Ergebnis wird man nicht nur aufgrund der dargestellten Interessengegensätze, sondern auch aufgrund der im Bündnis erfolgten Machtverschiebung kommen. *Die Analyse der vier Direktoren* geht in die gleiche Richtung. Allein ihrer Schlußfolgerung, daß trotz dieser Machtverschiebung innerhalb des Bündnisses zugunsten der westeuropäischen Staaten diese nicht in der Lage waren, diesen Machtgewinn nach außen hin durchzusetzen, kurz: daß sie nicht gewillt waren, „politisch und militärisch Verantwortung" im Sinne einer zweiten Weltpolizei zu übernehmen, kann in ihrer Konsequenz, nämlich der Aushöhlung westlicher Macht, nicht zugestimmt werden. Eine derartige Interpretation legte in zweierlei Hinsicht ein Weltbild offen, das oben schon ausreichend einer Kritik unterzogen wurde. Zum einen werden die internationalen Beziehungen sehr mechanisch und ohne Begründung als die Abgrenzung von Einflußsphären verstanden und lassen sich deshalb nur als Null-Summen-Spiel begreifen. Zum zweiten unterstellt ein solches Weltbild, daß - und dies trotz Vietnam und Iran – mit Hilfe militärischer Macht gerade diese Einflußsphären dauerhaft gesichert werden könnten. „Verantwortung übernehmen" heißt in diesem Falle nichts anderes, als zu militärischen Interventionen bzw. zu ihrer Unterstützung mit anderen Mitteln bereit zu sein.

Der Lösungsweg, den *die vier Direktoren* vorschlagen, verstärkte Koordination, kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Bündnispartner der Eindämmung der UdSSR absoluten Vorrang einräumen. Dieses Lösungskonzept muß aber scheitern, wenn – wie wir versucht haben zu zeigen – selbst die vorherrschenden Bedrohungsanalysen diesseits und jenseits des Atlantik nicht mehr übereinstimmen. Was die ökonomischen Konkurrenten bisher noch zusammenhielt, scheint sich nach dem Schwenk der US-Außenpolitik auch in Interessendifferenzen aufzulösen.

Die ökonomische Entwicklung Westeuropas und die Entspannungspolitik haben neue Interessenlagen entstehen lassen, die keineswegs mit denen der USA identisch sind. Zudem führte der relative Machtverlust der USA innerhalb der NATO auch dazu, daß die – und hierfür ist das Erdgas-Röhrengeschäft ein Beispiel – bis dahin von den USA kraft ihrer hegemonialen Stellung

entschiedenen oder unterdrückten Konflikte und Interessendifferenzen verstärkt zum Tragen kommen können.

Änderungen der Binnenstruktur der NATO, d. h. eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen den USA und Westeuropa sind also nötig, geradezu unausweichlich. Der NATO steht deshalb in den nächsten Jahren eine Umbruchsphase bevor.

Dies macht schon exemplarisch die westeuropäische Debatte über die „Nach"-Rüstung deutlich. Damit treten nicht mehr nur für den ökonomischen, sondern erstmals auch für den sicherheitspolitischen Bereich Interessenunterschiede auch für weite Bevölkerungskreise sichtbar auf, auch wenn sie von den Repräsentanten noch nicht aufgegriffen werden. Die Debatte über die Sicherheitspolitik bedarf deshalb grundsätzlicher Perspektiven und einer Antwort auf die Frage, was politisch durchsetzbar ist.

Eine Ablehnung der Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dem Territorium westeuropäischer Staaten aus Gründen der damit möglich erscheinenden importierten regional begrenzten Kriegsführungsfähigkeit der USA würde zugleich auch ein Zeichen für eine Abschwächung der amerikanischen Dominanz auf sicherheitspolitischem Gebiet darstellen. Die neuen Pershing-II-Raketen sind, da sie mit extrem kurzer Vorwarnzeit unmittelbar sowjetisches Staatsgebiet erreichen können, in angespannten Krisensituationen, die mit der Drohung von Atomwaffeneinsatz einhergehen, erste Ziele der UdSSR, die es in einem Präemptivschlag auszuschalten gilt. Die Gefahr eines solchen Präemptivschlages entfiele nur, wenn die Bundesrepublik Deutschland keine derartigen Waffen auf ihrem Territorium stationiert hätte. Bei einem Konflikt der Supermächte, ob direkt oder irgendwo in der Dritten Welt vermittelt über Stellvertreter, würde das Überleben der Bundesrepublik Deutschland im Falle der Stationierung der Pershing-II-Raketen direkt von den Führern der Supermächte und ihren Eskalationsabsichten abhängen. Eine Chance des Heraushaltens gäbe es für die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr. Lehnt also die Bundesregierung – und mit ihr andere westeuropäische Staaten – die „Nach"-Rüstung ab, stünde die NATO vor einer schweren Krise.

Da allerdings – angesichts der Haltungen der derzeitigen Regierungen in der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien – nicht mit einer solchen Ablehnung zu rechnen ist, wird die schon angekündigte Antwort der Sowjetunion auf die 1983er „Nach"-Rüstung weitere „Nach"-Rüstungen in der dabei zugrunde liegenden Logik zwingend machen. Ein europäischer Rüstungswettlauf ist die Folge. Damit wären jedoch die sicherheitspolitischen Interessendifferenzen nicht aufgehoben, sondern deren Bearbeitung würde nur verschoben.

Gepaart mit Einschnitten in das System sozialer Sicherheit wegen fehlendem Wirtschaftswachstum und ständiger „Nach"-Rüstungen, die die Sicherheitslage weiter verschlechtern, ist unschwer eine Legitimationskrise der westeuropäischen Regierungen vorauszusagen, die schließlich in dramatischer Form

und nach hohen politischen Kosten eine Neustrukturierung der NATO verlangen würde. An instabilen westeuropäischen Regierungen kann aber selbst den USA nicht gelegen sein; hier findet auch ihr Streben nach der Rückkehr zur Hegemonie ihre Grenzen. Als Bollwerk gegen den Kommunismus und als Stützpfeiler des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems ist Westeuropa unverzichtbar. Allerdings erscheint Konservativen in den USA die liberal-demokratische Staatsform von Verbündeten durchaus verzichtbar zu sein.

VI. Perspektiven für Westeuropa

Bisher versuchten bundesdeutsche Regierungen durch eine Politik der „Umarmung" ihre Interessen bei der jeweiligen US-Regierung zur Geltung zu bringen. Die Bundesrepublik Deutschland stellte sich als „Musterschüler" im Bündnis dar, insbesondere was die militärische Rüstung vor und während der Entspannungsphase betraf und war zudem stets darauf bedacht, in der EG bzw. EPZ Entscheidungen, die den USA nicht genehm waren, zu verhindern oder abzumildern. Eine solche Politik übertrug ihr schließlich die Rolle des Allianz-„Whip"[14]), des Anwalts allianzpolitischer Entscheidungserfordernisse.

Die Grenzen einer solchen Politik sind allerdings sichtbar: Kann eine Politik der Umarmung dann noch Aussicht auf Erfolg haben, wenn der Umarmende die Entspannungspolitik zu retten versucht, der Umarmte aber gerade diese Entspannungspolitik als größten politischen Fehler seiner Vorgänger betrachtet? Oder präziser formuliert: Wird die Reagan-Administration auf die ihr höchst wichtige West-Ost-Konfrontation verzichten, nur weil die Bundesrepublik Deutschland sich davon humanitäre und politische Vorteile erhofft und dazu noch ökonomisch weiterhin so stark bleiben kann? Mag eine „Politik der Umarmung" auch in der Vergangenheit erfolgreich gewesen sein, eine Erfolgsgarantie für die Zukunft bietet sie nicht. Schon allein deshalb sind Alternativen zu einer solchen Politik zu prüfen.

Diese Alternativen haben es jedoch schwer, weil gerade die Politik der Umarmung, des zeugnishaft zur Schau gestellten Pro-Amerikanismus, zur Beruhigung des öffentlichen Bewußtseins keine Informationen über Interessenunterschiede zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland laut werden lassen durfte. Wagte sich trotzdem Kritik – speziell im sicherheitspolitischen Bereich – an die Öffentlichkeit, wurde sie von einer einträchtigen Allparteienkoalition mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus belegt.

1. Vorwärts in die 50er Jahre?

Die Darstellung der Interessenunterschiede zwischen den Staaten diesseits und jenseits des Atlantiks legt den Schluß nahe, daß es nicht Ziel der (West)-Europäer' sein kann, den USA erneut zu einer hegemonialen Stellung im

14) Der Begriff „whip" wird in Analogie zum „whip" einer Parlamentsfraktion des britischen Unterhauses verstanden. Der Bundesrepublik Deutschland fällt damit sowohl die Rolle des Allianzgeschäftsführers für Westeuropa, als auch die Rolle der „Einpeitschers" zu, der den NATO-Kurs gegenüber zurückhaltenden Staaten durchzusetzen versucht.

Bündnis zu verhelfen. Dies gilt nicht nur für sozialdemokratisch ausgerichtete westeuropäische Regierungen, sondern reicht bis weit in die konservativen Kreise hinein. Eine Unterordnung Westeuropas unter die Globalpolitik der USA läßt folgende Politikentwicklung erwarten: Die Entspannungspolitik wird beendet, Berlin wird zu einem Krisenherd der Welt, die deutsch-deutsche Normalisierung gestoppt. Ökonomische Schwierigkeiten sind aufgrund des Nachfrageausfalls aus dem Osten zu erwarten. Der strategische Rüstungswettlauf in Europa beschleunigt sich, die Militärausgaben werden steigen und die Sozialausgaben beschnitten werden. Auch die Gefahr eines Ausfalls der Ölversorgung ist bei Bindung an ein Regime auf Gedeih und Verderb mit dessen Sturz eher zu erwarten. Einer Politik der äußeren Konfrontation folgt eine Politik der Repression nach innen. Diese würde für die herrschenden Eliten immer dringlicher, wenn in den westlichen Demokratien Legitimationskrisen größten Ausmaßes auftreten würden. Rüstungswettlauf, Einschnitte in das soziale Netz, wirtschaftliche Krisenerscheinungen und im Ost-West-Schema interpretierte Konflikte in den Entwicklungsländern, in die die westlichen Industrieländer mehr und mehr verwickelt werden und die die Gefahr der Eskalation des Ost-West-Konflikts in sich bergen könnten zu einem Entzug von Massenloyalität führen.

2. Können die USA ein Einschwenken Westeuropas auf ihre Politik erzwingen?

Der Handlungsspielraum der Bundesrepublik alleine oder in Verbund mit den anderen westeuropäischen Staaten wird heute allgemein als größer beurteilt, als dies noch in den fünfziger Jahren der Fall war. Dabei ist weithin unstrittig, daß besonders im ökonomischen Bereich Westeuropa ein hohes Maß an Eigenständigkeit in Fragen der europäischen Einigung, der Weltwirtschaft und des Verhältnisses zu Ländern der Dritten Welt gewonnen hat. Dagegen gilt der bundesdeutsche Handlungsspielraum in Fragen militärischer Sicherheit als äußerst gering. Diese unterschiedlichen Grade der Eigenständigkeit, verbinden sich im öffentlichen Bewußtsein mit der Wahrnehmung von Abhängigkeiten, die eine Gefolgschaft mit der US-Politik scheinbar erzwingen.

In der Tat scheinen sich aufgrund der intensiven deutsch-amerikanischen Verflechtungen für die Hegemonialmacht eine ganze Reihe ökonomischer, rohstoff- und militärpolitischer Pressionsmöglichkeiten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu eröffnen.

Eine nur über einen Friedensvertrag aufhebbare Abhängigkeit stellt das Letztbestimmungsrecht der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über Berlin dar. Da (Groß-)Berlin nach dem Grundgesetz (Art. 23) Teil der Bundesrepublik ist, die reale Verfügungsgewalt über die Stadt aber bei den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges liegt, sind die USA immer in der Lage, mit der Aufgabe des westlichen Teils der Stadt oder doch zumindest mit der Einschränkung ihrer Lebensfähigkeit zu drohen. Der Ruf „Westberlin ist in Gefahr", sei er nun von westlicher Seite herausgefordert oder eine Wider-

spiegelung der tatsächlichen Politikentwicklung im Ost-West-Konflikt, wird jede Bundesregierung innenpolitisch in Bedrängnis bringen. Nun ist es aber keinesfalls so, daß nur für die USA Westberlin ein Druckmittel[15]) gegenüber der Bundesrepublik darstellt. Wie oben gezeigt, ist Westberlin auch durch die Sowjetunion als Pressionsinstrument zu verwenden. Dies führt dazu, daß allein eine Entspannungspolitik zwischen den beiden Supermächten Westberlin die Luft zum Atmen läßt.

Dies würde zu einer paradoxen Situation insofern führen, als die Gefährdung West-Berlins zunächst für eine gewisse Zeit als Pressionsmittel gegenüber der Bundesregierung in Kauf genommen – gerade auch, und dann auf Dauer, ein Ergebnis der damit erzwungenen Konfrontationspolitik sein würde.

Eng mit Westberlin ist – als einem möglichen politischen Druckmittel – die atomare Schutzgarantie der USA für Westeuropa verknüpft. Diese Garantie ist aber eher als eine Fiktion zu betrachten, zweifeln doch amerikanische Politiker, wie selbst Kissinger an, daß es sich ein amerikanischer Präsident leisten könnte, die Existenz einer amerikanischen Großstadt wegen eines atomaren Schlages oder dessen Androhung auf irgendeine westeuropäische Stadt seitens der UdSSR zu riskieren. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, daß es keine atomare Schutzgarantie der USA für die Bundesrepublik Deutschland gibt, solange ihre Einlösung die Zerstörung amerikanischer Städte nach sich ziehen könnte. Die Modernisierung des Atomwaffenpotentials in Westeuropa deutet weiter darauf hin, daß sich die USA des Risikos der Selbstvernichtung bewußt sind und sie deshalb das atomare Kriegsrisiko auf Europa verlegen wollen. (Dies gilt in anderer Form auch für den Nahen Osten.)

Aus dieser grundsätzlichen Kritik am Abschreckungssystem kann deshalb auch die Androhung eines amerikanischen Truppenabzugs aus Westeuropa mit Gleichmut betrachtet werden. Zum einen läßt sie völlig das amerikanische Eigeninteresse ausser acht, zum anderen eröffnen sich dadurch für den seit Jahren stagnierenden MBFR-Prozeß neue Chancen. Da die Androhung des Truppenabzugs zugleich auch einen massiven Eingriff in die bundesdeutsche Innenpolitik durch Parteinahme darstellen würde, wäre die Gefahr eines Anwachsens der Kritik am amerikanischen Verbündeten durchaus gegeben.

Die Risiken durch Pressionsmöglichkeiten der USA auf militärpolitischem Gebiet sind also abschätzbar. Nichtdestoweniger wird jede künftige Politik – außer einer Fortsetzung der Entspannungspolitik – für Westberlin nicht ohne erhöhte Risiken sein.

Im ökonomischen und rohstoffpolitischen Bereich könnte ein Öllieferstopp der US-Multis ebenso Druck ausüben, wie die Verweigerung amerikanischen Urans für die bundesdeutschen Atomkraftwerke. Allerdings sind auch Eigeninteressen der US-Öl-Multis und der Exportwirtschaft, die laut Reagans

15) Aus dieser Tatsache ist zu schließen, daß die USA nicht an eine Aufgabe der Stadt denken.

Wahlprogramm bevorzugt gefördert werden sollen, ins Kalkül einer Risikoabschätzung einzubeziehen[16]).

Schließlich bleiben noch der Stopp von Rohstofflieferungen aus den USA und ein Exportverbot als mögliche Druckmittel zu beachten. Die Politik der Bundesregierung hat eine Diversifikation im Außenhandel bewirkt, die es kaum einer Nation ermöglicht, die Bundesrepublik Deutschland handelspolitisch zu erpressen. In keinem Hauptexportbereich liegt eine Länderkonzentration von über 20 % vor, der Rohstoffbezug ist stark gestreut. Allein Rohnickel mit einem Anteil von 15 % an der Gesamteinfuhr stellt einen bemerkenswerten Prozentsatz beim Rohstoffbezug aus den USA dar. Aber auch als Handelspartner ist die Bedeutung der USA im Vergleich zu den EG-Staaten zurückgegangen (Anteil an der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik Deutschland 1. Quartal 1980: USA und Kanada 8,8 %, Staatshandelsländer 4,7 %; Anteil an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland 1. Quartal 1980: USA und Kanada 7,1 %, Staatshandelsländer 5,4 %).

Dagegen ist der Bestand der Direktinvestitionen aus den USA mit 25,9 Milliarden DM höher als aus EG-Staaten mit 21 Milliarden DM (Stand 1976). Ein plötzlicher Abzug des amerikanischen Kapitals könnte durchaus schwerwiegende Folgen haben, ist aber nicht wahrscheinlich, solange nicht ein Blockwechsel der Bundesrepublik Deutschland bevorsteht. Das hohe Maß an amerikanischen Direkinvestitionen macht eher das wirtschaftliche Eigeninteresse der USA an Westeuropa deutlich.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß Pressionen im ökonomischen Bereich unwahrscheinlich sind. Zum einen stellt die EG bereits einen institutionellen Rahmen dar, der Abkoppelungsfolgen auszugleichen erlaubte, zum zweiten könnten mögliche Pressionen konzertierte Gegenmaßnahmen durch die EG und Japan hervorrufen, da sich ihre Abhängigkeiten zu den USA in vielen Bereichen ähneln.

Es bleibt also festzustellen, daß sowohl die freiwillige – wegen den daraus resultierenden politischen Folgen – als auch die erzwungene Einordnung Westeuorpas in das globalstrategische Konfrontationskonzept der Regierung Reagan mit hohen Kosten und Risiken belastet ist, die den Überlebensinteressen der deutschen Bevölkerung entgegenstehen.

3. *Alternativen*

Ehe neue Optionen Eingang in die Politikformulierung der Bundesrepublik Deutschland finden, sind deren mögliche Vor- und Nachteile zu bilanzieren und mit dem Risikograd der herkömmlichen Politik – ob nun erzwungen oder freiwillig verfolgt – zu vergleichen. Dabei muß – um voreiligen Erwartungen keinen Nährboden zu lassen – festgestellt werden, daß es bei der Suche nach neuen Optionen im Verhältnis USA –Westeuropa und dessen Ausgestaltung

16) Dabei scheint der Hinweis bedeutsam, daß die US-Industrie im Jahr 1981, also gerade zur Zeit der Enthaltsamkeitsappelle an andere westliche Indutrieländer, ihren Osthandel um 65 Prozent gesteigert hat.

im sicherheitspolitischen Bereich nicht um die Konstruktion eines risikofreien Modells gehen kann. Gefordert ist vielmehr, einen risikoärmeren Weg zu finden und für seine Durchsetzung zu werben. Dies heißt zugleich auch, sich in Gegensatz zu Gruppen der Gesellschaft zu stellen, die sich mit der bisher praktizierten Politik identifiziert und u. U. aus ihr Nutzen gezogen haben. Leitinteresse einer solcherart versuchten Neubestimmung kann nicht eine appellativ beschworene Gemeinsamkeit des Westens sein, wie wir sie in der *Direktoren-Studie* vorfinden, hinter der sich in der Quintessenz nichts anderes als das Ziel verbirgt, mit Hilfe eines schlichten Antikommunismus die Hegemonie der USA (im westlichen Bündnis) wiederherzustellen und ihre weltpolitische Führungsrolle zu wahren. Leitinteresse muß vielmehr sein, die hegemoniale Binnenstruktur der NATO so zu verändern, daß die ureigensten Überlebensinteressen (West-)Europas auch im sicherheitspolitischen Bereich gewahrt werden können.

Für die Sektoren der Wirtschafts- und Dritte-Welt-Politik stellt die EG eine längst anerkannte institutionelle Alternative dar. Der sicherheitspolitische Bereich ist im Vergleich dazu völlig unterentwickelt. Gerade hier ist jedoch folgende Frage aufzuwerfen: Wenn die Sicherheitspolitik der NATO weder in ihrer heutigen Form noch in ihrer USA-orientierten globalstrategischen Form den Sicherheitsinteressen Westeuropas bzw. der BRD entspricht, d. h. wenn Verletzbarkeit nicht weggerüstet werden kann, wie sollte dann eine Außen- und Sicherheitspolitik aussehen, die den spezifischen Interessen Westeuropas bzw. der Bundesrepublik Rechnung trägt?

Als Grundsatz für eine andere Sicherheitspolitik hat zu gelten, daß Sicherheit unter den gegebenen historischen Umständen, insbesondere in der spezifischen Konstellation des Ost-West-Konflikts, nicht mehr aus dem Blickwinkel eines der potentiellen Gegner gesehen werden kann. Dies hat zur Konsequenz, daß die politische Dimension der Sicherheit eine Ermutigung zur Zusammenarbeit und die militärische Dimension eine Entmutigung der Eroberungsabsichten beinhalten muß.

Erster und wichtigster Prüfstein ist das Überleben der Bevölkerung unter Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit, sowie ihrer Selbstbestimmung über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Zum zweiten muß die Wahrnehmung der eigenen Sicherheitspolitik durch den potentiellen Gegner berücksichtigt werden. Eine offensichtliche Bedrohungsverminderung muß enthalten sein. Ebenso dürfen die Sicherheitsinteressen der eigenen Bündnispartner, d.h. der anderen NATO-Staaten nicht vernachlässigt werden. Die Alternative kann deshalb nicht ein Wechsel zum anderen Block sein.

Sicherheit darf nicht nur militärisch begriffen werden, sondern muß auch einen politischen Zugriff auf vermeintliche (rüstungs)-technologische Sachzwänge bieten. Dieses Kriterium kann mit dem „Primat der Politik" umschrieben werden. Mit Hilfe der Entschleierung solcher Sachzwänge kann die Argumentationskette des "worst-case"-Denkens durchbrochen werden und eröffnen sich neue Möglichkeiten der Rüstungskontrolle bzw. -begrenzung.

Ein weiterer Prüfstein ist die Offenhaltung der Option zugunsten vollständiger Abrüstung und sozialer Verteidigung im Konzept der neuen Sicherheitspolitik. Dies beinhaltet für das eigene Verhalten, dem Prinzip gewaltfreier Politikgestaltung im internationalen System zu entsprechen.

Als sicherheitspolitische Alternativen[17]), die diesen Kriterien weitgehend entsprechen, weisen sich sowohl ein Defensivkonzept mit atomarer Mindestabschreckung als auch ein striktes Defensivkonzept unter ausdrücklichem Verzicht auf den atomaren Schutz der USA aus. Den Ausgangspunkt des Konzepts militärischer Sicherheitspolitik, welches auf einem Defensivkonzept für den konventionellen Bereich und auf einer seegestützten atomaren Mindestabschreckung fußt, findet man in den für Westeuropa bedrohlichen Fähigkeiten des sowjetischen Rüstungspotentials[18]). Es bietet bei entsprechenden politischen Absichten der Sowjet-Führung die Möglichkeit, Westeuropa mit militärischen Mitteln zu bedrohen und zu erpressen. Um nukleare Erpressung zu verhindern, wird eine im westlichen Atlantik bzw. im östlichen Pazifik kreuzende U-Boot-gestützte atomare Mindestabschreckung vorgeschlagen, deren Größenordnung lediglich einer gesicherten Zweitschlagsfähigkeit zu entsprechen hätte. Dieser Vorschlag erlaubt eine auch einseitig innerhalb des westlichen Bündnisses durchführbare dramatische Reduzierung von Atomwaffensystemen. Das Territorium Westeuropas würde davon sogar gänzlich frei sein.

Der Vorschlag eines strikten Defensivkonzepts unter ausdrücklichem Verzicht auf den atomaren Schutz der USA[19]) versucht, dem Überlebensinteresse der westeuropäischen Bevölkerung im Verteidigungsfalle mit einer eindeutigen Risikoveränderung gegenüber der derzeitigen Sicherheitspolitik gerecht zu werden. An die Stelle einer Risikobereitschaft zum Atomkrieg wird eine Risikobereitschaft zur kalkulierbaren Selbstbehauptung gesetzt. Mit einer solcherart ausgestalteten militärischen Sicherheitspolitik wird einem möglichen Aggressor signalisiert, daß er mit einer risikolosen Besetzung des Gebiets nicht wird rechnen können. Außerdem wird damit zum einen an die Sicherheitsinteressen der eigenen Bevölkerung angeknüpft, in der die Vorstellung stark verankert ist, Sicherheit sei ohne militärische Mittel nicht herstellbar. Zum anderen nimmt ein solches Konzept die Interessen der Bündnispartner ernst: den USA wird signalisiert, daß ein Blockwechsel nicht ins Auge gefaßt wird, und für die westeuropäischen Verbündeten bleibt die Bundesrepublik Deutschland als vorgelagerte Schutzzone gegen eine schnelle militärische Besetzung erhalten.

Ein striktes Defensivkonzept eröffnet zugleich aber auch eine Vielzahl von neuen Chancen für verstärkte Kooperation im Ost-West- und Nord-Süd-Ver-

17) Eine ausführliche Diskussion dieser Konzepte findet sich in der Gesamtstudie (vgl. Anm. 1).
18) Man sieht hierbei bewußt von einer – stets kontroversen – Interpretation der politischen Absichten der Sowjetführung ab. Man läßt sich also auf ein den Militärtechnokraten eigenes 'worst-case'-Denken ein.
19) Dies schließt den einseitigen Abzug aller amerikanischen Atomwaffen vom Gebiet der westeuropäischen Nicht-Atom-Waffen-Staaten ein und die Forderung an die Sowjetunion, ihre in den WVO-Staaten, westlich des Urals und auf See stationierten Kernwaffenträgersysteme in und für Europa zu verschrotten.

hältnis, d.h. durch eine Änderung der militärischen Sicherheitspolitik wird versucht, der Friedenssicherung mit politischen Mitteln, nämlich der Entspannung neue Impulse zu verleihen.

Darüber hinaus käme einem solchen strikten Defensivkonzept innerhalb des NATO-Bündnisses auch eine wichtige instrumentale Funktion zu. Folgt man der oben dargelegten Analyse, wonach Westeuropa, insbesondere aber die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Lebensfähigkeit West-Berlins, der Entspannung zwischen Ost und West Vorrang einräumen muß, und ist einem strikten Defensivkonzept tatsächlich eine hohe Verträglichkeit mit der Entspannungspolitik zuzurechnen, dann könnte den Westeuropäern mit einem strikten Defensivkonzept ein Mittel in die Hand gegeben sein, das ihnen gegenüber den USA eine – auf den sicherheitspolitischen Bereich beschränkte – Abkoppelung erlauben würde, wenn die Reagan-Administration weiterhin an der Ablehnung der Entspannungspolitik in und für Europa festhält. Dabei wäre der Öffentlichkeit in jedem einzelnen NATO-Staat deutlich zu machen, daß ein striktes Defensivkonzept sowohl den Sicherheitsinteressen der Westeuropäer als auch der USA dient: weder eine kampflose Selbstpreisgabe oder ein Blockwechsel noch die Inkaufnahme eines möglichen atomaren Holocaust wären die Folgen.

El Salvador – Geschichte und gesellschaftliche Ursachen des Bürgerkriegs

Von Veronika Sieglin

Der Volksaufstand in Nicaragua 1978 und die wachsenden politischen Unruhen im Nachbarland El Salvador rückten den mittelamerikanischen Raum in den vergangenen Jahren zunehmend in das Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Seit dem Machtantritt der Reagan-Administration 1981 verstärkten nun die USA und Teile des konservativen Lagers in Westeuropa ihre Anstrengungen, den Bürgerkrieg in El Salvador als einen dem kleinen Land von

Dokumente zum Zeitgeschehen

Mitteilung Leonid Breschnews vom 16. März 1982 über das von der sowjetischen Führung beschlossene einseitige Moratorium für die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR

(Auszug aus der Ansprache auf dem 17. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften)

Man kann wohl sagen, daß die gesamten internationalen Beziehungen heute vor einem deutlichen Scheideweg stehen.

Einerseits ist da der Weg zur Festigkeit des Friedens und zur Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit aller Staaten. Einer Zusammenarbeit auf der Basis strengen Respektierens der Unabhängigkeit, der Rechte und Interessen eines jeden von ihnen, auf der Basis der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und gemeinsamer Bemühungen um die Festigung der allgemeinen Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens. Dieser Weg ist sowohl in den Beschlüssen der Konferenz von Helsinki als auch in vielen anderen zwischenstaatlichen Dokumenten des vergangenen Jahrzehnts deutlich vorgezeichnet. Er ist auch durch die praktischen Erfahrungen der Völker, insbesondere der Völker Europas, im Verlauf dieses Jahrzehnts erhärtet.

Andererseits der Weg, auf den die neugebackenen Streiter des kalten Krieges und eines gefährlichen Balancierens am Rande eines wirklichen Krieges die Menschheit verstärkt abzudrängen suchen.

Sie möchten die im Verlauf von Jahrhunderten entstandenen rechtlichen und ethischen Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen beiseite werfen, die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten aufheben. Sie versuchen, die politische Karte der Welt umzumodeln, indem sie ausgedehnte Regionen unseres Planeten auf allen Kontinenten zu Zonen ihrer „Lebensinteressen" erklären. Sie maßen sich das „Recht" an, die einen zu kommandieren, über die anderen zu Gericht zu sitzen und sie zu „strafen". Offen, schamlos verkünden sie Pläne zur ökonomischen und politischen „Destabilisierung" ihnen nicht genehmer Regierungen und Staaten und versuchen, diese Pläne in die Praxis umzusetzen. Mit beispiellosem Zynismus freuen sie sich über Schwierigkeiten, die dieses oder jenes Volk durchmacht. Normalen Verkehr und internationalen Handel versuchen sie durch „Sanktionen" und Blockade, Kontakte und Verhandlungen durch ständiges Androhen von Waffengewalt, sogar von Kernwaffen, zu ersetzen.

Man muß einfach staunen, wenn man all dies sieht. Und unwillkürlich ergibt sich die Frage: Wovon ist diese Politik mehr erfüllt, von Leichtsinn, Mangel an Erfahrungen in internationalen Geschäften oder von einem verantwortungslosen, sagen wir es direkt, abenteuerlichen Herangehen an schwerwiegendste Probleme, die das Schicksal der Menschheit berühren? Nicht bei uns, sondern in den Spalten der soliden bürgerlichen Presse der USA wurde diese Art Politik als „Kurs auf eine politische Katastrophe" bezeichnet. Gegen die Stichhaltigkeit dieser Bezeichnung läßt sich wohl kaum etwas einwenden.

Übrigens zu den Blockaden und „Sanktionen": Die Sowjetunion ist ein großes Land mit einer machtvollen Wirtschaft und reichen Ressourcen. Die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft aber um so mehr. Möge also niemand daran zweifeln, daß wir schlecht und recht überleben würden. Was aber die Länder betrifft, die Washington als seine Bundesgenossen bezeichnet, so hängen viele in ihrer ganzen Entwicklung wesentlich stärker vom Außenhandel ab. Es ist also noch eine Frage, wessen Interessen durch die Politik der Cowboy-Attacken gegen den internationalen Handel und die normalen Wirtschaftsbeziehungen stärker getroffen werden.

Objektiv gesprochen verheißt der Kurs auf ein weiteres Anheizen der internationalen Atmosphäre, auf ein Hochschrauben des Wettrüstens, auf eine Zerstörung der normalen Beziehungen zwischen den Staaten keinem Volk etwas Gutes. Darunter natürlich auch dem amerikanischen nicht. Dagegen kann er der ganzen Menschheit großes Unheil bringen. Deshalb sind wir fest überzeugt: Dieser Kurs kann bei den Völkern keine Unterstützung finden und hat keine Zukunft. Und je schneller das seine Urheber begreifen, desto besser für alle.

Was die Sowjetunion betrifft, so halten wir fest und unbeirrbar Kurs auf einen dauerhaften Frieden und gegenseitig vorteilhafte friedliche Zusammenarbeit aller Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung und ihrem politischen System. Und natürlich sind wir dafür, daß die Teilnehmer des Madrider Treffens, wenn es seine Arbeit wieder aufnimmt, endlich zu den Themen übergehen, derentwegen es veranstaltet wurde: zu den Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, und daß der Weg zur Einberufung einer Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa geöffnet wird, auf die die Völker unseres Kontinents so sehr angewiesen sind. Der militaristische Kurs und die aggressive Politik der NATO mit den USA an der Spitze zwingen uns, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes auf dem gebotenen Niveau aufrechterhalten wird. Das ist ein ehernes Gebot der gegenwärtigen Welt, und es erfordert natürlich ein Abzweigen erheblicher Mittel, was unsere Pläne des friedlichen Aufbaus beeinträchtigt. Aber, wie ich schon mehrmals sagen mußte, wir verausgaben für diese Zwecke keinen Rubel und werden auch keinen Rubel über das Maß hinaus verausgaben, das absolut unerläßlich ist, um die Sicherheit unseres Volkes, seiner Freunde und Verbündeten zu gewährleisten. Und wir sehen die Zukunft nicht im Aspekt einer schrankenlosen Anhäufung ganzer Berge von Waffen, sondern im Aspekt vernünftiger Vereinbarungen mit der anderen Seite über eine beiderseitige Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation.

Besonders beachtenswert ist in diesem Zusammenhang natürlich das Problem der Reduzierung der Kernwaffen in Europa. Gegenwärtig ist das, man kann es wohl sagen, das Kardinalproblem der Abwendung der zunehmenden Gefahr eines weltweiten Raketen- und Kernkrieges.

Sie kennen, Genossen, die konkreten und weitgehenden Vorschläge der Sowjetunion zu dieser Frage: Von einer Reduzierung auf ein Drittel der in Europa vorhandenen und für Europa bestimmten beiderseitigen nuklearen Arsenale bis zur völligen Befreiung des Kontinents von den nuklearen Waffen mittlerer Reichweite und taktischer Bestimmung. Bekannt ist außerdem, daß die amerikanische Seite bis auf den heutigen Tag einer ernsten Erörterung, geschweige denn Lösung dieser Frage, ausweicht, indem sie die absurde Forderung nach einer einseitigen Abrüstung der Sowjetunion vorschiebt, die in Washington wie zum Hohn als „Null-Option" bezeichnet wird.

Wir geben jedoch die Hoffnung nicht auf, daß eine vernünftige Vereinbarung auf der Basis der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der Partner erzielt werden wird. Mehr noch, wir tragen in jeder Weise, mit Wort und Tat dazu bei. Jetzt, liebe Genossen, kann ich Ihnen mitteilen, daß im Bestreben, eine gerechte Vereinbarung über eine einschneidende Reduzierung der beiderseitigen Kernmittel in Europa und aus dem Wunsch heraus, mit gutem Beispiel vorangzugehen, *die sowjetische Führung beschlossen hat, auf einseitiger Basis ein Moratorium für die Stationierung von Kernwaffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR einzuführen. Die hier bereits stationierten derartigen Waffen frieren wir quantitativ und qualitativ ein. Und die Ablösung alter Raketen, die als SS 4 und SS 5 bekannt sind, durch die neueren SS 20 stoppen wir.*

Dieses Moratorium wird gelten entweder bis mit den Vereinigten Staaten auf der Basis der Gleichheit und gleichen Sicherheit ein Abkommen über die Reduzierung der für Europa bestimmten nuklearen Waffen von mittlerer Reichweite erzielt wird, oder aber bis zu dem Zeitpunkt, da die Führer der USA unter Mißachtung der Sicherheit der Völker doch dazu übergehen, die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Flügelraketen in Europa praktisch vorzubereiten.

Weiter. Wir erklärten bereits früher, daß wir beim Erreichen eines beiderseitig vereinbarten Moratoriums bereit wären, um unseren guten Willen zu zeigen, in Europa einen einseitigen zahlenmäßigen Abbau unserer Kernwaffen im Hinblick auf eine künftige vereinbarte Reduzierung vorzunehmen. Jetzt haben wir einen neuen Schritt beschlossen, der unseren Friedenswillen und den Glauben an die Möglichkeit einer beiderseitig annehmbaren Übereinkunft veranschaulicht. *Die Sowjetunion hat die Absicht, schon in diesem Jahr, falls keine neue Zuspitzung der internationa-*

len Lage eintritt, auf eigene Initiative eine bestimmte Anzahl ihrer Mittelstreckenraketen abzubauen.

Wir geben diese Beschlüsse in der Überzeugung bekannt, daß die Völker der ganzen Welt die Friedfertigkeit und den guten Willen der Sowjetunion gebührend einschätzen werden. Wir hoffen auch, daß unsere westlichen Verhandlungspartner imstande sein werden, dies durch konstruktive Schritte im Sinne des guten Willens zu beantworten. Zugleich halten wir es für unsere Pflicht, mit aller Klarheit auf folgendes aufmerksam zu machen. Sollten die Regierungen der USA und ihrer NATO-Verbündeten entgegen dem Friedenswillen der Völker ihren Plan zur Stationierung von Hunderten neuen amerikanischen Raketen in Europa gegen Objekte auf dem Boden der UdSSR doch verwirklichen, so würde in der Welt eine andere strategische Situation entstehen. Es würde sich eine zusätzliche reale Bedrohung unseres Landes und seiner Verbündeten durch die Vereinigten Staaten ergeben. *Das würde uns zu solchen Gegenmaßnahmen zwingen, die die andere Seite, einschließlich auch unmittelbar der Vereinigten Staaten, ihres Territoriums, in die entsprechende Lage versetzen würden. Das darf man nicht vergessen.*

Dieser Umstand erinnert neuerlich, wie wichtig für die Geschicke des Friedens, für die Minderung der Gefahr eines weltweiten nuklearen Brandes *die Frage einer Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA über Einschränkung und Reduzierung der strategischen Kernwaffen ist.* Die USA haben sich bekanntlich geweigert, den 1979 unterzeichneten diesbezüglichen Vertrag in Kraft zu setzen. Weitere Verhandlungen zum betreffenden Problem will Washington bis auf den heutigen Tag ebenfalls nicht pflegen. Indessen wird dei Frage immer akuter und unaufschiebbarer.

Erstens könnte die Verwirklichung der amerikanischen Pläne zur Stationierung neuer Raketen in Europa das zur Zeit erzielte Gleichgewicht der beiderseitigen strategischen Mittel – mit kaum vorauszusagenden Folgen für die Zukunft – über den Haufen werfen.

Zweitens könnten beide Seiten durch das Entwickeln neuer Arten von Massenvernichtungswaffen (falls dies nicht auf vertraglicher Basis gestoppt wird) die heute noch möglichen Übereinkünfte über Einschränkung, Reduzierung und Kontrolle gegenstandslos machen.

Deshalb fordern wir die Regierung der Vereinigten Staaten auf, den SALT-Verhandlungen keine künstlichen Hindernisse in den Weg zu legen und sie in nächster Zeit aufzunehmen. *Und bis zu ihrer Wiederaufnahme würden wir vorschlagen, daß sie beide Seiten gemeinsam verpflichten, keinen neuen Kanal des Wettrüstens zu öffnen, keine see- und bodengestützten Flügelraketen von großer Reichweite zu stationieren.*

Wir sind überhaupt der Meinung, daß die Lage in der Welt maximale Zurückhaltung beider einander gegenüberstehender Staatenblöcke in ihrer militärischen Betätigung erfordert. Wir wären beispielsweise bereit, *eine gegenseitige Einschränkung des Einsatzbereiches der Kriegsflotten zu vereinbaren. Speziell würden wir es für möglich halten zu vereinbaren, daß die raketenbestückten U-Boote beider Seiten aus den gegenwärtigen weitläufigen Räumen ihrer militärischen Patrouillenfahrten abgezogen werden, daß ihr Kreuzen auf beiderseitig vereinbarte Grenzen beschränkt wird. Wir wären außerdem bereit, die Frage der Ausweitung von Vertrauensmaßnahmen auf die Aquatorien der Meere und Ozeane, besonders auf die Räume, wo sich die belebtesten Seewege befinden, zu erörtern.* Mit einem Wort wir sind dafür, daß ein möglichst großer Teil des Weltmeeres schon in nächster Zeit zu einer Friedenszone wird.

Soweit unsere neuen Vorschläge zu den Fragen der Zügelung des Wettrüstens und der Abwendung der Gefahr eines neuen Weltkrieges. Wie Sie sehen, Genossen, erfüllen unsere Partei und die Sowjetregierung gewissenhaft den ihnen vom Volk erteilten Auftrag und tun alles, um die Hoffnungen der Werktätigen unseres Landes, ja der ganzen Menschheit auf einen dauerhaften Frieden, auf einen klaren Himmel über einem friedlichen Planeten, der Erde heißt, zu rechtfertigen.

Die Kennedy/Hatfield-Initiative im amerikanischen Kongreß für ein Einfrieren („freeze") der Atomwaffen

Der Resolutionsentwurf und die Erklärung der US-Regierung werden nach einem Bericht der „New York Times" vom 21. März 1982 wiedergegeben. D. Red.

Entwurf einer Kongreßresolution über das Einfrieren der Atomwaffen, vorgelegt von den Senatoren Mark O. Hatfield (Republikaner) und Edward Kennedy (Demokraten)

Die Kongreßresolution, in der ein Einfrieren der Atomwaffen gefordert wird und die in diesem Monat von 17 Senatoren und 122 Abgeordneten des Repräsentantenhauses eingebracht wurde, ist, wie sich jetzt herausstellt, nur die erste von mehreren solchen Initiativen. Der Abgeordnete Albert Gore jun. (Tennessee) hat beispielsweise einen detaillierten Plan ausgearbeitet, wie ein solches Moratorium funktionieren könnte. Der Text der ursprünglichen Resolution, wie sie von den Senatoren Mark O. Hatfield (Oregon) und Edward M. Kennedy (Massachusetts) vorgelegt wurde, lautet folgendermaßen:

„Angesichts der Tatsache, daß es die größte Aufgabe der Menschheit ist, den Ausbruch eines zufällig oder absichtlich ausgelösten Atomkrieges zu verhindern;

angesichts der Tatsache, daß das atomare Wettrüsten das Risiko einer Katastrophe in gefährlicher Weise vergrößert, einer Katastrophe, die der letzte Krieg der Menschheit wäre;

und angesichts der Tatsache, daß ein Einfrieren mit anschließendem Abbau atomarer Sprengköpfe, Raketen und sonstiger Trägersysteme erforderlich ist, um das atomare Wettrüsten zum Stillstand zu bringen und das Risiko eines Atomkrieges zu verringern,

haben Senat und Repräsentantenhaus beschlossen:

1. Als unverzügliche Maßnahme zur strategischen Rüstungskontrolle sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion
a) einen völligen Stopp des atomaren Wettrüstens anstreben;
b) entscheiden, wann und wie ein beiderseitiges und kontrollierbares Einfrieren der Erprobung, Herstellung und Weiterverbreitung atomarer Sprengköpfe, Raketen und anderer Trägersysteme erreicht werden kann; und
c) besondere Aufmerksamkeit auf Waffen richten, die die Stabilität gefährden, da durch ihre Verbreitung ein solches Einfrieren schwieriger zu erreichen wäre.

2. Ausgehend von diesem Einfrieren sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion umfassende, beiderseitige und kontrollierbare Maßnahmen zum Abbau atomarer Sprengköpfe, Raketen und anderer Trägersysteme treffen, und zwar durch jährliche prozentuale Verringerungen oder ebenso wirksame Mittel und in einer Weise, durch die die Stabilität gefördert wird."

Erklärung der US-Regierung zum Resolutionsentwurf (Auszüge)

Die Regierung hat eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich gegen die Resolution wendet. Es folgen einige Auszüge:

„Obwohl wir die Einstellung verstehen, die den Bemühungen um ein Einfrieren zugrundeliegen, kann die Regierung das Einfrieren selbst nicht unterstützen. Es würde die USA in einer Position militärischer Benachteiligung und gefährlicher Verwundbarkeit fixieren. Die Anstrengungen der Sowjets haben zu neuen Waffen geführt, unter anderem zu neuen Generationen interkontinentaler Raketen, die unsere atomare Abschreckung direkt gefährden.

In Europa hat die sowjetische Stationierung der Sowjetunion einen überwältigenden Vorsprung gegenüber dem Westen in dieser Waffenkategorie verliehen.

Das vorgeschlagene Einfrieren, das weder kontrollierbar ist, noch die vorhandenen Waffen reduziert, ist nicht nur schlechte Verteidigungspolitik, sondern auch schlechte Rüstungskontrolle.

Der Präsident ist auf das strategische Modernisierungsprogramm angewiesen, wenn wir eine glaubwürdige Chance haben wollen, mit der Sowjetunion eine gute Anfangsvereinbarung auszuhandeln. Das Einfrieren würde natürlich das Modernisierungsprogramm vereiteln und damit zugleich unsere Chancen, den Rüstungsabbau zu erreichen, den wir alle anstreben."

„Es gibt keinen Atomkrieg" – Ein Artikel von Kardinal Dr. Franz König, Erzbischof von Wien

(Wortlaut)

Den nachstehenden Beitrag, der – ohne sie ausdrücklich beim Namen zu nennen – den von der NATO-Strategie ins Auge gefaßten „Ersteinsatz" von Atomwaffen als „Verbrechen an der Menschheit" verurteilt, veröffentlichte der maßgebliche Vertreter der katholischen Kirche am 3. März 1982 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Wir dokumentieren den aufrüttelnden Beitrag im Wortlaut. D. Red.

Das Langsamste auf dieser Welt ist die Entwicklung des menschlichen Denkens. Unsere Technik ist uns um große Schritte voraus. Unsere Phantasie, unsere Vorstellungen, unser Vorstellungsvermögen ist zurückgeblieben. Unser Denken verläuft in den Bahnen vergangener Zeiten. Wir reden von Dingen, die es nicht mehr gibt. Wir legen Denkmuster an Vorgänge, die ohne Vorgang sind. Die Wirklichkeit ist stärker als unsere Vorstellungskraft.

Wir reden vom Frieden. Haben wir nicht immer vom Frieden geredet? „Die Waffen nieder!" rief Bertha von Suttner. „Nie wieder Krieg", schrien die Menschen nach dem Ersten Weltkrieg. Was ist davon geblieben? Die Skepsis, daß alles schon einmal dagewesen ist? Das müde Lächeln der alten Menschen, wenn ihre Enkel und Urenkel heute sagen, sie würden ganz einfach nicht hingehen, sie würden den Krieg allein lassen? Welchen Krieg?

Wir reden vom Krieg, wie die Menschen seit Jahrhunderten vom Krieg geredet haben. Wir reden vom Krieg, weil wir kein anderes Wort haben. Aber ist das, was uns heute droht, in aller Furchtbarkeit droht, nur ein Krieg? Kann man das noch als Krieg bezeichnen? Im Krieg hat es immer Vernichtung gegeben. Aber immer ist noch jemand dagewesen, um nachher zu weinen, zu klagen, die Toten zu bestatten und wieder neu anzufangen über Trümmern, Schutt und Rauch. Doch nach der totalen Vernichtung wird es niemanden mehr geben, der klagen kann und neu beginnen. Der Mensch kann sich das nicht vorstellen. Es fällt ihm auch schwer, sich die totale Vernichtung vorzustellen. Darum nennt er noch immer Krieg, was nicht Krieg ist.

Krieg und „Atomkrieg" können und dürfen nicht miteinander in Verbindung gebracht werden. Mit Atombomben und Atomstrahlen kann man keinen Krieg führen, damit kann man nur die gesamte Menschheit ausrotten. Kriegführen und der Einsatz von Atomwaffen widersprechen einander von Grund auf. Nicht nur deswegen, weil die Zahl der Toten alle bisherigen Vorstellungen übersteigen würde, sondern weil gleichzeitig alle Gebäude, alle Transportmittel und die gesamte gesellschaftliche Struktur zerstört würden. Es gäbe weder eine medizinische noch eine dem Lebensunterhalt dienende Versorgung. Die Verbreitung radioaktiven Materials würde auf weiten Gebieten, auf ganzen Kontinenten nicht nur fast alle Lebewesen töten, sondern außerdem alle Arten von Krankheiten, besonders Krebs, bei den wenigen noch Lebenden verursachen. Der Chef eines internationalen Unternehmens zur friedlichen Auswertung der Atomkraft sagte mir kürzlich folgendes: „Es steht fest, daß das gesamte international einsatzbereite Atommaterial, in nor-

malen Sprengstoff umgerechnet, so viel ergibt, daß für jeden Menschen auf der Welt 3000 Kilogramm Sprengstoff zur Verfügung stehen, um ihn zu töten."

Wenn wir erkennen, daß die große Vernichtung nicht als Krieg bezeichnet werden kann, dann fällt auch alles weg, was Menschen sich ausgedacht haben, um Kriege zu „regulieren", zu „moralisieren", zu „domestizieren". Es fällt weg der so lang verwendete und so oft mißbrauchte Begriff vom gerechten Krieg. Was heißt hier noch gerechter Krieg? Auch das Wort vom Verteidigungskrieg ist in diesem Zusammenhang ein sinnloses Wort geworden. Was soll und von wem verteidigt werden?

Ein anderer Gesichtspunkt fällt heute besonders ins Gewicht. Die Möglichkeit eines Atomkrieges nimmt nicht ab, sondern wächst. Ja, nicht nur die sogenannten Supermächte sind im Besitz von Atomwaffen, sondern auch kleinere Staaten haben heute bereits Atomwaffen oder können sie herstellen. Die Möglichkeit, daß etwas passiert, wächst ständig. Terroristen und Narren sind überall und immer zu allem fähig. Dazu kommt noch eine weitere Gefahr: Es wird davon gesprochen, daß man die Möglichkeit vom „begrenzten" Atomkrieg in Rechnung stellen müsse. Das heißt, daß taktische Kernwaffen bei militärischen Aktionen zum Einsatz kommen können. Abgesehen vom direkten Effekt eines solchen Einsatzes, abgesehen von der dadurch ausgelösten Radioaktivität, ist zu bedenken, daß ein solcher Einsatz fast naturnotwendig sich ausweitet und aus einer begrenzten militärischen Aktion ein allgemeiner vernichtender Atomschlag würde.

Die öffentliche Meinung ist sich dieser großen Gefahr noch immer zu wenig bewußt. Die mögliche Gefahr, die von Kernkraftwerken ausgehen kann, wird anscheinend viel ernster genommen als die Möglichkeit eines sogenannten Atomkrieges. Dabei handelt es sich hier um nicht vergleichbare Größen.

Bei Diskussionen in diesem Zusammenhang muß künftig folgendes beachtet werden:

a) Kernwaffen dürfen niemals als Kriegswaffen bezeichnet werden. Das, was man bisher als Möglichkeit eines Atomkrieges bezeichnet hat, würde mit größter Wahrscheinlichkeit zur Vernichtung der gesamten Menschheit führen.

b) Den Einsatz von Kernwaffen jeder Art durch irgendeinen Staat bei irgendeinem künftigen Konflikt müßte man wegen der irreparablen Folgen als „Verbrechen gegen die Menschheit" bezeichnen.

c) Regierungen in Ost und West müßten mit größtem Nachdruck veranlaßt werden, die Zahl der Atomwaffen zu reduzieren. Zur Zeit sind mehr als 50 000 Atombomben einsatzbereit.

d) Die dringendste Aufgabe ist es, in den Abrüstungsverhandlungen die Zahl aller Arten von Atomwaffen zu reduzieren und diese Abrüstung zu kontrollieren. Je größer die Spannungen in der Welt sind, desto dringender ist dieses Vorhaben.

Die größte Gefahr, mit der sich die Menschheit heute auseinandersetzen muß, ist noch lange nicht das Hauptanliegen der öffentlichen Meinung geworden. Daran ändern auch Friedensdemonstrationen nichts. Die öffentliche Meinung muß einen immer stärkeren Druck auf Politiker und Regierungen ausüben, im Westen ebenso wie im Osten, um militärische Überlegungen zu revidieren, das Freund-Feind-Verhältnis neu zu überprüfen, die Möglichkeiten eines „begrenzten" Atomkrieges als vollkommen irreal auszuschließen und die Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion umzurüsten.

Wir sitzen auf einem Pulverfaß. Jeder Narr, jeder Verbrecher kann zünden. Was tun wir? Wir haben Angst, aber wir schaufeln immer noch mehr Pulver in dieses Faß. Wir haben Angst und wollen mit noch mehr Rüstung unsere Angst vertreiben. Aber Angst kann man nicht wegrüsten. Wir reden von Sicherheit und schaufeln immer noch mehr Pulver in das Faß. Aber Sicherheit kann man nicht errüsten. Wir reden von Sicherheit und meinen unsere Sicherheit. Wir reden von Abrüstung und meinen die Abrüstung der anderen. Aber die Sicherheit ist immer auch die Sicherheit des anderen und die Abrüstung auch immer unsere eigene. Es geht hier nicht um Theorien und um Strategien, nicht um Ausgewogenheit und Gleichgewicht, es geht ums Leben, um unser aller Leben. Es gibt keinen Atomkrieg, es gäbe nur die allgemeine Vernichtung.

Seit dem Friedensgesang der Engel auf den Feldern um Bethlehem ist das Bemühen jedes Christen um die „pax christiana" Auftrag und Verpflichtung. Dies haben etwa die Bischöfe Österreichs auf ihrer Herbsttagung dieses Jahres ausdrücklich betont: „Der Einsatz für den Frieden hat seine Wurzel im Evangelium Christi, der seinen Jüngern den Auftrag zur Brüderlichkeit gegeben und diese durch seine Menschwerdung neu begründet hat."

Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa Aufruf der internationalen Juristenkonferenz in Frankfurt/M. am 20./21. März 1982

(Wortlaut)

Am 20. und 21. März 1982 fand in Frankfurt/M. eine internationale Juristenkonferenz unter dem Thema „Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa – für Frieden, Abrüstung und Entspannung" statt. An der Konferenz beteiligten sich rund 250 Juristen aus 12 europäischen Staaten und den USA. Veranstalter war die Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ) in Zusammenarbeit mit der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVD). Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten einen Aufruf, dessen Wortlaut wir nachstehend dokumentieren.D. Red.

Am 12. Dezember 1979 beschloß der NATO-Ministerrat ab 1983 108 Nuklearraketen vom Typ Pershing II und 464 atomar bestückte Flügelraketen vom Typ Cruise Missile in Westeuropa, und hier vornehmlich in der Bundesrepublik Deutschland, zu stationieren. Bei den Raketen handelt es sich um eine neue Waffengeneration, die wegen ihrer kurzen Flugdauer und ihrer hohen Treffsicherheit die USA technisch in die Lage versetzen würde, praktisch ohne jede Vorwarnzeit und mit großer Präzision Ziele in der Sowjetunion zu erreichen.

Sechs Monate später wurde durch die Direktive 59 des amerikanischen Präsidenten Carter das bisherige militärstrategische Konzept durch die Annahme, daß ein Atomkrieg auf Europa begrenzbar und erfolgreich sein könne, entscheidend erweitert. Auch Äußerungen der Reagan-Administration, der Minister Haig und Weinberger, lassen nur den Schluß zu, daß die US-amerikanische Strategie von der Position des militärischen Gleichgewichts und der Entspannung abgegangen ist und ein Konzept der militärischen Überlegenheit und Drohung aufbaut. Salt II wurde möglich und abgeschlossen, weil alle Beteiligten seinerzeit darin übereinstimmten, daß ein Gleichgewicht des Rüstungspotentials – die SS-20-Rakten auf sowjetischer Seite eingeschlossen – gegeben ist.

Als Juristen halten wir es für unser Pflicht, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß der NATO-Minister-Ratsbeschluß nicht nur unter politischen, sondern auch unter juristischen Gesichtspunkten höchst bedenklich und anfechtbar ist.

Nach Art. 26 GG sind: „Handlungen, die geignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten,. . . verfassungswidrig".

Die Stationierung der neuen Raketen bringt das friedliche Zusammenleben der Völker Westeuropas in Gefahr: sie bedeutet einen qualitativ neuen Schritt im internationalen Wettrüsten und senkt die Schwelle zum Atomkrieg. Fest steht, daß die Mittelstreckenraketen keine bloßen Angriffsmittel sind. Die USA haben niemals auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichtet, die Bundesregierung würde mit einer Zustimmung zur Stationierung auf dem Territorium der BRD

notwendigerweise in Kauf nehmen, daß die USA diese Raketen auch einsetzen, ohne daß ein Angriff seitens der Sowjetunion vorausgegangen sein müßte. Nach dem geltenden Völkerrecht, das die Kriterien für die Auslegung des verfassungsrechtlich unbestimmten Rechtsbegriffs Angriffskrieg liefert, würde diese Maßnahme nicht nur „geeignet" sein, „das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören", sondern auch eine unzulässige Vorbereitungshandlung für den Angriffskrieg bedeuten.

Wer militärtechnische Voraussetzungen für die militärische Überlegenheit schafft, verstößt gegen das zumindest zwischen den Großmächten vereinbarte Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit, das die Geschäftsgrundlage der Rüstungskontrollvereinbarungen der letzten Jahre darstellt, beide Seiten verpflichten sich, auf das Streben nach militärischer Überlegenheit zu verzichten und die bestehende militärstrategische Parität als Ausgangsbasis für konkrete Abrüstungsschritte zu respektieren.

Schon wird davon gesprochen, daß die gleichen Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles auch in Japan, in Südkorea und auf mobilen Basen stationiert werden sollen. Eine solche Einkreisung mit Nuklearträgerwaffen mit eindeutig strategischer Funktion kann und wird die Sowjetunion ebensowenig hinnehmen, wie die USA sich mit der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba abfanden.

Unabhängig vom völkerrechtlichen Gewaltverbot, an das die Bundesregierung nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch unmittelbar völkerrechtlich gebunden ist, sind die neuen Waffensysteme ein Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.

Trotz verschiedentlich vorgetragener Bedenken sind die Haager Landkriegsordnung von 1907, die Genfer Konvention von 1949 wie auch das Zusatzprotokoll von 1978 auf einen Kernwaffeneinsatz anwendbar. Zumindest in dichtbesiedelten Gebieten wie Europa wäre es bei ihrem Einsatz nicht möglich, die Zivilbevölkerung zu schonen, die Integrität neutraler Staaten zu respektieren sowie die weiteren Grundsätze des humanitären Völkerrechts zu berücksichtigen. Als Erstschlagwaffen sind sie daher unter keinem Aspekt völkerrechtlich zulässig.

Eine Stationierung der Nuklearraketen wäre entgegen manchen Behauptungen nicht ohne die Zustimmung oder gar gegen das Votum der Bundesregierung auf dem Territorium der Bundesrepublik möglich. Weder der Deutschlandvertrag vom 5. 5. 1955 noch der „Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD" oder „Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der BRD" (sog. Truppenvertrag) vom gleichen Tag beschränken die Souveränität der BRD derart, daß ohne oder gegen ihren Willen atomare Waffen auf ihrem Territorium stationiert werden könnten.

Wir erinnern die Bundesregierung an ihre politische, moralische und rechtliche Verantwortung. Vom deutschen Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen. Wir appellieren an die Bundesregierung, die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa nicht zuzulassen, ihren Einfluß für die Ratifizierung des Salt-II-Abkommens geltend zu machen und neue Schritte zur Weiterführung des Entspannungsprozesses zu ergreifen.

Wissenschaftliche IMSF-Fachtagung für Ökonomen am 5./6. Juni 1982 in Frankfurt/M.

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DES KAPITALS IN DER KRISE

Ein Vergleich der kapitalistischen Hauptländer

Referenten aus: USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, BRD
Kurzanalysen aus: Italien, Niederlande, Österreich, Skandinavien

Anmeldung: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt/M.

Teilnahme nur gegen Anmeldebestätigung möglich. Anmeldung bis zum 10. Mai 1982 erwünscht.
Tagungsbeitrag DM 35,—.

„Relation" (Mitteilung) des Republikanischen Anwaltsvereins über die Verfassungsmäßigkeit der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

(Wortlaut)

Der „Republikanische Anwaltverein" hat sich mit einer „Relation" (Mitteilung) an die Öffentlichkeit gewandt, die die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Zustimmung Bonns zur Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden in Frage stellt. Die Relation wird von über 100 Juristen, unter ihnen der ehem. Verfassungsrichter Martin Hirsch, Professor Ulrich Klug, Heinrich Hannover, Prof. Erich Küchenhoff u. a. unterstützt. Nachstehend dokumentieren wir den Text im Wortlaut. D. Red.

„Laut Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes sind ‚Handlungen' die geeignet sind, das friedliche Zustammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten', jedenfalls objektiv verfassungswidrig (auch subjetiv sind sie es erst, wenn eine darauf gerichtete Absicht hinzutritt). Die exemplarische Hervorhebung des ‚inbesondere. . .' belegt, daß schon die initiative Androhung militärischer Gewalt gegen einen anderen Staat mit dem Ziel, gegen seinen Willen den bestehenden Zustand zu ändern, eine verbotene Angriffshandlung (übrigens auch im Sinne des Art. 39 der UN-Charta) ist, auch wenn gar kein kriegerischer Überfall vorbereitet war oder wird, wie durch das innerstaatliche Strafrecht die räuberische Erpressung (die Einwirkung auf die Willensfreiheit des Opfers durch Drohung gegen Leib oder Leben) dem Raube (der Anwendung von Gewalt) gleichgestellt ist so ist es verfassungs- und völkerrechtlich mit Angriffskrieg und Angriffsdrohung zwecks Einfluß auf die Willensfreiheit des anderen.

Daher bezweifelt bei uns niemand, daß die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba 1962 eine Angriffshandlung in diesem Sinne gewesen wäre, und daß die Abmachung zwischen UdSSR und Kuba darüber, der Ausbau von Abschußrampen und der Seetransport der Raketen völkerrechtswidirge Vorbereitungshandlungen waren. Denn es wäre die Verwarnzeit für die USA praktisch entfallen. Sie wären atomar erpreßbar geworden. Sie hätten zum Beispiel genötigt werden können, Südvietnam oder El Salvador dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker zu überlassen.

Es verstößt gegen das Gleichbehandlungsprinzip, die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik unter Aufhebung jeder Vorwarnzeit, mit den etwa die Sowjetrussen genötigt werden könnten, z. B. Afghanistan dem Selbstbestimmungsrecht seines Volkes zu überlassen, rechtlich anders einzuschätzen.

Zwar sind die Schritte, die die Bundesregierung unternimmt, um von unserem Landes aus eurostrategische Waffen auf die Sowjetunion zu richten, subjektiv nicht von der Absicht einer Angriffshandlung getragen, sondern von dem Willen, die eigene Verteidigungskraft zu stärken. Aber Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes sagt weder noch meint er unseres Erachtens, die ‚Absicht. . . , das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören', müsse, um die Verfassungswidrigkeit zu vollenden, unbedingt von der Bundesregierung selbst gefaßt worden sein. Diese darf vielmehr auch nicht in Kauf nehmen, daß sie durch eigenes Tun eine Angriffshandlung eines anderen Staates von bundesdeutschem Boden aus gegen ein drittes Land ermöglicht. Fest steht, daß Pershing II und Cruise Missiles keine bloßen Verteidigungsmittel, daß Neutronengeschosse sogar ein ideales Angriffsmittel sind.

Dagegen steht allein das Vertrauen, die USA unter Führung des Präsidenten Reagan würden diese Atomwaffen nicht zur militärischen Nötigung mißbrauchen.

Der UdSSR freilich wurde 1962 (und wird heute) die Mißbrauchsabsicht ohne weiteres unterstellt. Nach historischer Erkenntnis sind indes beide Großmächte gleichermaßen bereit, ihre Interessen notfalls auch gewaltsam durchzusetzen. Unter anderem die Indianer, Mexiko, Spanien, die Fili-

pinos, die Dominikanische Republik und das vietnamesische Volk könnten ein Lied davon anstimmen. Immerhin sind die USA der einzige Staat, der bislang einen atomaren (gegen Japan) und einen chemischen Krieg (gegen Vietnam) geführt hat. Sie sind übrigens auch derjenige, der den anderen Machtblock politisch-militärisch eingekreist hat. Die Vereinigten Staaten waren es, die damit begannen, sich mit Atombomben, Wasserstoffbomben, Neutronenbomben, bakteriologischen Waffen auszurüsten. Die Sowjetunion hat in allen diesen Technologien stets nur nachgerüstet.

Daher wird, wer den USA die Stationierung derartiger Mittelstreckenraketen in seinem Staatsgebiet erlaubt, notwendigerweise in Kauf nehmen, daß diese Raketen in der Absicht installiert werden, notfalls eines Tages durch die initiative Androhung militärischer Gewalt Rußland gegen seinen Willen zu zwingen, einen bestehenden Zustand zu ändern (etwa auf jede Einflußmöglichkeit auf die ölproduzierenden Länder am Persischen Golf zu verzichten, eine verhaßte Ideologie aus Polen zu verdrängen oder den Mullahs in Afghanistan freie Hand zu lassen). Das aber erscheint nach deutschem Recht eindeutig als verfassungswidriger Zustand. Wir bitten deshalb die Bundesregierung künftig diese Verfassungsrechtslage in ihre Überlegungen und Verhandlungen mit einzubeziehen.

Doris Kachulle

Die Pöhlands im Krieg

Briefe einer Bremer Arbeiterfamilie aus dem 1. Weltkrieg.
Mit zahlreichen Fotos
300 Seiten, DM 14,80

Briefe aus dem Nachlaß der Eheleute Anna und Robert Pöhland. Im Frühsommer 1915 wurde Robert Pöhland eingezogen. Von da an schrieben sich die Eheleute beinahe täglich, bis Robert im Oktober 1916 in Frankreich fiel. Ein Dokument des Alltags im Krieg, Geschichte von unten. Die Briefe berühren Kunst und Literatur, Kindererziehung und Zukunftsvorstellungen. Zugleich kommt in ihnen eine gleichberechtigte Beziehung von Mann und Frau zum Ausdruck, wie sie vielen noch heute als Utopie erscheinen wird.

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Ulrich DOLATA, geb. 1959 in Dortmund, studiert Wirtschaftswissenschaften in Bremen mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik. *** *Frank NIESS M.A.*, geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow, Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft in Bonn und Heidelberg, 1972–1976 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Stuttgart, seitdem freier Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter „Amerikanische Außenpolitik" (1977) und „Geschichte der Arbeitslosigkeit" (1979). *** *Regina BOHNE*, geb. 1915 in Kiel, Journalistin, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt in Hofheim/Ts. *** *Mark SOLOMON*, Professor für Geschichte an der Universität Boston, stellvertretender Vorsitzender des U.S. Peace Council. *** *Thomas NIELEBOCK*, geb. 1953, wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, z. Z. Promotion über Probleme atomwaffenfreier Zonen, Mitglied der Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen. *** *Wolfgang SCHWEGLER*, geb. 1955, Student der Politischen Wissenschaft und Pädagogik, Mitglied der Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen. *** *Dr. Klaus D. WOLF*, geb. 1953, wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Mehrere Veröffentlichungen, v. a. zur Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, Mitglied der Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen. *** *Veronika SIEGLIN*, geb. 1958 in Lörrach, studiert Politikwissenschaft in Marburg/Lahn. *** *Georg BIEMANN*, geb. 1951 in Köln, Studium der Germanistik und der Geschichte, Presse- und Rundfunkjournalist, Schwerpunkte: Entwicklungsländer, Neofaschismus. *** *Dr. Hartmut BOSSEL*, geb. 1935 in Braunschweig, Professor für Umweltschutz an der Gesamthochschule Kassel; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. „Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft", Frankfurt/M. 1978; Concepts and tools of computer-assisted policy analysis, Basel 1977, Mitautor: „Energiewende", Frankfurt/M. 1980.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 5/1982 der „Blätter" wird am 17. 5. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 4/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-395080-01-01 529
BERGER
KLAUS

POSTSTR. 9

5300 BONN 1

Die Überlebenden werden die Toten beneiden

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg

Die Überlebenden werden die Toten beneiden

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg

Herausgegeben von Berliner und Hamburger Ärzteinitiativen sowie von bayerischen Ärztinnen und Ärzten gegen Atomenergie

240 Seiten, DM 14,80

International namhafte Ärzte, Biophysiker, Zivilschutzexperten, Militärs und Friedensforscher machen in diesem Buch umfassend und eindrucksvoll die kaum vorstellbaren Folgen eines Atomkrieges in Europa deutlich.

Pahl-Rugenstein

hältnis, d.h. durch eine Änderung der militärischen Sicherheitspolitik wird versucht, der Friedenssicherung mit politischen Mitteln, nämlich der Entspannung neue Impulse zu verleihen.

Darüber hinaus käme einem solchen strikten Defensivkonzept innerhalb des NATO-Bündnisses auch eine wichtige instrumentale Funktion zu. Folgt man der oben dargelegten Analyse, wonach Westeuropa, insbesondere aber die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Lebensfähigkeit West-Berlins, der Entspannung zwischen Ost und West Vorrang einräumen muß, und ist einem strikten Defensivkonzept tatsächlich eine hohe Verträglichkeit mit der Entspannungspolitik zuzurechnen, dann könnte den Westeuropäern mit einem strikten Defensivkonzept ein Mittel in die Hand gegeben sein, das ihnen gegenüber den USA eine – auf den sicherheitspolitischen Bereich beschränkte – Abkoppelung erlauben würde, wenn die Reagan-Administration weiterhin an der Ablehnung der Entspannungspolitik in und für Europa festhält. Dabei wäre der Öffentlichkeit in jedem einzelnen NATO-Staat deutlich zu machen, daß ein striktes Defensivkonzept sowohl den Sicherheitsinteressen der Westeuropäer als auch der USA dient: weder eine kampflose Selbstpreisgabe oder ein Blockwechsel noch die Inkaufnahme eines möglichen atomaren Holocaust wären die Folgen.

El Salvador – Geschichte und gesellschaftliche Ursachen des Bürgerkriegs

Von Veronika Sieglin

Der Volksaufstand in Nicaragua 1978 und die wachsenden politischen Unruhen im Nachbarland El Salvador rückten den mittelamerikanischen Raum in den vergangenen Jahren zunehmend in das Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Seit dem Machtantritt der Reagan-Administration 1981 verstärkten nun die USA und Teile des konservativen Lagers in Westeuropa ihre Anstrengungen, den Bürgerkrieg in El Salvador als einen dem kleinen Land von

sozialistischen Staaten – namentlich Sowjetunion und Kuba – und von Nicaragua aufgezwungenen Konflikt erscheinen zu lassen. Mit Hilfe dieser Konstruktion soll eine an den amerikanischen Interessen orientierte rein militärische Konfliktregulierung (Liquidierung der salvadorensischen Opposition) legitimiert werden. Dabei wird auch eine militärische Direktintervention der USA oder mit ihr verbündeter lateinamerikanischer Staaten (Honduras, Guatemala, Venezuela, Argentinien, Chile) nicht mehr ausgeschlossen. Demgegenüber soll im Folgenden versucht werden, die Wurzeln des salvadorensischen Bürgerkrieges darzustellen und dadurch die aktuelle politische Entwicklung in diesem Land transparent zu machen.

I

1. Zur sozio-ökonomischen Struktur des Agrarsektors

Das Ende des Zweiten Weltkrieges markierte in El Salvador den Beginn eines qualitativ neuen ökonomischen, sozialen und politischen Zyklus', der 1948 mit dem Putsch der reformistischen Fraktion der herrschenden Klasse und der mit ihr sympathisierenden Teile des Militärs (der sog. Juventud Militar) eingeleitet wurde. Ihr Ziel bestand in der Modernisierung der agrarischen Produktionsstruktur, der Überwindung der Abhängigkeit von dem bis dahin einzigen Exportartikel, Kaffee, und in der forcierten Industrialisierung des Landes. Neben einer stärkeren Diversifizierung der agrarischen Exportstruktur, vor allem durch den staatlich geförderten Anbau von Baumwolle und später auch Zuckerrohr, wurden seit Anfang der 50er Jahre große Anstrengungen unternommen, die Produktion dieser Güter dem internationalen Produktivkraftniveau anzupassen. Die dazu notwendige Steigerung der Akkumulationsrate realisierte sich in 2 Phasen:

a) in der Ausdehnung der Anbauflächen für die Exportkulturen bis etwa Ende der 50er Jahre
b) in der Intensivierung der Produktion (Mechanisierung; Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln), nachdem seit Mitte der 50er Jahre deutlich geworden war, daß sich höhere Akkumulationsraten in Folge fallender Weltmarktpreise für Kaffee und einer schärferen Konkurrenz durch afrikanische und asiatische Produzenten im wesentlichen nur noch durch Produktivitätssteigerungen erzielen ließen.

Diese ökonomischen Strukturveränderungen wurden in erster Linie durch einen für andere zentralamerikanische Staaten beispiellosen Landmangel (El Salvador ist das kleinste und dichtbesiedeltste Land Mittelamerikas) bestimmt. Parallel dazu vollzog sich nicht nur ein tiefgreifender Wandel der Besitz- und Eigentumsverhältnisse auf dem Lande, sondern wurde auch die Funktionsfähigkeit des Agrarsektors für die Belieferung der Städte mit einem ausreichenden und billigen Grundnahrungsmittelangebot in Frage gestellt. Die Ausdehnung der Agrarexportproduktion hatte zur Folge, daß die bis da-

hin auf den Plantagen angesiedelten kleinen Bauern vertrieben, feudale und halbfeudale Pachtverhältnisse aufgelöst wurden. Viele dieser Campesinos wurden auf marginalisierte Böden, die aufgrund ihres Gefälles, der starken Erosion und der schlechten Qualität eine ganzjährige Kultivierung unmöglich machten, abgedrängt. Hinzu kam, daß durch die kaum oder gar nicht vorhandenen Akkumulationsmöglichkeiten der Kleinproduzenten (niedriges Preisniveau für agrarische Grundnahrungsmittel), eine auf die spezifischen Interessen der Exportproduzenten zugeschnittenen Kreditpolitik staatlicher und privater Finanzierungsinstitute Campesinos keine Möglichkeiten besaßen, ihre Erträge durch eine Erhöhung der Produktivität zu steigern. Da jedoch gerade Kleinproduzenten den Binnenmarkt mit Grundnahrungsmitteln (Bohnen, Hirse, Mais, Reis) versorgten, ging das Angebot an diesen Produkten bis Mitte der 60er Jahre stark zurück und drohte die Reproduktionskosten der städtischen Arbeitskraft durch notwendig werdende Importe erheblich zu erhöhen. Zwar setzte der Staat Mitte der 60er Jahre ein Programm zur Steigerung der Grundnahrungsmittelproduktion in Gang, erzielte damit jedoch nur einen kurzfristigen Erfolg. Mittlere und große Baumwollproduzenten, die angesichts einer Baumwollkrise ab 1966/67 ihre Produktion kurzfristig auf den Anbau von Grundnahrungsmitteln umgestellt hatten, nahmen Anfang der 70er Jahre, als die Baumwollpreise auf dem Weltmarkt erneut anzogen, die insgesamt profitablere Exportproduktion wieder auf. Dieses Grundnahrungsmitteldefizit vergrößerte sich noch, nachdem Honduras und El Salvador nach den kriegerischen Auseinandersetzungen 1969 ihre Handelsbeziehungen abbrachen und die Nahrungsmitteleinfuhren aus Honduras damit ausblieben. Die durch die extrem ungleiche Einkommenverteilung ohnehin prekäre Ernährungslage der Bevölkerung verschärfte sich ab diesem Zeitpunkt noch einmal drastisch.

Diesen knapp skizzierten Veränderungen der ökonomischen Basis entsprach ein tiefgreifender Wandel der ländlichen Klassen- und Sozialstruktur. Die Entfaltung der Produktivkräfte erforderte eine an den Bedürfnissen der Kapitalverwertung orientierte flexible Nutzung der Arbeitskraft und war somit unmittelbar an die Beseitigung bis dahin noch weitverbreiteter feudaler und halbfeudaler Beschäftigungs- und Abhängigkeitsverhältnisse wie Colonato- und Aparcero-System geknüpft[1]). Die damit verbundene Enteignung und Vertreibung von Plantagenarbeitern manifestierte sich bis 1975 in

a) einem sprunghaften Anstieg der landlosen Familien von 12 % in 1961 auf 41 % in 1975,
b) einer Zunahme der Kleinbetriebe bis 1,9 Hektar um 30 %, während der Anteil dieser Campesino-Familien an den gesamten ländlichen Familien von 60 % auf 49 % zurückging, und

1) Innerhalb des Colonato-Verhältnisses stellt der Haciendero dem Arbeiter als Lohn ein kleines Stück Land zur Subsistenzproduktion zur Verfügung. Beim Aparcero-System handelt es sich um ein Pachtverhältnis, bei dem der Kleinpächter die Pacht durch unentgeltliche Arbeit auf der Plantage und/oder in Naturalien zu entrichten hat.

c) einem Rückgang der Kleinbetriebe zwischen 5-10 Hektar um ca. 40 %[2]).

Die Lebenssituation dieser einzelnen Schichten der ländlichen Unterklasse bestimmte sich durch ein äußerst niedriges Lohnniveau auf den Plantagen, durch die keinen kontinuierlichen Arbeitskräfteeinsatz erfordernde Exportproduktion[3]) und ein niedriges Preisniveau für agrarische Grundnahrungsmittel. Seit Anfang der 70er Jahre konnte eine landlose Familie ihre Reproduktionskosten nur noch zur Hälfte aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft decken und war gezwungen, sich andere, außerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses liegende Einkommensquellen (Verkauf wildwachsender Früchte, Viehwirtschaft, Kleinhandel) zu erschließen. Kleinproduzenten mit bis zu 2 Hektar Land wiederum konnten ihre Existenz nur durch zusätzliche Lohnarbeit während der Erntesaison sichern. D. h., im Laufe der 50er und 60er Jahre entstand ein riesiges ländliches Halbproletariat, das flexibel einsetzbar und ausbeutbar ist und sich zum großen Teil selbst reproduziert. Das permanente Überangebot an Arbeitskräften wußte die sogenannte Agraroligarchie – jene 1,5 % der ländlichen Bevölkerung, die über ca. 50 % des gesamten Bodens verfügt – dazu zu nutzen, ihr durch sinkende Exportquantitäten und internationale Preistiefs Ende der 60er Jahre entstandenes Einkommensdefizit nicht nur auszugleichen, sondern ihre Einnahmen sogar um real 25 % zu steigern. Im Gegensatz dazu verfügten landlose Familien aufgrund sinkender Löhne 1975 um real 16 % weniger als noch 1961. Bei Kleinproduzenten bis zu 1 Hektar Land lag der Einkommensverlust sogar bei 20 %[4]).

Festzuhalten bleibt, daß sich die Lage der Landbevölkerung seit Ende der 60er Jahre nicht nur relativ, sondern auch absolut verschlechterte. 1970 lebten ca. 75 % auf dem Lande unter dem von der Regierung bei 1300 Colones pro Jahr angesetzten Existenzminimum.

2. Die sozio-ökonomische Entwicklung der Stadt

Die Anfang der 50er Jahre eingeleitete Industrialisierung zeichnete sich bereits in ihrer Anfangsphase durch eine starke Konzentration der Produktion in wenigen Großbetrieben aus. Sie ist nicht als Weiterentwicklung der den Sekundärsektor in den 40er Jahren noch charakterisierenden kleinen Warenproduktion zu verstehen, da die Akkumalationsmöglichkeiten der Klein- und Handwerksbetriebe zu ungünstig waren, als daß sie sich zu Stätten industrieller Großproduktion hätten weiterentwickeln können. Die primären finanziellen Ressourcen der industriellen Mittel- und Großbetriebe lagen vielmehr außerhalb des Sekundärsektors, im Agrarexportsektor und im Ausland (USA, Japan).

2) Quelle: Carlos Samaniego, Movimiento Campesino o lucha del proletariado rural en El Salvador? in: „Revista Mexicano de Sociologia", no. 2, April-Juni 1980, S. 651-667, hier S. 661; Statistical Abstract of Latin America, James Wilkie (ed.), UCLA, Los Angeles, Vol. 18, 1977, Tab. 501, S. 62.

3) 1975 waren nur 37 % der ökonomisch aktiven Landbevölkerung permanent beschäftigt. 14 % fanden während 9 Monaten, 19 % während 6 Monaten und 30 % nur während der 2-3 monatigen Erntezeit eine Beschäftigung. Quelle: Arias Penate, Las Perspectivas del desarrollo agropecuario en relacion con la tenencia de la tierra, in: ECA, no. 379, Mai 1980, S. 445-462, hier Tab. 15, S. 462.

4) Vgl. Eduardo Colindres, La tenencia de la tierra en El Salvador, in: ECA, no. 335/336, 1976, Tab. 5; Samaniego, a. a. O., Tab. 4, S. 663.

Die Konzentrations- und Zentralisationstendenzen beschleunigten sich in den 60er und 70er Jahren, als sich die Unternehmen infolge der geringen Expansionsmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt stärker auf den Export orientierten: zunächst in den 1960 gegründeten Gemeinsamen Zentralamerikanischen Markt (MCCA), nach dessen Niedergang seit 1969/70 auch in außerregionale Märkte.

Die zur Sicherung ihrer Konkurrenzfähigkeit notwendige beständige Umwälzung der produktionstechnischen Basis spiegelt sich in der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals wider. Zwischen 1971 und 1975 verschob sich das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital im Produktionsgütersektor (Sektor I) von 5,5:1 auf 8,2:1. Im Konsumgütersektor (Sektor II) blieb die organische Zusammensetzung bei 4,9:1 konstant[5]).

In Hinsicht auf die von beiden Sektoren ausgehenden Beschäftigungseffekte läßt sich konstatieren,

1. daß die dynamische Entwicklung des Sektors I vor allen Dingen auf beträchtliche Produktivitätssteigerungen zurückzuführen ist und von einer raschen Substitution der menschlichen Arbeitskraft begleitet wird.
2. daß die Ausdehnung der Beschäftigungskapazitäten des arbeitsintensiveren Sektors II durch die Nachfrageschwäche des Binnenmarktes und die daraus resultierenden beschränkten Expansionsmöglichkeiten der Unternehmen gekennzeichnet wird. Zusätzlich negative Effekte auf den Arbeitsmarkt gingen vom Wegfall des für die salvadorensische Industrie wichtigen Marktes Honduras nach dem Fußballkrieg 1969, vom allgemeinen Zerfall des MCCA und von der depressiven Entwicklung der Weltwirtschaft seit 1974/75 aus. Die industriellen Produktionskapazitäten waren 1975 im Durchschnitt nur zu 67 % ausgelastet[6]).

Daraus ergibt sich, daß der Industriesektor weder in der Lage war, seine Beschäftigungskapazitäten entsprechend dem Wachstum der ökonomisch aktiven Bevölkerung von 3,9 % jährlich zu erweitern, noch die in die Stadt migrierenden marginalisierten ländlichen Bevölkerungssegmente zu absorbieren.

Entsprechend bildete sich eine relativ kleine Industriearbeiterschaft heraus. Sie umfaßt ca. 25 % der städtischen Arbeiterklasse, die sich vor allem im Handel und Dienstleistungsbereich lokalisiert. Der überwiegende Teil des Industrieproletariats (52 %) konzentriert sich noch in der Kleinindustrie und im Handwerk. Allerdings erweist sich im Falle El Salvadors eine oft formulierte These, daß die Etablierung industrieller Großbetriebe einen kleinen Kern von Industriearbeitern hervorgebracht hat, der sich von allen anderen städtischen Sektoren darin unterscheidet, „. . . daß er durch seine Organisierung die Möglichkeit besitzt, seine Situation zu verbessern"[7]), in dieser All-

5) Quelle: Francisco A. Moreno: El Salvador- Acumulacion del capital industrial en la decada del 70. Un ejercicio empirico, in: „Estudios Sociales Centroamericanos", no. 40, Jan.-April 1981, S. 87-108, hier S. 104.
6) Vgl. Melvin Burke, El sistema de plantacion y la proletarizacion del trabajo agricola en El Salvador, in: ECA, no. 335/336, Sept./Okt. 1976, S. 473-486, hier S. 481.
7) Victor Broderson, Estructura y desarollo social en El Salvador, in: „Desarollo Economico. Revista de Ciencias Sociales", no. 77, April-Juni 1980, S. 125.

gemeinheit als nicht haltbar. Eine Betrachtung der Einkommensentwicklung macht vielmehr deutlich, daß sich seit Anfang der 70er Jahre wie in den übrigen Bereichen der Ökonomie auch im Industriesektor ein Reallohnabbau in beträchtlichem Ausmaß abzeichnet. 1974 lag das Einkommen von 30 % der Beschäftigten im Fabriksektor und von 60 % derjenigen der Kleinindustrie und des Handwerks unter dem Existenzminimum von 200 Colones monatlich[8]). Ein Vergleich mit anderen Sektoren der Arbeiterklasse läßt eher den Schluß zu, daß sich der Verelendungsprozeß des Industrieproletariats aufgrund seiner gewerkschaftlichen Organisierungsmöglichkeiten etc. etwas langsamer vollzog, daß er aber nicht gestoppt werden konnte. Die angedeutete geringe Elastizität der industriellen Beschäftigung zwingt einen wachsenden Teil der nicht oder nur partiell in die Produktion integrierten Arbeitskräfte dazu, ihr Überleben durch die eigene Organisierung von Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern. Der Industrialisierungsprozeß korrespondierte entsprechend mit dem Aufblähen eines sich vorwiegend im gewerblichen Bereich (z. B. kleine Schuhmacher) und im Tertiärsektor (z. B. Hausangestellte, Straßenhändler, Prostituierte) lokalisierenden informellen Sektors. Im Gebiet von San Salvador, dem wichtigsten Industriezentrum des Landes, waren 1974 bereits 46 % der gesamten ökonomisch aktiven Bevölkerung in ihm tätig. Besonders stark sind Frauen, Kinder und ländliche Migranten vom Abdrängen in den informellen Sektor betroffen. Die Lebensbedingungen dieser Bevölkerungsteile werden durch das für diesen Sektor typische extrem niedrige Einkommensniveau bestimmt. 71 % verfügten 1974 über weniger als 12 Colones monatlich und gehörten damit zu den 40 % aller Familien, die 1974 über nicht mehr als 3,4 % des gesamten städtischen Familieneinkommens verfügten[9]). Analog zu den sich verschlechternden Existenzbedingungen in den Städten kam die Land-Stadt-Migration Ende der 60er Jahre zum Stillstand.

Die Verelendung der städtischen Unterklassen wirkte sich unmittelbar auf das städtische Kleinbürgertum in Handel, Gewerbe- und Dienstleistungssektor aus, da es fast ausschließlich für den Binnenmarkt produzierte. Die sinkende Kaufkraft der Masse der Bevölkerung verstärkte die Deklassierungsprozesse innerhalb des Kleinbürgertums.

Diesen bisher genannten Klassen/Schichten stand eine sich während des ökonomischen und politischen Modernisierungsprozesses verbreiterndere abhängige Zwischenschicht gegenüber (Beamten, Technokraten, Militärs etc.), die sowohl ihren politischen Einfluß ausweiten als sich auch einen größeren Anteil am Gesamteinkommen aneignen konnte. Während sich der Anteil von 80 % der Bevölkerung zwischen 1945/46 und 1970 von 47 % auf 40 % reduzierte, steigerte sich der dieser Mittelschichten (ca. 15 % der Bevölkerung) von 17 %, auf 33 %[10]).

8) Vgl. Growth, Employment and Basic Needs in Latin America and the Caribbean, International Labour Organization, Geneva 1979, S. 33.
9) Quelle: PREALC, Situacion y Perspectivas del Empleo en El Salvador, Organizacion Internacional de Trabajo, Vol. 1, Santiago (Chile) 1977, S. 272 ff.; Burke, a. a. O., S. 479.
10) Quelle: Broderson, a. a. O. Tab. 4, S. 130.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die innere Heterogenität der städtischen und ländlichen Unterklassen, die daraus resultierenden unterschiedlichen Tagesinteressen und das aus der unbeschreiblichen Not geborene Überlebensprinzip „Jeder-gegen-jeden" noch bis Anfang der 70er Jahre die Herausbildung eines einzelne Klassen/Schichten übergreifenden politischen Bewußtseins und gemeinsamer politischer Organisationen hemmte.

3. *Die Entwicklung der Emanzipationsbewegung*

Der Putsch der reformistischen Fraktion der herrschenden Klasse und der Juventud Militar 1948 war nur möglich gewesen, weil sie die Unterstützung der Klein- und Mittelbourgeoisie und der noch kleinen städtischen Arbeiterklasse besaßen. Diese Bevölkerungsteile erhofften sich vom Reformprojekt der Putschisten eine spürbare Verbesserung ihrer ökonomischen und politischen Partizipationsmöglichkeiten. In dem Maße jedoch, wie deutlich wurde, daß sich ihre Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Gesellschaft nicht erfüllten, formierte sich ihr Widerstand gegen die einzelnen Regime. Er manifestierte sich sowohl in den gegen die Regierungspolitik gerichteten Aktionen des fortschrittlichen, illegalisierten Gewerkschaftsverbandes CGTS wie auch in der Gründung zahlreicher oppositioneller Parteien, wie der Frente Nacional de Orientacion Civica FNOC (1957), der Christdemokratischen Partei PDC (1960) und der sozialdemokratischen Movimiento Nacional Revolucionario MNR (1967). Diese Parteien artikulierten in erster Linie die Interessen des städtischen Kleinbürgertums und der Intellektuellen. Innerhalb des linken Spektrums konstituierte sich nach dem Verbot der Partido de Accion Renovadora PAR (1967), die seit 1964 eine starke Linksentwicklung durchgemacht hatte, im Jahre 1968 die Union Democratica Nacionalista UDN. Die UDN gilt allgemein als der legale Arm der im Untergrund operierenden und den fortschrittlichen Gewerkschaftsverband FUSS hegemonisierenden Kommunistischen Partei El Salvadors PCS.

Obwohl die demokratische Gewerkschaftsbewegung zwischen 1957 und 1965 durch die Gründung regierungskonformer Gewerkschaften, gegen sie gerichtete Repressionen des Staates und eine Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit innerhalb der Linken stark an Bedeutung verloren hatte, gelang es ihr, angesichts der verschlechterten Lebenssituation breiter Bevölkerungsteile 1966/67/68 eine Streikwelle zu organisieren, die von großen Teilen der städtischen Arbeiterklasse getragen wurde. Unter dem Druck ihrer Basis mußten sich sogar die regierungskonformen Gewerkschaften den Streiks anschließen. Zum erstenmal seit mehr als 30 Jahren traten einzelne Belegschaften wieder aus Solidarität mit anderen Streikenden, vor allem aber mit den in ANDEN zusammengeschlossenen Lehrern, in den Ausstand. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen entwickelte sich ANDEN aus einer ursprünglichen Regierungsinstitution in eine die Arbeiterklasse stark mobilisierende Kraft.

Während die Klassenauseinandersetzungen in den Städten in diesen Jahren an Schärfe gewannen, begann sich der Widerstand auf dem Land erst allmäh-

lich zu formieren. Die im Gegensatz zu anderen zentralamerikanischen Staaten in den ländlichen Gebieten herrschende politische Friedhofsruhe war Folge der sowohl für die Campesinobewegung als auch für die herrschende Klasse traumatischen Ereignisse des Jahres 1932, in deren Verlauf die Zerschlagung eines Campesinoaufstandes durch das Militär 30 000 Tote forderte. Um eine Wiederholung dieser Aufstandsbewegung unter allen Umständen zu verhindern, wurde nicht nur der Landbevölkerung das Organisierungsrecht verweigert, sondern wurden auch staatliche Kontroll- und Repressionsinstanzen geschaffen (Guardia Nacional und Policia de Hacienda Anfang der 50er Jahre, die Terror- und Denunziationsorganisation ORDEN 1962) Diese Organisationen überzogen das Land mit einem dichten Spitzelnetz.

Da der Aktionsradius der oppositionellen politischen Parteien gesetzlich auf die Städte beschränkt war, waren es die von der sich entwickelnden Befreiungstheologie beeinflußten Teile der Kirche, unter deren Schutz und mit deren Unterstützung sich in den 60er Jahren die erste Campesinoorganisation FECCAS gründete. Die Streikwelle in den Städten griff zwar nicht auf das Land über, doch zeichnete sich mit der Beteiligung von FECCAS an den Demonstrationen zum 1. Mai 1968 eine Tendenz ab, die Isolierung von städtischer und ländlicher Arbeiterklasse allmählich zu überwinden[11]).

Das heftige Aufflackern der Klassenauseinandersetzungen in den Städten prägte die Physiognomie des oppositionellen Spektrums entscheidend. In den Parteien wurden erneut Auseinandersetzungen um Formen, Strategien und Perspektiven des demokratischen Kampfes geführt und mündeten schließlich in die Spaltung der beiden einflußreichsten Parteien, der Christdemokratie und der Kommunistischen Partei. In beiden Organisationen hatte sich während der Streikperiode eine Minderheit radikalisiert, die in den zahlreichen Solidaritätsstreiks ein neues positives Moment sah und dafür eintrat, die sich nach dem Krieg mit Honduras zuspitzenden ökonomischen, politischen und sozialen Widersprüche durch außerparlamentarische Aktionsformen zu intensivieren, um so einen revolutionären Prozeß in Gang zu setzen[12]). Daneben erwies sich die Beteiligung der Kommunistischen Partei an der das Land während den Auseinandersetzungen mit Honduras überschwemmenden chauvinistischen Welle als weiteres sie spaltendes Moment. Zusammen mit Studenten- und Frauenorganisationen, fortschrittlichen Gewerkschaftsverbänden, den Christdemokraten, der UDN hatte sie sich in einer Einheitsfront (Frente de Unidad Popular) zusammengeschlossen, um die nationale Souveränität gegenüber dem angreifenden Honduras zu verteidigen. Der Erfolg dieser von der Regierung und den Unternehmerverbänden angesichts ihres wachsenden Hegemonieverlustes in der Bevölkerung betriebenen nationalistischen Kampagne stellte sich rasch ein: die Klassenauseinandersetzungen fanden ein abruptes Ende, die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN, die politische Re-

11) Vgl. Ernesto Richter, Social Classes, Accumulation and the crisis of Overpopulation in El Salvador, in: „Latin American Perspectives", Nr. 2-3/1980, California, S. 114-135, hier S. 117.
12) Vgl. Guido Vejar, El Salvador – crisis revolucionario?, in: „Istapalapa", no. 3, Mexico 1980, S. 196-203, hier S. 198.

präsentantin der herrschenden Klasse) konnte in den relativ freien Präsidentschaftswahlen des Jahres 1968 60 % der Stimmen und die höchste Sitzzahl im Parlament auf sich vereinigen. Der Hegemonieschwund der herrschenden Klasse wurde jedoch bereits Anfang der 70er Jahre mit dem erneuten Aufleben der Klassenauseinandersetzungen und dem Sieg des Bündnisses von Christdemokraten, MNR und UDN bei den Präsidentschaftswahlen 1972 deutlich. Trotzdem war die Regierungsmacht der herrschenden Klasse noch bis Mitte der 70er Jahre nicht unmittelbar bedroht, da trotz inneroligarchischer Auseinandersetzungen um den weiteren politischen Kurs das Militär ihr loyal ergeben war und die traditionellen Oppositionsparteien und die einflußreichen regierungskonformen Gewerkschaften die Radikalisierung der von ihnen beeinflußten Bevölkerungsteile aufhalten konnten. Eine unmittelbare Bedrohung entstand erst zu jenem Zeitpunkt, als der Einfluß dieser Parteien und Verbände durch die revolutionäre Linke (Guerilla und revolutionäre Massenorganisationen) zurückgedrängt wurde und sich die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse zuspitzten (etwa seit 1976/77).

Aus der bereits erwähnten Spaltung der Kommunistischen Partei ging 1970 die erste Guerillaorganisation, die Fuerzas Populares de Liberacion FPL (Volksbefreiungskräfte), hervor. Im selben Jahr wurde von radikalisierten Christen und einem Teil der ausgetretenen Christdemokraten eine zweite Guerilla, das Ejercito Revolucionario del Pueblo ERP (Revolutionäres Volksheer) ins Leben gerufen. Die internen Auseinandersetzungen um eine rein militärische Revolutionsstrategie führten 1975 zur Spaltung des ERP und zur Gründung der Fuerzas Armadas de Resistencia Nacional FARN (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstandes), die wie die FPL den militärischen Kampf mit der Organisierung der Bevölkerung in einer politischen Organisation verbinden wollten.

Zeitlich etwas verzögert wurde Mitte der 70er Jahre von diesen Kräften als Reaktion auf das offensichtliche Scheitern der Oppositionsparteien, über den legalen Weg an die Macht zu gelangen (Wahlbetrug von 1972 und 1974), auf die Schließung der Universität und auf die Ermordung und Verfolgung von Gewerkschaftern und politischen Führungspersönlichkeiten die Organisierung der Bevölkerung in Angriff genommen. 1974 konstituierte sich die FAPU (Frente de Accion Popular Unificada – Organisation der FARN), 1975 der Bloque Revolucionario BPR (Organisation der FPL) und 1977 schließlich die Ligas Populares 28 de Febrero LP-28 (Politische Organisation des ERP).

Das Ziel der Massenorganisationen bestand darin, die Arbeiterklasse aus ihrer ökonomischen Tradition herauszubrechen, die Bewußtseinsentwicklung und den Organisierungsgrad der Bevölkerung voranzutreiben und ihre politische Handlungsfähigkeit zu erweitern. Das wichtigste Aktionsfeld stellte für sie daher der von der Kommunistischen Partei stark beeinflußte Gewerkschaftsdachverband CUTS dar. FAPU und dem BPR gelang es, ihren Einfluß in diesen Gewerkschaften beständig auszudehnen, indem sie die infolge ihrer ökonomischen und sozialen Verelendung und der permanenten politischen

Repression wachsende Spontaneität der Arbeiterklasse auffangen und in einen die unmittelbaren ökonomischen Interessen übersteigenden Kampf mit ausgeprägt sozialistischer, antiolgarchischer und antimonopolitischer Perspektive umleiten konnten[13]). Die revolutionären Volksorganisationen, insbesondere aber der BPR, ließen allen an den von ihnen unterstützen und/oder initiierten Aktionen (Demonstrationen, Streiks, Betriebs- und Landbesetzungen etc.) Beteiligten unmittelbar ökonomische, logistische und menschliche Hilfe zukommen. Die Streikenden wurden zusätzlich noch durch die Anwesenheit von Lehrern, Studenten und Campesinos unterstützt. Auf diese Weise gelang es nicht nur, mehr Arbeiter als bisher in die Klassenauseinandersetzungen einzubeziehen, sondern zugleich auch die Bevölkerung in wachsendem Maße politisch zu organisieren. Nach offiziellen Schätzungen von 1979 besaß der BPR zwischen 60 000 und 80 000 Mitglieder, die FAPU zwischen 8000 und 15 000 und die LP-28 ca. 5000 Mitglieder[14]). Seit 1977 nahm der gewerkschaftliche Organisierungsgrad beträchtlich zu. Vor allen Dingen kam es nun auch im Landesinnern zu Gewerkschaftsgründungen.

Die Durchsetzungsfähigkeit dieser neuen revolutionären Linken wurde jedoch durch ihre innere Zersplitterung, die sich in zwischen einzelnen Organisationen unkoordinierten Aktionen, der Ablehnung von Bündnissen bis hin zu offenen Feindseligkeiten ausdrückte, behindert. Diese Momente stehen möglicherweise in Verbindung mit der sehr unterschiedlichen sozialen Basis der einzelnen Massenorganisationen. Während der BPR besonders stark in der Campesinobewegung verankert war, fand die FAPU vor allem innerhalb der städtischen Gewerkschaftsbewegung ihren Anhang. Diese „Arbeitsteilung" innerhalb der revolutionären Linken in Hinsicht auf die Organisierung einzelner Bevölkerungsschichten förderte insbesondere beim BPR das Entstehen eines ausgeprägten Sektierertums, das von ihm als ein für die Entwicklung des Selbstbewußtseins und der Artikulationsfähigkeit der von ihm erfaßten Schichten der Unterklasse notwendiges Moment verstanden wurde. Im Gegensatz dazu versuchten FAPU und LP-28 stärker, Bündnisse mit anderen politischen Organisationen, die für eine sozialistische Revolution eintraten, einzugehen, konnten jedoch noch keine für breite Volkssektoren attraktive politische Alternative entwickeln.

Neben diesen bisher genannten Effekten der Massenorganisationen auf den Charakter der Klassenkämpfe stellten sie auch ein für die Entwicklung der übrigen Parteien dynamisches Element dar, da diese in Anbetracht ihres sinkenden politischen Einflusses in der Bevölkerung sich gezwungen sahen, ihre politischen Inhalte und Praxen einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Zugleich verbreiterte sich mit dem stärkeren Auftreten der Kirche, der Universität, von Menschenrechtsorganisationen etc. auf der politischen Ebene der Artikulationsrahmen der Unterklassen.

13) Vgl. Salvador Samayoa und Guillermo Gavan, El movimiento obrero en El Salvador: resurgimiento o agitacion?, in: ECA, no. 369/370 1979, S. 591-600, hier S. 595; Juan Gonzalez, El Salvador – Una revolucion en marcha, in: „Istapalapa", no. 3, 1980, S. 182-195, hier S. 191.

14) Vgl. Tomas R. Campos, El papel de las organizaciones populares en la actual situcaion del pais, in: ECA, no. 372/373, 1979, S. 923-946, hier S. 924.

II

1. Die unmittelbare Vorputsch-Zeit (1976-79)

Als Reaktion auf die erstarkende Linke, den Autoritätsverfall der staatlichen Organe und die sich weiter zuspitzende ökonomische und politische Krise verstärkten sich seit 1976 die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse und des Militärs um mögliche Lösungswege von neuem. Ein von der Regierung Molina (1972-77) ausgearbeitetes Reformprojekt das u. a. die Durchführung einer Agrarreform intendierte, wurde durch die konservativ-reaktionären Teile der Oligarchie zu Fall gebracht. Der durch einen Wahlbetrug 1977 in das Präsidentschaftsamt gehievte Repräsentant des konservativen Flügels, General Romero, sah nur in der radikalen Liquidierung der Opposition eine Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Die reformistische Fraktion setzte auf eine politische Lösung unter Einbeziehung der gemäßigten Opposition (Christdemokraten, MNR, UDN und Kirche). Unterstützt wurde sie dabei von den USA, die nicht nur eine Wiederholung der nicaraguanischen Entwicklung in El Salvador verhindern, sondern zugleich auch gegenüber Versuchen in allen Teilen der Welt, ihre Interessens- und Einflußsphäre anzutasten, ein Exempel statuieren wollten. Da sich inzwischen die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit durch Organisationen wie Amnesty International, die Internationale Juristenkommission, die Kirche, Menschenrechtsorganisationen usw. auf die Ereignisse in El Salvador richtete, verstärkten die USA ihren Druck auf Romero und zwangen ihn faktisch zur Aufhebung des 1977 verhängten Ausnahmezustandes und zur Ankündigung von Reformen. Dadurch verlor jedoch die Regierung zunehmend die Unterstützung des mächtigen konservativen Blocks in Oligarchie und Militär. Die Rechte gründete zahlreiche paramilitärische Organisationen (Todesschwadronen, Union der Weißen Krieger UGB, Falange u. a. mehr). Nachdem jedoch auch der im Sommer auf Drängen der USA unternommene Versuch, einen Dialog zwischen Regierung und gemäßigter Opposition zur Beilegung der Krise zu eröffnen, scheiterte, stürzten im Oktober 1979 Offiziere der Juventud Militar das Romero-Regime.

2. Zur Entwicklung seit dem Putsch 1979

Mit dem Putsch sollte der Weg für die Durchführung von Reformen freigemacht werden. Das von der „Revolutionsjunta" und der Regierung, die sich sowohl aus Vertretern der gemäßigten Opposition als auch aus Repräsentanten der reformistischen und konservativen Flügel in der herrschenden Klasse und den Streitkräften zusammensetzte, ausgearbeitete Reformprojekt sah in seinem Kern die Durchführung von Agrarreformen, die Nationalisierung der Banken und des Außenhandels, Lohnerhöhungen, die Auflösung der rechten Terrororganisation ORDEN und eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens vor. Die von dieser politischen Entwicklung vollkommen überraschte revolutionäre Linke nahm gegenüber dem neuen Regime eine zunächst abwartende Haltung ein und erklärte sich bereit, ihre Operationen gegen die Regie-

rung einzustellen, wenn diese ihre Reformankündigungen realisieren würde. Angesichts des zunehmenden oligarchischen Widerstandes erwies sich eine Umsetzung des Reformprogramms als zusehends illusorisch. Durch Propagandakampagnen, verstärkten Druck ihrer Interessenverbände auf die Regierung und die Intensivierung paramilitärischer Terrorfeldzüge gegen jede mögliche Opposition im Lande versuchten sie den Reformkurs der Regierung zu sabotieren.

Auch innerhalb von Junta und Regierung spitzten sich die Auseinandersetzungen um das Reformprojekt zu. Um die ohnehin brüchige Einheit innerhalb der Streitkräfte nicht zu gefährden, stellte sich sogar die Juventud Militar in Anbetracht des starken Widerstandes der konservativen Generale gegenüber Reformen auf die Seite der Reformgegner. Damit aber war diese Junta gescheitert[15]). Bis Anfang Januar hatten sich mit Ausnahme der Christdemokraten alle reformerischen Kräfte aus Junta und Regierung zurückgezogen. Die revolutionäre Linke hatte ihren Waffenstillstand aufgegeben und schloß sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 1980 zusammen: die Massenorganisationen bildeten mit der UDN die Coordinadora Revolucionaria de Masas CRM (Revolutionäre Massenkoordination), die Guerillaverbände FPL, FARN und die Kommunistische Partei gründeten die Coordinadora Revolucionaria Politico Militar CRPM (Revolutionäre Politisch-Militärische Koordination), und fortschrittliche Gewerkschaften vereinigten sich mit Angestellten-Verbänden zum Revolutionären Gewerkschaftsrat.

Mit diesen Zusammenschlüssen sollte ein Einigungsprozeß des gesamten, bis dahin noch zersplitterten oppositionellen Spektrums unabhängig von Parteizugehörigkeit und weltanschaulichen Grundpositionen eingeleitet werden. Diese Intention spiegelt sich in dem im Februar 1980 veröffentlichten Programm der Revolutionären Massenorganisation CRM wider. Darin wurde ausdrücklich betont, daß sich die projektierten Nationalisierungspläne ausschließlich auf Monopole, Erdölraffinerien, das Bank- und Finanzwesen, den Außenhandel und den Großgrundbesitz erstrecken sollten, das kleine und mittlere städtische und ländliche Eigentum hingegen nicht angetastet werden sollte. Daneben wurde ein Sofortprogramm vorgestellt, das die Demokratisierungsvorstellung der Linken präzisierte und so weit gefaßt war, daß sich auch die bürgerliche Opposition damit identifizieren konnte[16]). Diese Plattform stellte die Grundlage für die Konstituierung der Frente Democratico Revolucionario FDR (Demokratisch-Revolutionäre Front), dem Zusammenschluß der revolutionären und demokratischen oppositionellen Kräfte, im April 1980 dar. Damit stellte sich sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene der christdemokratischen militärischen Junta eine alternative politische Kraft gegenüber. Der relativ rasche Zusammenschluß der Opposition vollzog sich auf dem Hintergrund sich täglich verstärkender Repressionsakte der am 3. Januar 1980 gebildeten zweiten Junta aus Christdemokraten und Militärs.

15) Vgl. „El Dia", Sonntagsbeilage: Hombre y Revolucion I, Mexico, 28. 2. 1982, S. 13.
16) Plattform der revolutionär-demokratischen Regierung, abgedruckt in Harald Jung, Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador, Bonn 1980, S. 29-35.

Die Junta hoffte, durch eine Intensivierung des Terrors gegenüber der Bevölkerung und der Opposition das verlorene Vertrauen der Oligarchie zurückgewinnen zu können. Dies führte schließlich zur Spaltung der Christdemokraten im März 1980. Der abgespaltene Flügel schloß sich später der FDR an.

Da abzusehen war, daß ohne Unterstützung der gemäßigten Opposition ein revolutionärer Umsturz langfristig nicht zu vermeiden sein würde, bemühte sich die Carter-Administration, die Junta zur Durchführung eines Reformprogramms zu bewegen, verstärkte aber zur selben Zeit ihre Wirtschafts- und Militärhilfe. Hinter diesen Reformplänen verbarg sich die Absicht,

– die christdemokratische Militärjunta als gemäßigt, fortschrittlich und reformorientiert erscheinen zu lassen, um dadurch die massiven Unterstützungsleistungen der USA gegenüber einer angeblich von rechts und links gleichermaßen attaktierten Junta zu legitimieren;
– die Beteiligung der Christdemokraten an der zweiten Junta und Regierung zu rechtfertigen;
– die verlorene Unterstützung der gemäßigten Opposition zurückzugewinnen;
– die brüchige Einheit innerhalb der Streitkräfte zu kitten, um ihre Funktionsfähigkeit für kommende Offensiven zu wahren;
– das durch Berichte über Massaker der Regierungsstreitkräfte und Menschenrechtsverletzungen angeschlagene Image der Junta international aufzupolieren, um eine gewisse internationale Unterstützung für die salvadorensische Regierung zu sichern.

Kernstück dieses Reformprojekts bildete die Durchführung einer Agrarreform. Das ihr zugrundeliegende, von AID (Agency for International Development), dem US-amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO und seiner Regionalorganisation in Mittelamerika, AIFLD, erarbeitete und in Südvietnam bereits erprobte Agrarprogramm sah die Enteignung aller Ländereien über 500 Hektar vor. Dieses Land sollte an Kleinbauern, die in sogenannten Wehrdörfern zusammengeschlossen werden, neu verteilt werden[17]). Die Art und Weise, wie und an wen das Land verteilt wurde, vereitelte die erfolgreiche Umsetzung der genannten strategischen Ziele:

1. Durch den Einsatz des Militärs wurden Tausende von Campesinos, die nach dem Putsch 1979 bereits Ländereien besetzt hatten, vertrieben und liquidiert. Das Land wurde praktisch von den Streitkräften belagert. Erzbischof Romero bezeichnete diese Aktion als eine „Militarisierung des Landes".
2. Das verteilte Land fiel fast ausschließlich Mitgliedern der Terrororganisation ORDEN und Kollaborateuren der Regierung zu. Die Mehrheit der Landbevölkerung ging leer aus[18]).

17) Vgl. „El Dia", Sonntagsbeilage: Hombre y Revolucion I, Mexico, 28. 2. 1982, S. 14 f.
18) Vgl. ebd., S. 16; „die tat" v. 28. 11. 1980 und 5. 12. 1980.

Obwohl die Agrarreform so konzipiert war, daß die „enteignete" Oligarchie davon noch profitieren konnte (die Entschädigungssumme lag durchschnittlich 2-3mal über dem tatsächlichen Wert des Landes), widersetzte sie sich auch weiterhin minimalsten Reformansätzen und verstärkte ihre Repressionszüge gegenüber der Bevölkerung. Ihr bekanntestes Opfer wurde Erzbischof Oscar Arnulfo Romero, der am 24. März 1980 von Mitgliedern der von Major D'Abuisson geführten Union der Weißen Krieger UGB ermordet wurde. Als Reaktion auf die parallel zur Agrarreform erfolgende Eskalation der Gewalt der Streitkräfte und paramilitärischer Banden hatte der Bischof am 23. März 1980 an die Soldaten appelliert, die Ausführung von Tötungsbefehlen zu verweigern[19]).

Dieser Aufruf erging zu einer Zeit, in der sich die Kluft zwischen Juventud Militar und der konservativen Generalität ständig vertiefte. Den Versuch des Repräsentanten der Juventud Militar in der Junta, Oberst Majano, den Chef der UGB wegen des Mordes an Erzbischof Romero zu arrestieren, nahm der konservative Verteidigungsminister Garcia zum Anlaß, Majano abzusetzen und den Oberbefehl über die Streitkräfte ganz auf den rechten Colonel Gutierrez zu übertragen. Damit hatte die Entmachtung der Juventud Militar begonnen. Im Oktober schließlich wurde Majano aus den Streitkräften ausgeschlossen und ins Exil geschickt.

Durch ihre Isolierung in der Bevölkerung besaßen Junta und Regierung selbst keine Möglichkeiten mehr, sich dem oligarchischen Druck zu widersetzen. Eine massive Rechtsentwicklung setzte ein, die zugleich auch das Ende des US-amerikanischen Reformprojekts besiegelte. Strategien, die auf eine rein militärische Lösung des Konflikts setzten, wurden in die Diskussion gebracht, wenngleich die Carter-Administration offiziell noch an ihrem ursprünglichen Konzept festhielt. Tatsächlich wurde damit begonnen, das politische Kräfteverhältnis im mittelamerikanischen Raum so umzugestalten, daß eine Intervention anderer mittelamerikanischer Länder im Falle massiver Bedrängnis der Junta durch die Guerilla möglich wurde. Diesem Zweck diente der durch Vermittlung der USA zustandegekommene Friedensvertrag zwischen Honduras und El Salvador im Herbst 1980, der die seit dem „Fußballkrieg" 1969 zwischen beiden Ländern schwelenden Spannungen beilegen sollte. Dadurch wurde es möglich, daß sich an der im Oktober von den Streitkräften eingeleiteten Großoffensive gegen die Guerilla auch honduranische und guatemaltekische Truppen beteiligen konnten. Durchschlagende Erfolge konnte das Militär jedoch nicht verzeichnen, obwohl der Angriff zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem die revolutionäre Linke sich in einer akuten Krise befand. Im August war ein von den Befreiungskräften ausgerufener Generalstreik gescheitert, im September 1980 verließ die FARN die CRPM. Angesichts der Bedrohung durch das Militär wurden die Auseinandersetzungen beendet und der Einigungsprozeß der Linken weiter vorangetrieben. Während die Bildung

19) Vgl. Adolfo Gilly, Guerra y politica en El Salvador, Mexico 1981, S. 80.

der CRPM lediglich auf eine stärkere Koordinierung der einzelnen Guerillaaktionen abzielte, wurde mit Bildung der Frente Farabundo Marti Para la Liberacion Nacional FMLN im Herbst 1980 Strategie und Taktik vereinheitlicht und ein einheitliches Oberkommando über alle in der FMLN zusammengeschlossenen Guerillaverbände errichtet. Bis sich diese neue Entscheidungsstruktur jedoch bis auf die unterste Ebene durchgesetzt hatte, verstrich noch einige Zeit[20]). Parallel dazu wurde damit begonnen, die Bevölkerung massiv in den militärischen Kampf (Organisierung bewaffneter, schnell mobilisierbarer Selbstschutzkräfte der Zivilbevölkerung in den Städten und auf dem Land; kurzzeitige Besetzung von Dörfern zur militärischen Ausbildung der Bewohner) einzugliedern.

Beide Momente waren aber noch nicht ausreichend entwickelt, um die militärische und politische Lage noch vor Antritt der Reagan-Administration im Januar 1981 zugunsten der Befreiungskräfte zu wenden. In der Januaroffensive der Guerilla, angekündigt als „Generaloffensive", gelang es ihr jedoch, dem Militär die militärische Offensive zu entreißen, sie ging danach allerdings wieder in die Defensive, wo die FMLN bis etwa Juli 1981 ihre Kräfte sammelte, Nachschubwege stabilisierte, ihre „. . . bewaffneten Kräfte von einer lokal gebundenen Guerilla in eine regional unabhängige mobile Streitmacht" umstrukturierte[21]). Ab Juli 1981 übernahm sie wieder die militärische Initiative und brachte das Militär durch den Aufbau von 9 eigenständigen Fronten immer stärker in Bedrängnis. Diese Erfolge sind nicht nur auf die Entwicklung ihrer logistischen Fähigkeiten, sondern vor allem auch auf die starke Unterstützung der FMLN durch die Zivilbevölkerung zurückzuführen, denn nach wie vor ist die Guerilla den Streitkräften waffentechnisch und logistisch unterlegen, sind nur wenige Gebiete El Salvadors für einen Guerillakampf geeignet und fehlen offene Grenzen, die einen raschen Materialnachschub garantieren.

Auch auf internationaler Ebene erreichte die FDR/FMLN 1981 einen Durchbruch. In allen wichtigen Ländern wurden Auslandsbüros eröffnet, die Kontakte zu Regierungen, Parteien etc. aufnahmen. Im März 1981 forderte der ehemalige venezolanische Staatspräsident auf einer Tagung der Sozialistischen Internationale in Panama die Anerkennung der FDR/FMLN als Verhandlungspartner im salvadorensischen Bürgerkrieg. Die SI unterstützte zugleich auch die im März 1981 aufgenommenen Bemühungen der FDR/FMLN, durch Verhandlungsangebote an die USA und die Duarte-Junta eine politische Lösung des salvadorensischen Konflikts herbeizuführen. Im Oktober 1981 erkannten trotz des heftigen amerikanischen Widerstandes Frankreich, Mexiko, die Niederlande und die Interparlamentarische Union die salvadorensische Opposition als repräsentative politische Kraft an.

Diese Erklärungen und Initiativen einflußreicher Staaten und Organisationen deuten an, daß die im Februar 1981 eingeleitete Propagandakampagne der

20) Vgl. „El Pais" v. 22. 1. 1981.
21) Vgl. „die Tageszeitung" v. 25. 2. 1982.

Reagan-Administration zur Aufwertung der christdemokratischen Militärjunta und zur internationalen Isolierung der FDR/FMLN nicht die erhoffte Wirkung brachte. Ein beträchtlicher Teil der westlichen Verbündeten der USA ließ sich trotz Vorlage offensichtlich gefälschter Dokumente über eine angebliche Einmischung sozialistischer Staaten (UdSSR, Kuba, Vietnam, DDR) und Nicaraguas in den salvadorensischen Bürgerkrieg nicht auf den amerikanischen Konfrontations- und Interventionskurs einstimmen. Auch eine parallel zur Europa-Mission Eagleburgers im Februar und März 1981 stattgefundene Rundreise Walter Vernons durch Lateinamerika vermochte den Widerstand Brasiliens und Mexikos gegenüber einer möglichen US-Intervention in El Salvador nicht zu brechen.

Nachdem sich trotz der laufend aufgestockten Wirtschafts- und Militärhilfe und der Anwesenheit US-amerikanischer Militärberater die Situation der salvadorensischen Streitkräfte durch die massiven Angriffe der Guerilla auf dem Land und seit Januar 1982 auch in den Städten in den letzten Monaten ständig verschlechterte, verdichteten sich Anzeichen für eine mögliche Intervention ausländischer Truppen in El Salvador. Anfang Februar deutete Außenminister Haig die Möglichkeit einer Direktintervention an. Begründet wurde dieser Plan damit, daß die Sicherheit der westlichen Hemisphäre durch die Entwicklung in Mittelamerika auf dem Spiel stehe. Das Interventionsprojekt wird seit Anfang Januar intensiv vorbereitet. Durch Meldungen über eine angebliche direkte Einmischung Kubas und Nicaraguas in El Salvador (Waffenlieferungen an die Guerilla, Ausbildung und Einschleusung von Guerilleros nach El Salvador) und eine für den mittelamerikanischen Raum bedrohliche Aufrüstung Nicaraguas sollte der Eindruck einer massiven „kommunistischen Subversion" in El Salvador und Mittelamerika vermittelt werden, der die sogenannte freie Welt notfalls auch mit Waffengewalt entgegentreten müsse. Gleichzeitig wurden Berichte über Massaker der Guerilla an der Zivilbevölkerung und über eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in den letzten 12 Monaten in Umlauf gebracht.

Als weiteres Mittel zur Diskreditierung und internationalen Isolierung der Befreiungsbewegung wurde im Herbst 1981 die Durchführung von Parlamentswahlen Ende März 1982 ins Spiel gebracht. Zwar wurde die FDR/FMLN aufgefordert, sich an den Wahlen zu beteiligen, doch wurden damit zugleich solche Auflagen verbunden, die eine Absage der Opposition an Wahlen bereits vorprogrammierten. Die Befreiungsbewegung sollte ihre Waffen niederlegen und sich öffentlich registrieren lassen. Das Eingehen auf diese Bedingungen wäre jedoch, in Anbetracht der brutalen Repression gegenüber allen demokratischen Kräften, einem Selbstmord der FDR-Kandidaten und ihrer Anhänger gleichgekommen. Auf diese Weise wollten die USA den zutiefst „undemokratischen" Charakter der FDR/FMLN beweisen.

Die USA selbst setzten auf einen Wahlsieg Duartes, da sich, in Anbetracht des wachsenden Widerstandes in den USA gegenüber der Mittelamerikapolitik der Reagan-Administration, die weiter eskalierende Militärhilfe nur durch

ein ziviles, „gemäßigtes" Aushängeschild in El Salvador legitimieren ließe. Dieser Plan ist gescheitert. Die Christdemokraten konnten keine absolute Mehrheit erreichen und werden wahrscheinlich auch nicht an einer Regierungskoalition beteiligt werden. Aber ob mit oder ohne Beteiligung der Christdemokraten an der Regierung – der Völkermord in El Salvador wird weitergehen. Die entscheidende Rolle spielen dabei die Vereinigten Staaten, denn nur durch sie kann ein Sieg der FDR/FMLN noch verhindert werden.

Rechtsradikalismus-Report

Jahresübersicht 1981/82 über Tendenzen im bundesdeutschen Neofaschismus und seinem Umfeld

Von Georg Biemann

In Krisenzeiten bilden die Kräfte des Rechtsradikalismus ein gefährliches Potential, das sich über die Ausnutzung sozialer Spannungen (siehe: Ausländerfrage) unter Umständen rasch vergrößern könnte. Die „Blätter" wollen mit dem folgenden Bericht die sonst nur sehr verstreuten Meldungen über rechtsradikale Aktivitäten zusammenfassen, um so ein realistisches Bild dieser Kräfte zu geben. Die Red.

Denunziantentum – Schwarze Listen – Bedrohungen

Emil Carlebach, Vizepräsident des Internationalen Buchenwald-Komitees und Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Journalisten-Union, wurde am 23. Januar 1982 vom Landeskriminalamt Hessen auf Weisung der Innenministerkonferenz der BRD davon in Kenntnis gesetzt, daß seine „persönliche Sicherheit durch eventuelle Terroraktionen von Neonazis bedroht" sei. „Schwarze Listen" zur Ausführung von Attentaten auf Personen waren in der Wohnung von Manfred Roeder gefunden worden[1]). Auf Roeders Mordliste standen ebenso der DGB-Vorsitzende Vetter, der Vorsitzende der ÖTV, Kluncker, oder der Name des ehemaligen Hauptanklägers am Nürnberger Militärgerichtshof, Dr. Robert Kempner[2]).

Im Jahr 1981 wurden vermehrt Informationen über die Existenz sogenannter „Schwarzer Listen" bekannt. Schon im September 1980 tauchte in Westberlin

1) „Deutsche Volkszeitung" v. 12. 2. 1981, S. 2.
2) „tat" v. 19. 2. 1982, S. 4.

erstmals eine „Notgemeinschaft für eine freie Universität" auf, die Listen mit den Namen von 1700 aktiven demokratischen Universitätsangehörigen an die Presse verschickte. Aufgelistet waren Flugblatt-Unterzeichner, Verantwortliche für Wandzeitungen usw. Die „Notgemeinschaft" verlangte die Entlassung dieser Personen aus dem öffentlichen Dienst[3]). 1981 tauchten in Bochum, Kiel und Frankfurt „Schwarze Listen" in Form von Flugblättern auf, die in die Briefkästen von Studentenwohnheimen gesteckt wurden. Darin wurden iranische Mitbewohner als „Khomeini-Spitzel" denunziert und zu deren „Bekämpfung" aufgerufen. In Kiel wurde den Namen die vermutete politische Orientierung/Zugehörigkeit angefügt: die Iranische Kommunistische Partei/Tudeh und die Volksfedayin (Mehrheit). In keinem Fall wurden irgendwelche „Beweise" für die angeblichen sogenannten „Spitzeldienste" angeführt[4]).

Insgesamt fällt auf, daß die Drohungen und Einschüchterungsversuche besonders gegen aktive Gewerkschafter und Antifaschisten zugenommen haben. Das reicht von Morddrohungen (z. B. gegen den Frankfurter Bezirkssekretär der IG Druck, Heinz Werner Wurstius; den Bamberger DGB-Kreisvorsitzenden, Hans-Josef Haarkötter, oder die Sprecherin der „Antifaschistischen Initiative Bochum", Roswitha Wolf, Mitglied des Präsidiums der VVN) über systematische Terrorisierungen (z. B. gegen den DGB-Ortskartellvorsitzenden von Nieder-Roden/Kreis Frankfurt, Karl H. Schneider, oder Angehörige der Frankfurter Gewerkschaftsjugend) bis zu Einschüchterungsversuchen z. B. gegen Schüler, die sich am Wettbewerb „Alltag im Nationalsozialismus" beteiligt haben[5]).

Prozesse gegen Neofaschisten

Am 19. Februar 1981 wurden im Braunschweiger Prozeß gegen fünf Neofaschisten der „Otte-Bande" die Urteile gesprochen. Diese Gruppe, die der NSDAP/AO zuzurechnen ist, war im Herbst 1977 als terroristische Vereinigung von dem niedersächsischen Verfassungsschutzmitarbeiter Hans-Dieter Lepzien gegründet worden. Wie auch der Anführer der Bande, Paul Otte, war Lepzien früher Mitglied der NPD[6]). Lepzien hatte an Anleitungsberatungen der NSDAP/AO teilgenommen, zu denen der Anführer der amerikanischen NSDAP/AO, Gerhard (Gary) Lauck, eigens nach Kopenhagen gekommen war. Den Schießplatzverwalter Wolfgang Sachse, den Lepzien aus gemeinsamen NPD-Jahren kannte, warb er als Bombenbauer an. Nach der Anwerbung weiterer Mitglieder und dem Aufbau einer organisatorischen Struktur gingen Lepzien und Otte daran, Sprengstoff in der Schweiz zu kaufen, der mit dem Geld vom Konto der „Stillen Hilfe Deutschland" beschafft wurde, einem Konto bei der „Schweizer Kreditanstalt" in Zürich[7]). Den jüngeren Mitglie-

3) Vgl. Ein beispielloses Dokument des deutschen McCarthyismus. „Benutzer"-Anleitung zur Denunziationsliste der „Notgemeinschaft für eine freie Universität" in Westberlin über fast 1700 „Hochschulaktivisten", in: „Blätter", 11/1980, S. 1403 ff.

4) „tat" v. 16. 1. 1982, S. 9 t.

5) „tat" v. 8. 5. 1981, S. 1, 2, 5, 16; „tat" v. 1. 5. 1981, S. 4; „tat" v. 8. 1. 1982, S. 2; „Die Neue" v. 3. 10. 1980.

6) „Frankfurter Rundschau" v. 20. 2. 1981; „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 1. 10. 1980.

7) „tat" v. 27. 2. 1981, S. 5; „Frankfurter Allgemeine" (FAZ) v. 20. 2. 1981.

dern der Otte-Bande kam zum Teil die Funktion zu, die von Sachse gebauten Bomben am Attentatsort zu zünden. So explodierte im Oktober 1977 im Gebäude der Amtsanwaltschaft Flensburg eine Bombe, eine andere wurde von dem 22 Jahre alten Oliver Schreiber wenige Tage später im Amtsgericht Hannover gezündet. Als weit größeres Attentat war ein Sprengstoffanschlag gegen die jüdische Synagoge in Hannover geplant. Für diese Verbrechen wurde Otte zu 5 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt und Sachse zu 3 Jahren und 3 Monaten Haft, wobei ihn das Gericht nicht als „Mitglied", sondern nur als „Unterstützer" der terroristischen Organisation einstufte. Oliver Schreiber und Hans-Dieter Lepzien wurden zu 6 Jahren bzw. 3 Jahren Haft verurteilt, brauchen aber die Strafe nicht abzusitzen.

Bei der Bemessung der geringen Haftstrafe für Lepzien wurde ihm „zugute" gehalten, daß er angeblich dem Verfassungsschutz viele wertvolle (?) Informationen geliefert habe. Die Tätigkeit für den Verfassungsschutz habe „seinem Leben einen neuen Inhalt gegeben", begründete der Richter sein Urteil, und sei seinem Hang „zu einem ungeordneten Leben entgegengekommen". Er habe angeblich ein „Doppelspiel" geführt, von dem der niedersächsische Verfassungsschutz nichts gewußt haben soll[8]).

Was von dieser Art juristischer Behandlung neofaschistischer Organisationen zu halten ist, geht exemplarisch aus dem Umstand hervor, daß der Bombenbauer Sachse während des Prozesses und nach seiner Verurteilung Anfang 1981 auf freiem Fuß belassen worden war. Er wurde erst Anfang Februar 1982 in Haft genommen. In dieser Zeit konnte er noch an mindestens 9 Neofaschisten Waffen verkaufen. Zwei seiner Käufer waren im Februar 1982 im Kreis Peine, Niedersachsen, wo sich der Schießplatz Sachses befindet, beim Vergraben von Schußwaffen und größeren Mengen Munition im Wald festgenommen worden. Über den Zweck ihres Waffenlagers verweigerten sie jede Aussage. Das führte jedoch nicht zu einer Inhaftierung, sondern zu einer Freilassung der beiden, weil angeblich keine „ausreichenden Haftgründe" vorgelegen hätten[9]).

Das in diesem Prozeß beispielhaft zum Ausdruck kommende Muster juristischer Behandlung ist bei vielen Prozessen gegen Mitglieder neofaschistischer Organisationen wiederzuerkennen. Haftstrafen gegen gewalttätige Neofaschisten werden häufig zur Bewährung ausgesetzt, Angeklagte vorzeitig aus der Haft entlassen oder gar nicht erst inhaftiert, Ermittlungen werden eingestellt wegen angeblich nicht ausreichender Verdachtsmomente oder angeblicher Erschöpfung der Ermittlungsmöglichkeiten[10]).

Volker Heidel zum Beispiel, Mitangeklagter der „Otte-Bande", war wegen Beteiligung an einem der genannten Attentate zu 2 Jahren und 8 Monaten Haft verurteilt worden. Nach 4 Wochen wurde er jedoch schon „zur Bewäh-

8) „Frankfurter Rundschau", v. 20. 2. 1981.

10) „tat" v. 10. 4. 1981, S. 1; „tat" v. 15. 5. 1981, S. 4; „tat" v. 29. 5. 1981, S. 2; „tat" v. 14. 8. 1981, S. 4; WDR 1, „Politisches Forum": Heiner Lichtenstein zur juristischen Behandlung des Neofaschismus, Sendung v. 18. 2. 1982.

rung" entlassen. Kurz darauf übernahm er die Anführerschaft der NSDAP/AO-Zweigorganisation „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD) im Raum Niedersachsen. Die Betätigung in der terroristischen VSBD hätte die gewährte Bewährung eigentlich verwirken müssen. Das war jedoch nicht der Fall. Als die Polizei eine spätere Durchsuchung seiner Wohnung vornehmen wollte, tauchte Heidel unter, was die Ausstellung eines Haftbefehls zur Folge hatte. Als Heidel sich schließlich mit seinem Rechtsanwalt freiwillig bei der Polizei einfand, wurde er nicht etwa inhaftiert, sondern unter Aufhebung des Haftbefehls freigelassen. Begründung: Es bestehe angeblich keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr[11]).

Ähnliche und zum Teil noch viel skandalösere Vorgehensweisen von Polizei und Justiz im Umgang mit Neofaschisten lassen sich im Jahr 1981 deutlich aufzeigen (siehe „Mai 1981"). Durch dieses Vorgehen werden nicht nur die Organisationsstrukturen neofaschistischer Verbände nicht aufgelöst, sie werden sogar stabilisiert. Indem nämlich die Öffentlichkeit anhand von so durchgeführten Gerichtsverfahren und polizeilichen Maßnahmen sich im Glauben wiegt, der organisierte Neofaschismus werde wenigstens in seiner terroristischen Variante bekämpft, reorganisiert er sich unter neuem Namen oder in bestehenden Parallelorganisationen. Erst die zur Bewährung ausgesetzten Haftstrafen machen diese Reorganisation möglich. Sie erweitern diesen Organisationen ihren allgemeinen Spielraum, indem der formaljuristische Akt der gerichtlichen „Verurteilung" auf Teile der demokratischen Öffentlichkeit beschwichtigend wirkt. Unter dem Eindruck, den das Gerichtsverfahren in der Öffentlichkeit hinterlassen hat, können sie nun darangehen, die geschlagenen „Scharten" auszubessern. Der noch inhaftierte Anführer der terroristischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), Michael Kühnen, gibt in diesem Sinne die Parole aus, „unorthodox und verwirrend" zu operieren, „Zersplitterung und Gegensätzlichkeit vortäuschen", neue Gruppen bilden und neue „Firmenschilder" aufhängen. „Wir sind im rechten Lager gar nicht so zersplittert, wie es scheint", kommentierte er einmal diese Strategie[12]).

Auch die unausbleiblichen Kosten von Gerichtsverfahren können die Organisationsstruktur neofaschistischer Organisationen nicht ernstlich treffen. Sie werden oft im Interesse der „gemeinsamen Sache" umverteilt auf die allzu breiten Schultern der neofaschistischen Szene. Die eigens zu diesem Zweck gegründete „Deutsche Rechtsschutzkasse e.V." (gegründet am 2. März 1979 in Bochum), die in Verbindung steht mit dem „Nationalen Rechtswahrerbund" eines Soltauer Anwalts, kommt oft für die anfallenden Kosten auf. Nicht selten bieten finanzkräftige Exponenten des neofaschistischen Lagers, wie der „National-Zeitungs"-Herausgeber Frey, auch Geld und Rechtsbeistand gleichzeitig an[13]).

11) „tat" v. 11. 12. 1981, S. 1.
12) „tat" v. 25. 9. 1981, S. 4; „tat" V. 15. 5. 1981, S. 8; vgl. auch Pressemitteilung des „Service: Presse, Funk, TV" des SPD-Parteivorstands v. 5. 9. 1980.
13) „tat" v. 3. 4. 1981, S. 4; „tat" v. 26. 6. 1981, S. 4; „tat" V. 8. 5. 1981, S. 5; PDI-Sonderheft 13 (Pressedienst Demokratische Initiative, München), Oktober 1980, S. 60.

Je weniger also die juristischen Maßnahmen auf die Organisationsstruktur und die entscheidenden Kader abzielen, desto mehr Zeitgewinn können die neofaschistischen Organisationen für sich verbuchen, um Infrastruktur und Mitgliederbasis zu verbessern.

Prozesse gegen Antifaschisten

Am 31. März 1981 stand in Bad Hersfeld der Jude Leon Shachman vor dem Schöffengericht, angeklagt wegen Landfriedensbruch und Nötigung. Er soll sich – laut Anklageschrift – „an Gewalttätigkeiten gegen Menschen . . . als Täter beteiligt" haben, als am 17. Juni 1980 Antifaschisten aus der ganzen Bundesrepublik das „Deutschlandtreffen" der NPD in Philippstal verhinderten. Der Fotograf Shachman, ein aktiver Antifaschist, war auch damals mit der Kamera dabei. Mehrfach war er schon früher beim Fotografieren von Neonazi-Veranstaltungen angegriffen und geschlagen worden, und nun hatte die NPD Anzeige gegen ihn erstattet, weil angeblich er geschlagen haben soll. Die Staatsanwaltschaft lud 7 Neofaschisten als Zeugen. Als weiteres Beweismittel lag dem Gericht ein Super-8-Film der NPD vor mit dem Titel „Opfer des 17. Juni: Nationaldemokraten. Kommunistischer Terror, finanziert von Kirchen, DGB usw." Der Film, der unter anderem die Rede des Bamberger DGB-Kreisvorsitzenden Haarkötter (siehe „23. Januar 1981") zeigte, bewies letztlich nicht mehr, als daß der geladene Zeuge Breu den angeklagten Shachman mit einem Schirm auf den Kopf geschlagen hatte. Die Zeugen selbst hatten zudem widersprüchliche Aussagen gemacht. So wurde Shachman schließlich freigesprochen, obwohl die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch Berufung einlegte[14]).

Prozesse dieser Art gab es im Jahr 1981 mehr als genug. Dabei fällt auf, daß die meisten Prozesse in irgendeinem Zusammenhang mit der NPD stehen. Neben dem eigenen strafrechtlichen Verfolgungsinteresse der Behörden mag dies im wesentlichen damit zusammenhängen, daß beim NPD-Bundesvorstand eigens für die Einleitung von Anzeigeverfahren ein sog. „Amt I – Zentralabteilung" geschaffen wurde. Es sammelt Informationen über Antifaschisten, die bei Demonstrationen gegen NPD-Aktivitäten anwesend waren, und soll die Maßnahmen zur Anzeigeerstattung koordinieren. War es am 31. Juli 1980 zunächst noch eine Anzeige gegen Unbekannt, mit der das „Amt I" seine Aktivitäten aufnahm, so waren es Anfang 1981 mittlerweile 22 Anzeigen, die gegen Antifaschisten erstattet worden waren. Darunter befand sich auch Leon Shachman[15]).

Aus eigenem Strafverfolgungsinteresse der Behörden resultierten Ende 1980/Anfang 1981 allein in Nürnberg 14 Strafverfahren gegen Antifaschisten sowie zwei weitere Ermittlungsverfahren. Dies stand im Zusammenhang mit einer Wahlkampfkundgebung der NPD und ihrer „Bürgerinitiative Ausländerstopp", die im Herbst 1980 in Nürnberg stattgefunden hatte. Dabei sticht

14) „tat" v. 17. 4. 1981, S. 5.
15) Ebd.; „PDI-Blick nach rechts" v. 15. 11. 1981.

besonders das Verfahren gegen vier junge Antifaschisten hervor, die aus der Menge der damals anwesenden Gegendemonstranten von der Polizei herausgegriffen und brutal behandelt worden waren. Die Anklageschrift warf ihnen später „Störung einer genehmigten Versammlung", „Beleidigung" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" vor. Gegen spätere Kritiker des brutalen Polizeieinsatzes wurden schließlich die weiteren Verfahren eingeleitet. Im April 1981 wurde das Urteil gegen die vier Antifaschisten gefällt: je 3 Monate Gefängnis und Geldstrafen bis zu 2400 DM. Die im Zuschauerteil des Gerichtssaals sitzenden etwa 100 Jugendlichen brachten ihren Protest gegen Verfahren und Urteil dadurch zum Ausdruck, daß sie sich – in einer Reihe sitzend – je einen Buchstaben des Satzes „Gemeint sind wir alle" auf die Brust hefteten[16]).

Einen vergleichbaren Fall stellt das Urteil des Münchner Amtsgerichts vom 29. Mai 1981 dar. Damals waren ein Arzt und ein Lehrer zu 800 DM Geldstrafe verurteilt worden wegen einer „nicht angemeldeten Veranstaltung". Dieser Vorwurf bezog sich auf nichts Geringeres als auf das öffentliche Entrollen eines Transparents mit der Aufschrift „Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande" zu Beginn der Trauerfeier um die Opfer des Münchner Oktoberfest-Attentats[17]).

Neben diesen exemplarischen Beispielen könnten weitere aus dem Jahr 1981 angeführt werden. Da es bei juristischen Maßnahmen gegen Antifaschisten nicht darum gehen kann, ihre Organisationen aufzulösen (wie es die Aufgabe der Justiz im Bereich des Neofaschismus sein müßte), muß man davon ausgehen, daß diese Maßnahmen eine Signalfunktion für alle anderen Antifaschisten haben sollen. So ist ebenfalls die Aktivität des „Amt I" der NPD zu verstehen, das in etwa die Umkehrfunktion der „Deutschen Rechtsschutzkasse" darstellen dürfte. Antifaschistisches Handeln dann zu kriminalisieren, wenn es sich öffentlich äußert, kann nur bedeuten, daß die einschüchternde Wirkung dieser Maßnahmen und das alleinige Wissen um ihre Existenz den allgemeinen antifaschistischen Druck abschwächen soll.

Zieht man die bereits festgestellte Tendenz im Bereich der Gerichtsverfahren gegen Neofaschisten zusammen mit der hier angesprochenen Tendenz im Bereich der Gerichtsverfahren gegen Antifaschisten, so ergibt sich die Konsequenz, daß Polizei und Justiz durch die Wirkung ihrer Maßnahmen den Neofaschismus objektiv fördern.

„Wehrsportgruppen"

Allein im Mai 1981 wurden drei neue neofaschistische Kampfgruppen entdeckt, deren Organisationsstruktur derjenigen der „Wehrsportgruppe Hoffmann" entspricht. Die paramilitärische WSG Hoffmann, die bis zu ihrem bundesweiten Verbot im Januar 1980 rund 600 Mitglieder gehabt haben soll, war straff hierarchisch nach dem „Führerprinzip" aufgebaut. Sie strebte einen

16) „tat" v. 17. 4. 1981, S. 4.
17) „tat" v. 5. 6. 1981, S. 4.

„Führer-Staat" im Sinne des Nazi-Faschismus an. Sie war nicht nur durch die Verwendung des Totenkopf-Abzeichens der damaligen SS nachgebildet, sondern auch in der Organisationsstruktur und durch die Verwendung der ehemaligen SS-Dienstgradbezeichnungen. Hoffmann verstand die Truppe als eine Art „Bürgerkriegsarmee", die in Krisensituationen – von Unternehmern angeheuert und finanziert – auf streikende Arbeiter und Kommunisten schießen würde. Dafür trainierte man jahrelang in Waldgebieten um Nürnberg unbehelligt von den Behörden, die Hoffmann sogar 3 Waffenscheine auf 14 Lang- und 4 Kurzwaffen ausstellten. Was allerdings beim Verbot im Januar 1980 im Waffenlager der WSG gefunden wurde, war eine umfangreichere Bewaffnung, als sie die SA bis zum Jahre 1933 besaß[18]).

Das formaljuristische Verbot der WSG Hoffmann war jedoch nicht von den unerläßlichen Maßnahmen begleitet, die auch eine Zerschlagung der Organisationsstruktur und ihrer materiellen Stützen hätten umfassen müssen. Weder wurden Hoffmann und die entscheidenden Kader inhaftiert noch das finanzielle Vermögen der WSG beschlagnahmt. Auch die Kanäle, aus denen Waffen und Militärmaterial beschafft wurden, blieben offensichtlich weiterhin offen. Die bayerische Landesregierung gab erst Anfang 1981 den Vollzug der vereinsrechtlichen Auflösung der WSG bekannt, betonte aber, daß dies nicht das WSG-Vermögen betreffe[19]). Auch noch nach dem Verbot der WSG befand sich Militärmaterial in ihren Händen. Dies wurde einen Tag nach dem Attentat auf dem Münchner Oktoberfest bekannt, für das die Hoffmann-Truppe verantwortlich zu machen ist. An diesem Folgetag wurde auf der Autobahn München Richtung Salzburg ein Konvoi mit 3 Militärlastern und 3 Kübelwagen angehalten, der von Mitgliedern der Hoffmann-Truppe gesteuert wurde. Es kam jedoch nur zu vorübergehenden Festnahmen, auch Hoffmann selbst wurde nach einem Verhör wieder freigelassen[20]).

Erst am 16. Juni 1981 wurde Hoffmann auf dem Frankfurter Flughafen verhaftet mit dem Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung und der Vorbereitung von Sprengstoffverbrechen. Er soll ein halbes Jahr nach dem Verbot seiner WSG bundesdeutsche Neofaschisten angeworben und für eine militärische Ausbildung in den Libanon geschickt haben. Hoffmann, zeitweilig selbst im Libanon, soll dort in engem Kontakt mit den christlichen Falangisten operiert haben[21]). In der Untersuchungshaft legten Hoffmann und seine mitinhaftierte Freundin Franziska Birkmann Haftbeschwerde ein, die schließlich vom Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofs wie folgt beschieden wurde: Der gegen die beiden erhobene Vorwurf, eine terroristische Vereinigung im Ausland gebildet zu haben, könne nach deutschem Recht nicht juristisch verfolgt werden. Deswegen sei der Haftbefehl aufzuheben. Daß beide den-

18) „konkret" v. Januar 1977, S. 43; VVN-Dokumentation zur „Wehrsportgruppe Hoffmann", Kurzcharakteristik, Präsidium der VVN, Frankfurt 1979, S. 2; „Für Terroreinsatz gerüstete Truppe – Stärker bewaffnet als einst die SA", „tat"-Sonderdruck 1977.

19) „tat" v. 6. 2. 1981, S. 4.

20) „Frankfurter Rundschau" v. 29. 9. 1980, S. 2; „Frankfurter Rundschau" v. 1. 10. 1980; SZ v. 29. 9. 1980.

21) „tat" v. 28. 8. 1981, S. 1; „tat" v. 26. 6. 1981, S. 1; „tat" v. 5. 6. 1981, S. 16; „Stern" v. 26. 6. 1980; „Die Neue" v. 2. 10. 1980; „Die Welt" v. 17. 3. 1981.

noch in Haft blieben, liegt an dem schwerwiegenden Tatverdacht, den Doppelmord an Shlomo Levin (Vorsitzender der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit", Raum Erlangen) und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke ausgeführt zu haben oder daran maßgeblich beteiligt zu sein (am 19. Dezember 1980 in Erlangen)[22]). Wegen eines weiteren Tatverdachts ermittelte auch die Wiener Staatspolizei gegen Hoffmann. Der Verdacht bezog sich auf die Ermordung des Wiener Verkehrsdezernenten und Vorsitzenden der „Österreichisch-Israelischen Gesellschaft", Heinz Nittel, am 1. Mai 1981[23]).

Durch das WSG-Mitglied Odfried Hepp, der zur Ausbildung im Libanon gewesen war, wurde bekannt, daß dort – nach dem Verbot der WSG – für „Einsätze" in der BRD trainiert wurde. Es wurden Attentate geplant, unter anderem auf einen Nürnberger Staatsanwalt. Außerdem sollen auf Hoffmanns Schloß Ermreuth Pläne gefunden worden sein, denen zufolge Anschläge gegen amerikanische Militäreinrichtungen in der BRD und das UN-Büro in Beirut geplant worden waren[24]). Ferner wurden gefälschte Dollar-Noten und Fälscherwerkzeuge gefunden, was Aufschluß über die (angestrebte) Art der Finanzierung von Aktionen gibt. Bislang war nur bekannt, daß eine der möglichen Quellen Banküberfälle waren (so z. B. im Fall der Mitglieder der „Wehrsportgruppe Ruhrgebiet", Gröning und Kohnert)[25]).

Vor diesem Hintergrund muß die Weiterexistenz von sogenannten „Wehrsportgruppen" in der Bundesrepublik gesehen werden. Soweit sie nicht mit der Bezeichnung „Wehrsportgruppe" auftauchen, tarnen sie sich mit anderen Namen, entsprechen aber dem Organisations- und Aktionsmuster der WSG Hoffmann. Im Ort Neuburg/Donau zum Beispiel hatte die WSG Hoffmann eine etwa 60 Mann starke Jugend-WSG aufgebaut. Anfang 1981 wurde aus dem gleichen Ort bekannt, daß dort nunmehr ein sogenannter „Bundeswehr-Fan-Club" (20–30 Jugendliche) paramilitärische Übungen mit Waffen, militärischem Schanzgerät und Fahrzeugen durchführt[26]).

Im Mai 1981 wurden dann die „Wehrsportgruppe Mülheim/Ruhr", die „Wehrsportgruppe Schwarzenbruck/Altdorf" und die ebenso strukturierten „Green Berets Germany" (Kreis Gaggenau) entdeckt. Diese WSGs wurden nicht durch eigene Ermittlungserfolge der Behörden ausfindig gemacht, sondern durch Hinweise aus der Bevölkerung bzw. – wie im Fall der „Green Berets" – von einem abgesprungenen Mitglied. Dieses berichtete, die Organisation habe 22 Mitglieder und betrachte den „Kampfruf" der illegalen NSDAP/AO als ihr Zentralorgan. Hoffmann soll beim Aufbau der Gruppe geholfen haben, so daß der Kontakt zu dessen WSG hergestellt war. Außerdem bestünden Verbindungen zur terroristischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), der NSDAP/AO sowie zu flämischen Faschisten-Kreisen. Bei

22) „tat" v. 22. 1. 1982, S. 2.
23) „tat" v. 28. 8. 1981, S. 1; vergl. auch „tat" v. 23. 10. 1981, S. 9. Rubrik „Auf einen Blick"; „tat" v. 10. 7. 1981, S. 1.
24) „tat" v. 22. 1. 1982, S. 2; „tat" v. 10. 7. 1981, S. 1
25) „tat" v. 10. 7. 1981, S. 1; „tat" v. 24. 7. 1981, S. 1.
26) „tat" v. 3. 4. 1981, S. 4; „tat" v. 17. 4. 1981, S. 4.

der WSG Schwarzenbruck/Altdorf wurden Nazi-Orden, Uniformen, Gasmasken, ein Maschinengewehr 42, Flakgranaten, Pistolen und Luftgewehre gefunden[27]).

Ende Januar 1982 wurde von dem niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff (CDU) zugegeben, daß in Niedersachsen vier „Wehrsportgruppen" existieren. Dabei bestätigte er auch, daß einem „Wehrsportgruppen"-Führer nach Abschluß der Ermittlungen gegen ihn seine Waffen zurückgegeben wurden. Er war im Besitz eines Waffenscheins[28]).

„Heidelberger Manifest"

Am 9. Oktober 1981 hörte sich im Düsseldorfer „Rhein-Ruhr-Club e.V." (Tagungsort: Hilton-Hotel) eine Versammlung bundesdeutscher Industrieller einen Vortrag von Prof. Theodor Schmidt-Kaler an, Direktor des Astronomischen Instituts der Universität Bochum. Sein Thema: „Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik, Geburtensturz und Ausländerproblematik – Was kostet es, ein Volk zu zerstören?"[29]) Schmidt-Kaler ist einer der wesentlichen Initiatoren des „Heidelberger Manifests vom 17. Juni 1981". Der von 14 (meist noch amtierenden) bundesdeutschen Hochschulprofessoren unterzeichnete Aufruf ist der erste bekanntgewordene Versuch, die hierzulande zunehmend geschürte Ausländerfeindlichkeit „wissenschaftlich" zu untermauern.

Zur Vorgeschichte: Im August 1980 veranstaltete die neofaschistische „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP), die enge Beziehungen zur NPD unterhält, einen Kongreß zum Thema „Die Zukunft des deutschen Volkes aus biologischer und politischer Sicht". Das Thema war angelehnt an den fast wortgleichen Titel eines Buches im neofaschistischen Verlag „Nation Europa", geschrieben von Prof. Heinrich Schade (bis 1974 Lehrstuhlinhaber am Institut für Vererbungslehre der Universität Düsseldorf), der als Referent auftrat. Schade, später einer der führenden Männer des sog. „Heidelberger Kreises" von Universitätsprofessoren, die das „Heidelberger Manifest" herausbrachten, sprach auf dem GfP-Kongreß zu den Themen „Vererbung geistiger Eigenschaften" und „Zeit zur Umkehr"[30]). 1907 geboren, hatte er 1933 promoviert und arbeitete ab 1935 am Frankfurter Universitätsinstitut für Erbbiologie[31]). Er ist Mitglied der „Deutschen Akademie für Bildung und Kultur", einer Unterorganisation des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" (DKEG), das der GfP korporativ angeschlossen ist[32]). Rund 20% der DKEG-Mitglieder sollen auch Mitglieder der NPD sein[33]).

27) „tat" v. 29. 5. 1981, S. 2.
28) „tat" v. 5. 2. 1982, S. 4.
29) „Unsere Zeit" v. 26. 2. 1982, S. 9; „tat" v. 26. 2. 1982, S. 4. 30) „tat" v. 25. 12. 1981, S. 4; „Die Zeit" v. 5. 2. 1982, S. 61; „tat" v. 26. 2. 1982, S. 4.
31) „tat" v. 19. 2. 1982, S. 16.
32) Hans-Dieter Bamberg, Die Deutschland-Stiftung e. V. – Studien über Kräfte der „demokratischen Mitte" und des Konservativismus in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim am Glan 1978, S. 329; „tat" v. 26. 2. 1982, S. 4.
33) Bamberg, Deutschland-Stiftung, S. 328.

Ebenfalls auf dem GfP-Kongreß sprach die Heidelbergerin Brigitte Finkeisen-Frank, ehemals Vorsitzende einer Initiative „Gegen die gelbe Gefahr", die die Errichtung eines japanischen Wohnzentrums in Heidelberg verhinderte. Sie sprach zu dem Thema „Frau und Volk". Heute tritt sie auf als Vorsitzende des Heidelberger „Schutzbundes für das deutsche Volk", der das „Heidelberger Manifest" verbreitet[34]).

In den Kongreß-Unterlagen der GfP wurde auch hingewiesen auf Schriften der späteren Mitinitiatoren und Unterzeichner des „Manifestes", Dr. Werner-Georg Haverbeck und Schmidt-Kaler[35]). Haverbeck war von 1929 bis 1933 Mitglied der Reichsleitung des „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes", ab 1933 Leiter der „Reichsmittelstelle für Volkstumsarbeit" der NSDAP, wobei er ausdrückliche Förderung durch Rudolf Heß erfuhr. Neben seiner Funktion als Leiter des „Bund Volkstum und Heimat" war er für das NS-Außenministerium tätig[36]). Zu Beginn der 60er Jahre tauchte seine Spur erneut auf, als er in seinem heutigen Wohnort Vlotho das „Collegium Humanum" gründete, womit er „Modelle für die Ausbildung des Industrienachwuchses" erprobte[37]). Der Sozialwissenschaftler Haverbeck ist heute „Sprecher" der bundesdeutschen Sektion des „Weltbundes zum Schutze des Lebens" (WSL). Die Adressen von Haverbeck und dem WSL-Bundesverband sind identisch[38]). Der WSL annonciert u. a. im Theorieorgan der sog. „Nationalrevolutionäre", „wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität"[39]).

Bei den „Nationalrevolutionären" handelt es sich um die augenblicklich bedeutsamste ideologische Entwicklung im Bereich des organisierten Neofaschismus, deren führende Kader aus dem Umkreis der NPD kommen oder ehemalige Mitglieder der NPD sind. So war etwa ihr heutiger Chefideologe Henning Eichberg in den ausgehenden 60er Jahren Funktionär des NPD-gesteuerten „Nationaldemokratischen Hochschulbunds" in Hamburg[40]). Er ist der Theoretiker u. a. des sog. „Ethnopluralismus", einer umfassenden Theorie der „Rassentrennung", die sich als „fortschrittlich" gibt. Mit fast wissenschaftlicher Akribie versuchen er und andere Theoretiker der „Nationalrevolutionäre" biologistische und völkisch-kulturelle Unterschiede zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten zu „beweisen". Sie haben dabei nationalistische Theorien „zeitgemäß" aufbereitet, versuchen sie am Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt festzumachen wie auch an den oft reaktionären separatistischen Bewegungen von der Bretagne bis Irland. Auf diesem ideologisch konstruierten Hintergrund versuchen sie, in der Bundesrepublik (auch mit Blickrichtung in die DDR) einen sog. „Befreiungsnationalismus" zu propagieren. Durch das Aufgreifen von Argumentationen und An-

34) „Unsere Zeit" v. 8. 2. 1982, S. 3; „tat" v. 26. 2. 1982, S. 4.
35) „tat" v. 25. 12. 1981, S. 4; „PDI-Blick nach recchts" v. 1. 3. 1982, S. 1 f.
36) „5000 Köpfe – Wer war was im Dritten Reich", Bruchsal/Baden 1976, Stichwort „Haverbeck"; „tat" v. 26. 2. 1982, S. 4.
37) „tat" v. 26. 2. 1982, S. 4.
38) „Initiativgruppen in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz", München-Auriel 1980, S. 27, 187; „wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität", Koblenz Nr. 1/1981, S. 43.
39) „wir selbst", Nr. 1/1981, S. 43.
40) „rote blätter", Nr. 1/1979, S. 24.

liegen aus der Alternativ- und Ökologiebewegung wie auch der heutigen Friedensbewegung versuchen sie sich „bündnisfähig" zu machen in dem Bestreben, Teile dieser politischen Kräfte durch ihre verfänglichen Argumentationsmuster für sich einspannen zu können. Die „nationale Identität" der Menschen in beiden deutschen Staaten versuchen sie theoretisch zu erfassen und mit den drängenden Bedürfnissen und Interessen, wie sie Jugendliche in der Alternativ- und Ökologiebewegung zum Ausdruck bringen, zu verknüpfen. Diese Verknüpfung verstehen sie als Hebel zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

Im Rahmen ihrer theoretischen Überlegungen bedienen sich diese Neofaschisten ungehemmt des marxistischen Vokabulars und versuchen, ihrer reaktionären Ideologie eine scheinbar antikapitalistische Stoßrichtung zu geben. Die Existenz zweier deutscher Staaten begreifen sie als „Sezession" (Abtrennung) eines Volksteiles von einem „national identischen" anderen Teil. „Antiimperialismus" erklären sie als Kampf gegen die „Besatzungsmächte" USA und Sowjetunion (in bezug auf BRD und DDR). So schrieb Eichberg in seinem Buch „Nationale Identität" 1978: „Diese Lage könnte sich allerdings in dem Augenblick ändern, in dem die sezessionistische, nämlich antiimperialistische und blocksprengende Funktion des Deutschlandproblems bewußt gemacht würde. . . . Die Verbindung von Befreiungsnationalismus und einem nonkonformistischen Sozialismus des eigenen nationalen Weges scheint unter diesem Aspekt auch für Deutschland eine besondere Chance zu haben."[41])

Was hat dies nun mit dem „Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981" zu tun? Die Aufnahme dieses Datums in den Titel ist eine demonstrative Anlehnung an das Datum des sog. „Volksaufstands" am 17. Juni 1953 in der DDR. Es heißt dann in diesem Manifest:

„Mit großer Sorge betrachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. . . . Deshalb rufen wir zur Gründung eines parteipolitisch und ideologisch unabhängigen Bundes auf, dessen Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Erbes ist. Auf dem Boden des Grundgesetzes stehend, wenden wir uns gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus. . . . Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. . . . Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. . . . Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung. Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das

41) Henning Eichberg, Nationale Identität – Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, Verlag Langen-Müller, München 1978, S. 124.

alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet. . . . Werden sich die Abermilliarden für die Verteidigung unseres Landes am Ende einer solchen Entwicklung lohnen? . . . Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft. Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, alle Ausländerbeschäftigung überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. . . . Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen."[42])

Aus der Diktion und Argumentation dieses Textes geht hervor, daß er auf der Grundlage von Eichbergs „Ethnopluralismus"-Theorie geschrieben wurde. Das „Heidelberger Manifest" versucht also mit einem wissenschaftlichen Anstrich (durch seine professoralen Verfasser) nicht nur, mit rassistischen und biologistischen Argumentationen die bei uns lebenden Ausländer zum Sündenbock für die gegenwärtigen kapitalistischen Krisenerscheinungen zu machen, sondern hat auch eine eindeutig revanchistische Stoßrichtung.

In unüberbietbarer Deutschlichkeit formulierte im September 1973 in der argentinischen Zeitschrift „La Plata Ruf" (Herausgeber: Wilfred von Oven, ehemaliger persönlicher Pressereferent des NS-Propagandaministers Goebbels) eine Mitarbeiterin aus Tübingen: „Die Idee des Befreiungsnationalismus ist in ganz Europa – von Irland und der Bretagne bis zu den unterdrückten Völkern Osteuropas – auf dem Vormarsch. Bei uns kann die nationale Selbstbestimmung von keiner der großen Parteien durchgesetzt werden. . . . Wir haben die besseren Argumente – doch wie zeigen wir das dem Otto Normalverbraucher? . . . Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee des ‚Ewig-Gestrigen' passen. Eine Werbeagentur muß sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen. Und wenn Kariert Mode ist, darf man kein Produkt mit Pünktchen anpreisen. Der Sinn unserer Aussagen muß freilich der gleiche bleiben. Hier sind Zugeständnisse an die Mode zwecklos. In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation ‚Die sollen doch heimgehen' nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profites willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden.' Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein. Wollen wir ausgelacht oder angehört werden?"[43])

Als die „Deutsche Presse-Agentur" am 10. Oktober 1981 (von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wegen der am gleichen Tag in Bonn stattgefundenen Friedensdemonstration, meldete, daß Prof. Schmidt-Kaler, Mit-

42) „Die Zeit" V. 5. 2. 1982.
43) „La Plata Ruf" („Zeitschrift des volksbewußten Deutschtums am Rio de La Plata, für Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und Bolivien), Buenos Aires September 1973, S. 25.

verfasser des „Heidelberger Manifests", vor dem Düsseldorfer „Rhein-Ruhr-Club" (Nachfolger des „Düsseldorfer Industrieclubs") über das Thema des „Manifests" gesprochen hatte, soll der Westberliner Innensenator Lummer (CDU) Schmidt-Kaler diesbezüglich angerufen haben. Die Westberliner Abgeordnete Kantemir von der „Alternativen Liste" stellte deswegen am 28. Januar 1982 im Westberliner Abgeordnetenhaus die Anfrage, ob dies zutreffe. Schmidt-Kaler habe nämlich in seiner Rede vor dem Rhein-Ruhr-Club gesagt, diese Verbindung habe mit dazu beigetragen, die Ausländerpolitik in Berlin entscheidend zu verändern, womit er sich auf den Ausländererlaß bezogen habe. Lummer wollte dies weder dementieren noch bestätigen[44]).

Am 6. November 1981 erschien dann erstmals ein Abdruck des „Heidelberger Manifests" in der Öffentlichkeit, und zwar in der NPD-nahen „Deutschen Wochen-Zeitung". Ihr Herausgeber, der ehemalige SS-Angehörige Erich Kern(mayr), gehört z. B. zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs der „Initiative für Ausländerbegrenzung" des „National-Zeitungs"-Herausgebers Dr. Gerhard Frey[45]). Ein weiterer Abdruck erfolgte im Dezember 1981 in der Zeitschrift „Erneuerung und Abwehr", dem Organ der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.". Diese Organisation bemüht sich im Augenblick um Strategien, wie der bundesdeutschen Friedensbewegung eine Anti-Ost-Stoßrichtung gegeben werden kann[46]). Ebenfalls im Dezember 1981 wurde dann die publizistische Öffentlichkeit auf das „Manifest" aufmerksam und brachte verschiedene Artikel darüber. Viele Zeitungen zeigten sich bemüht, die Angelegenheit zu verharmlosen[47]). Angeblich soll ein Bonner Student einen „Manifest"-Text in einer Bonner Telefonzelle gefunden haben, was die Ursache des Bekanntwerdens gewesen sein soll. Angesichts der folgenden, zum Teil heftigen Kritik der Öffentlichkeit an dem Text und seinen Unterzeichnern versuchten diese, ihren Kritikern mit verschiedenen Manövern den Boden zu entziehen. Es habe sich angeblich erst um eine Vor-Fassung gehandelt, mit der man weitere Unterstützer habe werben wollen. Teils sei der Name ohne eigene Zustimmung unter das „Manifest" gesetzt worden, teils stimme man „dem Kern" zu, aber verschiedenen Formulierungen nicht. Außerdem distanzierte man sich allgemein vom Heidelberger „Schutzbund für das deutsche Volk", der den Text verbreitet. Auch Schmidt-Kaler distanzierte sich vom „Schutzbund". Nichtsdestotrotz existiert ein Schreiben des „Schutzbundes" vom 14. Januar 1982, mit dem „im Namen von Herrn Prof. Dr. Schmidt-Kaler . . . zum ersten SDV-Podiumsgespräch in Heidelberg" über „wissenschaftliche und ethische Grundlagen des Heidelberger Manifests vom 17. Juni 1981" eingeladen wurde. Am 23. Januar 1982 nahm Schmidt-Kaler neben verschiedenen anderen an der Veranstaltung teil, von der ein Gesprächsprotokoll existiert[48]).

44) „Unsere Zeit" v. 26. 2. 1982, S. 9.
45) „Unsere Zeit" v. 8. 2. 1982; „Deutscher Anzeiger" v. 31. 7. 1981, S. 1
46) „tat" v. 25. 12. 1981, S. 4.
47) „Die Zeit" v. 5. 2. 1982, S. 61; „Frankfurter Rundschau" v. 9. 2. 1982.
48) „Unsere Zeit" v. 26. 2. 1982, S. 91 „tat" v. 26. 2. 1982, S. 4.

Wenig später, am 31. Januar 1982, wurde eine Neufassung des Textes der Öffentlichkeit präsentiert, die nur noch den Namen „Manifest" trägt und angeblich „entschärft" worden sein soll. Sie wurde jedoch nur sprachlich etwas geglättet, bleibt aber im wesentlichen mit dem „Heidelberger Manifest" identisch[49]).

Bis heute lassen sich allein 6 der professoralen Unterzeichner aufzeigen, die Funktionen im Nazi-Faschismus hatten oder heute Beziehungen zu neofaschistischen Organisationen haben (mehrere publizierten im Verlag „Nation Europa"). Als Unterzeichner sind bekanntgeworden: Prof. Manfred Bambeck (Frankfurt), Prof. Karl Götz (Stuttgart), Prof. Werner-Georg Haverbeck (Vlotho), Prof. Joachim Illies (Gießen), Prof. Peter Manns (Mainz), Prof. Theodor Oberländer (Bonn-Bad Godesberg), Prof. Harold Rasch (Bad Soden), Prof. Franz Hieronymus Riedl (Bozen), Prof. Heinrich Schade (Düsseldorf), Prof. Theodor Schmidt-Kaler (Bochum), Prof. Helmut Schröcke (München), Prof. Kurt Schürmann (Mainz), Prof. Ferdinand Siebert (Mainz), Prof. Georg Stadtmüller (München)[50]).

„Volkssozialistische Bewegung Deutschlands"

Am 21. Oktober 1981 wurden in München mehrere Mitglieder der neofaschistischen terroristischen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBD) auf dem Weg zu einem Banküberfall von der Polizei überrascht. Während einer Schießerei, die die Nazi-Terroristen auf die Polizei eröffnet hatten, wurden zwei VSBD-Mitglieder getötet sowie ein VSBD-Mann und ein Polizist schwer verletzt. Festgenommen wurde ein ehemaliges Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann", ein französischer Neofaschist und der Anführer der VSBD, der 52jährige Friedhelm Busse[51]). Erst am 27. Januar 1982 wurde die VSBD als terroristische Organisation bundesweit verboten.

Die VSBD ist ebenso wie z. B. die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) oder die „Otte-Bande" als Tarnorganisation der illegalen NSDAP/AO zu verstehen. Busse selbst ist Mitglied der NSDAP/AO[52]). Ebenso wie Busse lange Jahre Mitglied der NPD war, kommen viele Mitglieder der VSBD-Jugendorganisation „Wehrsportgruppe Junge Front" aus der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten". Allen gemeinsam ist, daß sie die NPD als nicht radikal genug und als zu legalistisch orientiert betrachten[53]). Die Mitglieder der VSBD kommen zum Teil auch aus der verbotenen „WSG Hoffmann", Überschneidungen in der Mitgliederstruktur gab es auch schon vor dem Verbot der WSG. Ein Beispiel dafür ist Frank Schubert, der ursprünglich bei Hoffmann aktiv war, als VSBD-Mitglied am 24. Dezember 1980 beim Waffen-

49) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 12. 2. 1982, S. 6.
50) „Die Zeit" v. 5. 2. 1982, S. 61.
51) „tat" v. 30. 10. 1981, S. 3.
52) „tat" v. 15. 5. 1981, S. 8.
53) VVN-Info-Dienst „Argumentation – Information – Dokumentation" (AID), Nr. 2/1982, S. 2.

schmuggel in die BRD zwei Schweizer Grenzbeamte erschoß und danach sich selbst tötete[54]).

Das „aktive Zentrum" der VSBD liegt im Raum Frankfurt, ihr organisatorischer Treffpunkt war der Nazi-Buchladen „Volk und Kosmos" im Frankfurter Stadtteil Bornheim. Der Laden war vom Vorsitzenden des „Kampfbundes Deutscher Soldaten", Erwin Schönborn, aufgebaut worden. Im Laufe seines Bestehens entwickelte er sich zum Treffpunkt fast aller Neofaschisten aus dem Frankfurter Raum[55]).

Zum Zeitpunkt ihres Verbots soll die VSBD Stützpunkte in 21 Städten gehabt haben und über 1000 Mitglieder und Sympathisanten[56]). Die Geldbeschaffung wurde offensichtlich besonders mit Banküberfällen bewerkstelligt. So hatte Frank Schubert nach Angaben des Regierungspräsidenten Darmstadt am 15. Oktober 1980 eine Sparkassenfiliale in Zwingenberg überfallen und dabei 34 000 DM erbeutet[57]).

Offenbar knüpfte die VSBD an die ideologische Orientierung der Nationalrevolutionäre an. So soll Walter Kexel, der propagandistische „Kopf" der VSBD Hessen vor Gericht gesagt haben: „Der einzige Fehler des Dritten Reiches ist die Ermordung des revolutionären Flügels der SA gewesen." Auch die Nationalrevolutionäre bemühen sich um eine Rehabilitierung des Faschismus, indem sie sich auf die Brüder Strasser berufen und dem Nazi-Faschismus einen angeblichen Verrat an den „wahren Zielen" des „nationalen Sozialismus" im Sinne der Brüder Strasser attestieren. Und ganz im Sinne des „Heidelberger Manifests" äußerte Kexel: „Die Zwangsgermanisierung (= Integration; Anm. d. Verf.) der Ausländer zerstört sowohl unser Volk wie die anderen. . . . jede Rasse sollte für sich bleiben, sonst geht das Volk kaputt, das ist wissenschaftlich erwiesen."[58]) Deutlicher hat sich erst vor kurzem der noch inhaftierte Anführer der ANS, Michael Kühnen, im Gefängnis gegenüber dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" geäußert. Im Hinblick auf seine wahrscheinlich im August dieses Jahres bevorstehende vorzeitige Haftentlassung kündigte er eine Reorganisierung der ANS an. Er verspreche sich aus der Verknüpfung der Themen Umweltzerstörung und Ausländerfeindlichkeit eine „Massenbasis" für seine „nationalrevolutionäre Bewegung"[59]).

Nach den Worten Kexels gründe sich in der Vorstellung der VSBD der „zukünftige volkssozialistische Staat . . . auf fünf Fundamente: Rasse, Boden, Staat, Ehre und Arbeit." Diesen Staat stelle sich die VSBD in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1918 vor, „einschließlich Straßburg, Bozen, Wien, Breslau, Königsberg"[60]).

54) „tat" v. 9. 1. 1981, S. 1.
55) „tat" v. 26. 12. 1980, S. 5.
56) „tat" v. 24. 7. 1981, S. 1.
57) „tat" v. 27. 2. 1981, S. 2.
58) „tat" v. 6. 3. 1981, S. 2.
59) „tat" v. 19. 2. 1982, S. 16; „PDI – Blick nach rechts" v. 1. 3. 1982, S. 3.
60) „tat" v. 6. 3. 1981, S. 4.

Am 17. Juli 1979 wurde in Frankfurt die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) gegründet und ins amtliche Vereinsregister eingetragen. Ihr gehören Vertreter verschiedener neofaschistischer Organisationen an. Sie ist eng mit der VSBD verzahnt. Ihre Funktion ist die Förderung und Stützung des Zusammenhalts von Neofaschisten und die Einschaltung von Rechtsanwälten sowie der finanziellen Unterstützung von Inhaftierten und deren Angehörigen[61]). Damit geht ihre Aktivität noch über die der „Deutschen Rechtsschutzkasse" und des „Nationalen Rechtswahrerbundes" hinaus. Die Existenz dieser weiteren Rechts- und Finanzhilfe-Organisation scheint darauf hinzudeuten, daß im neofaschistischen Lager die Konsequenz erkannt wird, daß durch die zunehmende Orientierung auf terroristische Aktionen die Justiz zu prozessualen Maßnahmen gezwungen sein wird.

Das Vorgehen von Polizei und Justiz gegenüber der VSBD entspricht der bisher schon beschriebenen Weise (siehe „19. Februar 1981" und „Mai 1981"). Obwohl der ehemalige Leiter der politischen Polizei Frankfurt (der die bisherigen administrativen Maßnahmen als ungenügend kritisierte) in der „Hessischen Polizeirundschau" Nr. 3/1981 geschrieben hatte, daß Erkenntnisse darauf hindeuteten, Mitglieder der VSBD versuchten sich zu bewaffnen bzw. hätten sich bereits bewaffnet, soll beim bundesweiten Verbot nur eine Schreckschußpistole gefunden worden sein. Auch Festnahmen gab es nicht[62]). Es ist also damit zu rechnen, daß sich – wie schon in anderen Fällen aufgezeigt – die VSBD in anderer Form reorganisiert.

Bewaffnung

Am 30. Oktober 1981 wurden in einem Waldgelände bei Hanstedt (Lüneburger Heide) 88 Kisten mit Waffen und Munition in 31 verschiedenen Verstekken entdeckt. Nur durch Zufall hatte ein Waldarbeiter eine der Kisten im Boden vergraben gefunden und die Polizei benachrichtigt. Die eingeleiteten Ermittlungen führten zu dem Forstwirtschaftsmeister Heinz Lembke, der seit 1965 im niedersächsischen Staatsdienst tätig war. 1980 wurde eine Hausdurchsuchung bei ihm durchgeführt, kurz nachdem die „Wehrsportgruppe Hoffmann" am 26. September 1980 auf dem Münchner Oktoberfest ein Bombenattentat verübt hatte. Damals waren 13 Menschen getötet und 213 verletzt worden, davon 26 so schwer, daß sie ihr Leben lang völlig arbeitsunfähig sein werden. Die Polizei hatte Hinweise erhalten, Lembke sei möglicherweise der Sprengstofflieferant für das Münchner Attentat. Zwar wurden in Lembkes Haus Waffenteile gefunden, doch wurden die Ermittlungen eingestellt wegen angeblich mangelnder Beweise.

Erst am 13. April 1981 wurde er vorübergehend in Erzwingungshaft genommen, weil er die Aussage verweigerte über seine Beziehungen zu Manfred

61) Paul Lersch (Hrsg.), Die verkannte Gefahr – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Hamburg 1981, S. 242.
62) „tat" v. 27. 3. 1981, S. 2; „tat" v. 15. 1. 1982, S. 3; „Frankfurter Rundschau" v. 28. 1. 1982.

Roeder, dem Anführer der neofaschistischen „Deutschen Bürgerinitiative" und der terroristischen „Deutschen Aktionsgruppen". Mitglieder dieser beiden Organisationen hatten unter Anführung Roeders im Jahr 1980 mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge verübt, vorwiegend gegen Ausländerwohnheime und Unterkünfte von Asylbewerbern. Dabei wurden zwei Menschen getötet und drei verletzt[63]). Roeder selbst und seine Komplizen waren am 1. September 1980 verhaftet worden und stehen seit Anfang dieses Jahres in Stuttgart-Stammheim vor Gericht. Im Verlauf dieses Prozesses kam ans Tageslicht, daß Roeder noch kurz vor seiner damaligen Verhaftung Lembke aufgesucht hatte, um bei ihm Sprengstoff für weitere Anschläge zu beschaffen. Lembke erklärte sich zu Lieferungen an die Terrororganisation „jederzeit" bereit[64]).

Für die Ermittlungsbehörden war Lembke kein unbeschriebenes Blatt, obwohl der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) trotz der bekanntgewordenen Verbindungen Lembkes weiterhin die Behauptung aufrecht erhalten mochte, Lembke sei im „wesentlichen ein Einzeltäter"[65]). In Wirklichkeit war Lembke bis zum Verbot des „Bundes Vaterländischer Jugend" (BVJ) im Jahre 1962 dessen Bundesgeschäftsführer. An die Stelle des BVJ trat später der „Bund Heimattreuer Jugend", heute einer der größten neofaschistischen Jugendverbände. Gegen Mitglieder beider Organisationen wurde 1962 wegen Sprengstoffanschlägen in Südtirol ermittelt[66]). Außerdem hatte der DDR-Flüchtling Lembke (1959) bei der niedersächsischen Kommunalwahl 1968 für die NPD kandidiert[67]). Er hatte also durchaus Erfahrung in politischer Organisation.

Nach der Entdeckung der ersten Waffenkiste wurde Lembke am 28. Oktober 1981 erneut verhaftet und gab nach langem Weigern die restlichen Verstecke erst preis, als auf seinen Wunsch ein Vertreter der Bundesanwaltschaft (Karlsruhe) hinzugezogen wurde. Diesem gegenüber stellte er auch in Aussicht, in drei Tagen Angaben über personelle Verbindungen in bezug auf die Waffenbeschaffung machen zu wollen. Zwei Tage später jedoch wurde er erhängt in seiner Zelle aufgefunden[68]).

Die von Lembke gehorteten Waffen, die nach offizieller Ansicht „nicht nur aus Diebstählen bei der Bundeswehr stammen" können, sondern „regelrecht angeliefert" worden sein müssen, wurden als der seit langem größte Einzelfund von Waffen in Händen von Neofaschisten eingestuft[69]). Selbst unter Außerachtlassung dieses Waffenfundes (vornehmlich Sprengstoff und Munition) war besonders im Jahr 1981 an der Zusammensetzung der weiteren Funde eine deutliche Tendenz in der Bewaffnung neofaschistischer Organisationen

63) „Frankfurter Rundschau" v. 3. 11. 1981.
64) „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 4. 2. 1982.
65) „tat" v. 5. 2. 1982, S. 4.
66) „Spiegel" Nr. 49/1966, S. 56.
67) „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 3. 11. 1981.
68) „Frankfurter Rundschau" v. 2. 11. 1981; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" V. 3. 11. 1981; „Frankfurter Rundschau" v. 3. 11. 1981
69) „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 3. 11. 1981.

zu erkennen. Betrachtet man den Beobachtungszeitraum von Anfang 1978 bis Anfang 1982, so fällt deutlich auf, daß unter den im Jahr 1981 bekanntgewordenen Funden die Mengen an Sprengstoff und schweren Explosivkörpern sprunghaft in die Höhe geschnellt sind. Dies steht in umgekehrtem Verhältnis zu den Schußwaffen-Mengen. Der ebenfalls sprunghafte Anstieg gefundener chemischer und elektrischer Zündvorrichtungen für Bomben und Minen läßt insgesamt den Schluß zu, daß von den terroristischen neofaschistischen Organisationen auf Terroraktionen durch Sprengstoffattentate orientiert wird. Diese sich schon vorher abzeichnende Tendenz wurde durch den Waffenfund in der Lüneburger Heide nur bestätigt.

Um das Ausmaß der Bewaffnung neofaschistischer Organisationen nur annähernd vor Augen zu führen, wird im folgenden eine summarische Auflistung lediglich derjenigen Waffenfunde vorgenommen, die in verschiedensten Presseveröffentlichungen zwischen Anfang 1978 und Anfang 1982 beziffert wurden. Es handelt sich also um absolute Mindestangaben:

516 Kilogramm Sprengstoff (davon 2 kg hochexplosiver TNT), 2743 Zünder, 146 Meter Sprengschnur, 415 000 Schuß Munition, 384 Granaten und Handgranaten, 38 zum Teil selbstgebaute Bomben und Minen, 52 Panzerfäuste, 1,5 Tonnen Schwarz- und Treibladungspulver, 347 sonstige Explosivkörper, 26 Granat-Werfervorrichtungen, 2786 Gewehre, Schnellfeuergewehre und Pistolen, 45 Maschinenpistolen, 3 Maschinengewehre, 20 Raketen, 1019 teils defekte, aber reparable Kriegswaffen und wesentliche Teile davon, 1 Zwei-Zentimeter-Flakgeschütz, 1 defekter Schützenpanzer, Militärlaster und sonstige militärische Fahrzeuge[70]).

Die erschreckend zunehmende Zahl der Attentate und Schießereien von neofaschistischer Seite zeigt, daß die aufgezeigte Bewaffnungstendenz sehr ernst genommen werden muß. Bundesjustizminister Schmude bezifferte die Zahl der Opfer im Zeitraum September 1978 bis 1. Oktober 1981 auf 19 Tote und 223 zum Teil Schwerverletzte. Wie schon bei der offiziellen Angabe von entdeckten Waffenmengen sind auch diese Zahlen über Opfer neofaschistischer Gewalttaten zu niedrig angesetzt[71]).

NPD-Initiative Ausländerstopp

Am 11. Februar 1982 rief der nordrhein-westfälische Landtag in einem einstimmig gefaßten Beschluß die Bevölkerung auf, das geplante Volksbegehren der sog. „Bürgerinitiative Ausländerstopp" zu boykottieren. Obwohl auch die CDU-Bundestagsfraktion mittlerweile davon spricht, „die Rückkehrfähigkeit der Ausländer müsse gewahrt werden" oder „die Rückkehrbereitschaft der

70) zusammengefaßt nach: Lersch, Die verkannte Gefahr, S. 273, 274, 277, 281; „Deutsche Volkszeitung" v. 16. 10. 1980, S. 2; „Frankfurter Rundschau" V. 29. 2. 1980 und 3. 11. 1981; AID Nr. 2/1982, S. 4, 8, 9; folgende Ausgaben der „tat": 22. 2. 1980, S. 1; 27. 2. 1981, S. 4.; 6. 3. 1981, S. 2, S. 4; 3. 4. 1981, S. 4; 24. 4. 1981, S. 4; 1. 5. 1981, S. 4.; 29. 5. 1981, S. 2; 12. 6. 1981, S. 4; 3. 7. 1981, S. 1; 30. 10. 1981, S. 2; 8. 1. 1982, S. 2; 15. 1. 1982, S. 3; 29. 1. 1982, S. 4.

71) „tat" v. 6. 3. 1982, S. 4; „tat" V. 20. 2. 1982, S. 4; „PDI – Blick nach rechts" v. 15. 11. 1981; „Die Neue" v. 3. 10. 1980.

Ausländer (sei) zu stärken" oder „die Zusammenführung von Familien solle in erster Linie durch Förderung der Rückkehr in die Heimat bewirkt werden", versicherte Kurt Biedenkopf (CDU), daß es in der Frage des genannten Volksbegehrens keine Meinungsunterschiede mit der SPD-Fraktion gebe[72]).

Bei der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" handelt es sich um eine NPD-gesteuerte Organisation, die mittlerweile über mehrere Regionalverbände verfügt. Die NRW-Zweigorganisation mit Sitz in Bochum wird von dem NPD-Mitglied Prof. Hagen Prehl angeführt. Als Verbindungsmann der NPD zur „Bürgerinitiative" fungiert der kommissarische NPD-Landesvorsitzende von NRW, Schulz, der auch zum Bundesvorstand der NPD gehört[73]).

Zentrale Forderungen sind ein Zuzugsverbot für ausländische Arbeiter und Asylbewerber, „Förderung der Rückkehrbereitschaft", Ausweisung von „illegalen und kriminellen Ausländern", „Erhaltung der Kulturen, keine Integration". Außerdem fordert sie „Kindergeldzahlungen nur an Deutsche. . . . Es geht nicht an, daß wir den Türken mit der Geburtenrate eines typischen Entwicklungslandes (höher als in Indien!) auch noch eine Geburtenprämie zahlen. Deutsches Geld für die Förderung deutscher Familien!" Entsprechend dem Trick im „Heidelberger Manifest", sich verbal von Rassismus zu distanzieren, um möglicher Kritik zuvorzukommen, benutzt die „BI" die Formel „Kampf der Ausländerfeindlichkeit"). Mit der momentanen Verlegung ihres Aktivitäts-Schwerpunkts auf diese Schürung des Ausländerhasses versucht die NPD nicht nur die politische Desorientierung der unter den Krisenlasten Leidenden zu forcieren, sondern umgekehrt davon auch zu profitieren.

Am 17. März 1982 reichte die „BI Ausländerstopp" im Düsseldorfer Innenministerium 423 Listen mit 3768 Unterschriften für ihr Volksbegehren ein. 3000 Unterschriften sind nötig, um ein Volksbegehren einleiten zu können. Innerhalb von sechs Wochen muß nun die nordrhein-westfälische Landesregierung über die formaljuristische Zulässigkeit dieses Antrages entscheiden[74]).

„Kieler Liste für Ausländerbegrenzung"

In Kiel erreichte am 7. März 1982 die neofaschistische „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" bei den Kommunalwahlen einen Stimmenanteil von 3,8%. Das entspricht 4633 Wählerstimmen[75]). In den Kieler Arbeitervierteln um die Howaldts-Werft stieg der Stimmenanteil sogar auf z.T. weit über 5 Prozent[76]).

Bei einer Gegendemonstration von Antifaschisten gegen eine Wahlkampfveranstaltung der „Kieler Liste" ging die Polizei mit Gewalt gegen die Antifa-

72) „Parlamentskorrespondenz – Woche im Bundestag", Bonn 10. 2. 1982, S. 7; „Frankfurter Rundschau" v. 6. 2. 1982.
73) „tat" V. 5. 2. 1982, S. 4.
74) Flugblatt „Forderungen der BI ‚Ausländerstopp'", Kopie in Besitz des Autors; „Frankfurter Rundschau" v. 18. 3. 1982, S. 4.
75) „Unsere Zeit" v. 9. 3. 1982.
76) „tat" v. 12. 3. 1982, S. 2.

schisten vor, stellte zum Teil deren Personalien fest und mißhandelte das Mitglied des Kreisvorstands der DKP Kiel Rudi Grimm[77]).

Über die neofaschistische Zusammensetzung der „Kieler Liste" besteht kein Zweifel: selbst das dortige Verfassungsschutzamt gibt an, ein erheblicher Teil der KLA-Führer sei als Neofaschisten bekannt. Ihr Sprecher ist der noch amtierende Regierungsdirektor Fritjof Berg[78]).

Am 18. März 1982 wurde bekannt, daß sich in Hamburg eine „Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung und Beseitigung von Mißständen" (HLA) gebildet hat. Sie will im Juni dieses Jahres bei der Hamburger Bürgerschaftswahl kandidieren[79]).

Zusammenfassung

Die Gesamtheit der Entwicklungen im Bereich neofaschistischer Aktivitäten im Jahr 1981 läßt insgesamt zwei Haupttendenzen erkennen. Die eine besteht im verstärkten Aufbau terroristischer Organisationen, die offenbar immer mehr auf eine Strategie der Destabilisierung der allgemeinen politischen Lage setzen und sich dafür zur Ausführung von Sprengstoffattentaten zu bewaffnen scheinen. Zum anderen wird die im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit gestiegene Ausländerfeindlichkeit, vor allem gegen türkische Mitbürger, geschürt und versucht, die dadurch bewirkte politische Desorientierung der arbeitenden Bevölkerung und vor allem der Jugendlichen den politischen Zielen der Neofaschisten nutzbar zu machen.

Die zunehmende Zahl von Gerichtsverfahren gegen neofaschistische Täter ist nicht als ein gestiegenes Interesse der Justiz an einer Bekämpfung des Neofaschismus zu verstehen, sondern ist die Folge eines Legitimationszwangs der Justiz gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit, die den zunehmenden neofaschistischen Aktivitäten wachsenden Widerstand entgegensetzt. Das neofaschistische Lager reagierte auf diese veränderte Situation durch den Aufbau einer regelrechten Infrastruktur gegenseitiger Unterstützungsleistungen. Das reicht von Fluchthilfeorganisationen, die im Inland polizeilich Verfolgte ins Ausland schleusen können, bis hin zu Rechtsbeistandsorganisationen und Einrichtungen zur gemeinsamen Übernahme von Verfahrenskosten. Der Aufbau einer solchen Infrastruktur scheint auch ein engeres „Zusammenrücken" der Neofaschisten („politisch Verfolgte") anzuzeigen.

Dem wachsenden antifaschistischen Gegendruck steht eine ebenso wachsende Aktivität der Staatsorgane gegen Antifaschisten gegenüber. Der Effekt, der sich aus der juristischen Verfolgung von Antifaschisten ergibt, entspricht in der Tendenz dem Effekt, der sich aus der nachlässigen Verfolgung von Neofaschisten ergibt, nämlich eine Begünstigung des Neofaschismus.

77) „tat" v. 26. 2. 1982, S. 2.
78) Ebd.; „tat" v. 12. 2. 1982, S. 1.
79) „Frankfurter Rundschau" v. 18. 3. 1982, S. 4.

Diese allgemeine Tendenz zur indirekten Begünstigung des Neofaschismus gibt den „etablierten" Exponenten des Neofaschismus wie etwa der NPD oder dem „Heidelberger Kreis" von Universitätsprofessoren genügend Auftrieb, um sich mit völkerverhetzenden und rassistischen Denkschriften und Aufrufen, sogar Volksbefragungen an die Öffentlichkeit wagen zu können.

Hellhörig sollte die demokratische Öffentlichkeit auch werden, wenn etwa der NPD-Bundesvorstand beschließt, zur Landtagswahl in verschiedenen Bundesländern, wie etwa Hessen, nicht zu kandidieren. Man spekuliert offensichtlich darauf, daß die Stimmen des eigenen Wählerpotentials der CDU/CSU zugute kommen mögen. Wenn gleichzeitig der CDU-Innensenator von Westberlin, Lummer, bedauert, daß die NPD in Westberlin von den Westalliierten verboten sei, wenn er sich mit dem „Heidelberger" Prof. Schmidt-Kaler wegen dessen ausländerfeindlichen Vorschlägen in Verbindung setzt und wenn sein Senat einen Erlaß verabschiedet, der im Kern Zwangsarbeit für Asylbewerber bedeutet, dann ist hier höchste Wachsamkeit geboten. Was Antifaschisten auf der einen Seite zu verhindern bemüht sind, kommt so auf „kaltem Wege" als offizielle Politik daher.

Umrisse der zukünftigen Energieversorgung der Bundesrepublik

Möglichkeiten, Grenzen, Forderungen*)

Von Hartmut Bossel

Die zwei Möglichkeiten der zukünftigen Energieversorgung

Setzt man voraus, daß einem bestimmten Wohlstandsniveau ein bestimmter Energieverbrauch pro Kopf entspricht, und fordert man ein weiteres Ansteigen des durchschnittlichen Wohlstandsniveaus, so erhöht sich (auch bei gleichbleibender Bevölkerungszahl) zwangsläufig der daraus errechnete Energiebedarf. Um diesen zu decken, muß das Energieangebot erhöht werden: die Forderung nach mehr Kraftwerken, mehr Erdgas, höherem Kohleabbau ist die logische Konsequenz. Selbst noch jüngste und mit hohem Aufwand erstellte Energiebedarfsprognosen folgen diesem Ansatz (IIASA 1981, Dritte

*) Ein Teil des Aufsatzes ist erschienen in: H. Hatzfeld u. a., Kohle, Frankfurt/M. 1982. Die Hinweise zu den im Text angeführten Kurztiteln finden sich am Ende des Beitrages. D. Red.

Fortschreibung des Energieprogramms 1981, Weltenergiekonferenz 1979). Die Ergebnisse gelten nur dann, wenn die Nutzertechnik etwa auf dem gegenwärtigen Stand bleibt. Die erste Möglichkeit der Energieversorgung ist also: Die Nutzertechnik ändert sich kaum; ein wachsender Energiebedarf wird durch ein wachsendes Energieangebot gedeckt.

Dieser Ansatz enthält einen wesentlichen Denkfehler: Nicht der Energieverbrauch selbst sichert den Wohlstand, sondern die Energiedienstleistung, die aus der genutzten Energie gezogen wird. Sie stellt sich konkret als warmer Raum, Transportleistung, Erzeugung eines Artikels dar. Wird Energie besser genutzt, so kann der Energieverbrauch pro Kopf sinken, obwohl die Energiedienstleistung (und damit der Wohlstand) pro Kopf steigt. Die zweite Möglichkeit der Energieversorgung ist daher (z. B. Bossel u. a. 1974, S. 226; 1975, S. 72; Lovins 1978; Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980): Die Nutzertechnik wird verbessert; es muß trotz steigender Energiedienstleistung nur noch eine gleichbleibende oder sinkende Energienachfrage gedeckt werden.

Die energiepolitische Diskussion, auch wenn sie oberflächlich an Kernkraftwerken, Wiederaufarbeitungsanlagen und Kohle„veredlungs"anlagen festgemacht ist, geht in ihrem Kern um diese zwei Alternativen. Sie haben grundverschiedene ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Auswirkungen. Die erste Versorgungsmöglichkeit entspricht dem „harten Pfad" der Energieversorgung, die zweite Möglichkeit dem „sanften Pfad" (Lovins 1978; Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980).

Während frühere Energiestudien durchweg Wirtschaftswachstum an einen wachsenden Energieverbrauch als Vorbedingung knüpften und damit für den „harten Pfad" eintraten, mehren sich in jüngster Zeit die Untersuchungen, die genau das Gegenteil belegen: Wirtschaftswachstum wird in Zukunft nur noch möglich sein, wenn es durch bessere Energienutzung und den Einsatz erneuerbarer Energieträger gelingt, die Nachfrage zumindest nach nicht erneuerbaren Energieträgern erheblich zurückzuschrauben (Norman 1981, Jenseits der Sachzwänge 1978, Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980, Leach 1979, Ledergerber 1979, Lönnroth/Steen/Johansson 1977, Lovins 1978, Mellon 1981, Audubon 1981, Ross/Williams 1981, SERI 1981, Stobaugh/Yergin 1980). Es wird inzwischen immer deutlicher, daß diese technische und organisatorische Umstellung in Richtung auf den „sanften Pfad" der Wirtschaft erhebliche Wachstumsimpulse geben wird. Mehr noch: Hoher Energieverbrauch wird in Zukunft technisch und organisatorisch rückständige Volkswirtschaften mit fehlendem Innovationspotential, fehlendem Strukturwandel, fehlender Wettbewerbsfähigkeit und wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen kennzeichnen.

Die gesellschaftlichen Notwendigkeiten werden bisher dort am wenigsten gesehen, wo Ansätze zu Veränderungen am ehesten beginnen müßten: „Die derzeit in den Großforschungseinrichtungen, aber auch in Teilen der Energiewirtschaft erkennbaren Kommunikations- und Innovationshemmnisse

stellen Gefährdungen für die durchaus positiven Innovationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland dar" (Prognos 1981).

Übrigens: man sollte dieser „neuen" Art von qualitativem Wirtschaftswachstum, das zu einer geringeren Belastung natürlicher Ressourcen, zu geringeren ökologischen und sozialen Belastungen, zu mehr Arbeitsplätzen und Verbesserungen der Lebensqualität führen würde, nicht mit der gleichen Skepsis begegnen wie dem „alten" Wirtschaftswachstum.

In dieser Arbeit sollen die allmählich erkennbar werdenden Umrisse der zukünftigen Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland skizziert werden. Hierzu gehört zunächst ein Überblick über die denkbare Entwicklung der Energienachfrage mit und ohne Berücksichtigung wesentlicher Erfolge der besseren Energienutzung. Als nächstes werden die Vorräte und Verfügbarkeiten nicht erneuerbarer Energieträger betrachtet, die uns ja bestenfalls noch als ein längerfristiges Übergangspotential auf ein dauerhaftes Energieversorgungssystem dienen können. Das Potential der zur Verfügung stehenden regenerativen Energiequellen erweist sich dagegen langfristig bei rationeller Energieverwendung als ausreichend, um auch in der Bundesrepublik Deutschland die Energieversorgung dauerhaft zu sichern. Die Konturen eines solchen Energieversorgungssystems werden skizziert. Die Kohle spielt hierbei eine wichtige Übergangsrolle. Aus diesen Überlegungen ergeben sich eine Reihe energiepolitischer Forderungen, deren weitgehende Erfüllung den kontinuierlichen Übergang auf eine dauerhafte, ökologisch und sozial verträgliche Energieversorgung ermöglichen würde.

Die zukünftige Energienachfrage in der Bundesrepublik

Für Überlegungen zur zukünftigen Energieversorgung ist eine zuverlässige Aussage über die zukünftige Energienachfrage wesentlich, aber schwierig zu beschaffen. Einen Überblick über Energienachfrageschätzungen aus den vergangenen zehn Jahren gibt gravierende Differenzen. Auffällig ist, daß die Prognosen (mit wichtigen Ausnahmen) ständig nach unten korrigiert werden mußten, um mit der realen Entwicklung besser Schritt halten zu können. Auffällig ist auch, daß die Prognosen vorwiegend wirtschaftswissenschaftlicher Provenienz, die sich auf die oben kritisierten Wachstumsextrapolationen des Energiebedarfs pro Kopf stützten, im Laufe weniger Jahre die drastischsten Veränderungen erfahren haben, während Schätzungen, die sich am voraussichtlichen Energiedienstleistungsbedarf, an den technischen Möglichkeiten der besseren Energienutzung und an absehbaren innovatorischen Veränderungen im Energieversorgungssystem orientierten, zu relativ konstanten (und relativ niedrigen) Werten geführt haben (z. B. Bossel u. a. 1974, 1975).

In diesem Zusammenhang ist besonders zu kritisieren, daß die jüngsten Nachfrageschätzungen für die Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung (Dritte Fortschreibung 1981) wiederum auf von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten ermittelten Wachstumsraten basieren („für die Zeit von 1978 bis 1995 wird noch ein durchschnittlicher jährlicher

Zuwachs von 1 v.H. bis 1,4 v.H. geschätzt" [Dritte Fortschreibung 1981, TZ 19]). Entsprechend wird u. a. ein starker Zubau von Kernkraftwerken in den nächsten 13 Jahren für erforderlich gehalten auf „mindestens" das Vierfache des heutigen Bestandes (1981: 9 GW, 1995: mindestens 37 GW [Dritte Fortschreibung 1981, TZ 19]). Detaillierte Analysen der Energiedienstleistungsnachfrage und ihrer Deckung unter Berücksichtigung der Effekte rationeller Energieverwendung liefern für einen entsprechenden Anstieg des Stromverbrauchs oder auch nur der elektrischen Grundlast nicht den geringsten Anhaltspunkt (Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980; Krause 1980).

Die Abschätzungen der zukünftigen Primärenergienachfrage sollen noch durch eine Schätzung ergänzt werden, die von der Annahme ausgeht, daß sich der materielle Wohlstand in der Bundesrepublik nicht wesentlich über den heutigen Stand erhöht. Jede realistische energiepolitische Zukunftsbetrachtung muß auch diese Möglichkeit in Betracht ziehen und ihre Voraussetzungen und Konsequenzen prüfen. Bisher ist die Diskussion einer solchen Möglichkeit weitgehend tabuisiert worden, weil mit ihr ein Zusammenbruch der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung assoziiert wurde (vgl. die Stellungnahmen der Kommissions-Mitglieder Gerlach, Gerstein, Stavenhagen, Reuschenbach, Laermann, Häfele, Knizia, Pfeiffer, Schaefer und Birkhofer zum „harmloseren" Pfad 4 der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" in: Enquete-Kommission 1980, S. 50–98). Neuere wissenschaftliche Untersuchungen deuten dagegen – wie bereits gesagt – eher darauf hin, daß erst erhebliche Verbesserungen der Energienutzung und der verbreitete Einsatz erneuerbarer Energieträger die dauerhafte Funktionsfähigkeit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bei allgemeinem Wohlstand überhaupt erst ermöglichen werden (s. Norman 1981 und obige Zitate zum sanften Weg).

Der gesamte Endenergieverbrauch pro Kopf betrug 1976 4 tSKE pro Kopf (oder 3,7 kWa/a). Es läßt sich berechnen, auf wieviel Prozent des heutigen Verbrauchs die Verbrauchswerte in den einzelnen Kategorien bei besserer Energienutzung und gleichbleibender Energiedienstleistung absenkbar wären. Hieraus ergeben sich entsprechende absolute Verbrauchswerte, deren Summe 1,7 tSKE pro Kopf (1,6 kWa/a) beträgt. Die einzelnen verbrauchssenkenden Maßnahmen, die zu diesem Ergebnis führen, sind u. a. in den Technischen Berichten zur „Energiewende" des Öko-Instituts dokumentiert (Krause 1980). Wesentliche Komponenten dieser besseren Energienutzung sind die bessere Wärmedämmung von Gebäuden, sparsamere Kraftfahrzeuge, Geräteverbesserungen, Abwärmenutzung und Wärmerückgewinnung, sowie energetische Verbesserungen von Produktionsprozessen.

Mit diesen Pro-Kopf-Zahlen ergibt sich bei einer Bevölkerung von 50 Millionen (Annahme der Enquete-Kommission für das Jahr 2030 [Enquete-Kommission 1980, S. 25] eine Endenergienachfrage von 85 Mio. Tonnen Steinkohle-

Einheiten (tSKE) (heute rund 250 Mio. tSKE). Legt man weiterhin den gleichen Umwandlungswirkungsgrad bei der Bereitstellung von Endenergie aus Primärenergie wie heute zugrunde (70%), so ergibt sich hieraus ein erforderlicher Primärenergieeinsatz von rund 120 Mio. tSKE (etwa wie 1950). Diese Betrachtungen beziehen sich auf den energetischen Einsatz der Primärenergieträger; der nichtenergetische Verbrauch z. B. für die Chemieindustrie ist gesondert zu berücksichtigen. Im Jahre 1980 betrug der Primärenergieeinsatz (ohne nichtenergetischen Verbrauch) rund 360 Mio. tSKE, der nichtenergetische Einsatz rund 30 Mio. tSKE.

Unter der Voraussetzung, daß die hier angenommenen spezifischen Verbrauchssenkungen durch bessere Nutzung bis zum Jahre 2000 zur Hälfte wirksam geworden sind, ergibt sich für diesen Zeitpunkt ein spezifischer Endenergiebedarf von 2,85 tSKE/Kopf (2,64 kWa/a) und damit bei einer Bevölkerungszahl von 57 Millionen (Enquete-Kommission 1980, S. 25) ein Ende nergieeinsatz von 162 Mio. tSKE, entsprechend einem Primärenergieeinsatz von 232 Mio. tSKE.

Diesen Nachfrageschätzungen werden in den folgenden Abschnitten die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Potentiale an nicht erneuerbaren und erneuerbaren (regenerativen) Energiequellen gegenüberstellt.

Vorräte und Verfügbarkeiten nicht erneuerbarer Energieträger

Für ökonomisch gewinnbare Energiereserven der Bundesrepublik Deutschland werden von der Weltenergiekonferenz realistische Werte genannt (WEK 1980). Wir verfügen lediglich über große Braun- und Steinkohlevorräte; die Reserven aller anderen Energieträger sind verhältnismäßig klein. Erdgas, Erdöl und Uran müssen daher auch weiterhin importiert werden. Die gesamten ökonomisch gewinnbaren Reserven belaufen sich auf 34,9 Mrd. tSKE, die gesamten Kohlevorräte sind mit 230 Mrd. tSKE aber wesentlich größer (Buch 1979). Legt man einen gleichbleibenden jährlichen Verbrauch von 400 Mio. tSKE (etwa wie 1979/80) zugrunde, so würden diese Reserven etwa 87 Jahre vorhalten. (Hierbei ist nicht berücksichtigt, daß der evtl. Ersatz von Erdölimporten durch „Veredlung" heimischer Kohle wegen der Verluste bei Vergasung und Verflüssigung zu höheren Kohleverbräuchen führen würde.)

Die Nutzung der heimischen Kohle ist durch den Ausbau der Förderkapazität begrenzt. Die Enquete-Kommission hält (in Anlehnung an eine Studie der Bergbauforschung) eine Steigerung der jährlichen Braunkohleförderung von heute 35 Mio. tSKE auf 45 Mio. tSKE bis zum Jahre 2000 für möglich, bei gleichbleibendem Förderniveau danach. Bei der Steinkohleförderung geht sie von einer Steigerung von heute 85 Mio. tSKE auf 100 Mio. tSKE bis zum Jahre 2000 und auf 115 Mio. tSKE bis zum Jahre 2030 aus. Bestenfalls sei mit einer zusätzlichen Importmenge von maximal 30 Mio. tSKE im Jahre 2000 und von 50 Mio. tSKE im Jahre 2030 zu rechnen. Damit wären im Jahre 2000 etwa 145 bis 175 Mio. tSKE jährlich an Stein- und Braunkohle im Inland verfügbar;

im Jahre 2030 etwa 160 bis 210 Mio. tSKE (Enquete-Kommission 1980, S. 28). Im Jahre 1978 betrug der Verbrauch 105 Mio. tSKE.

Ähnliche Überlegungen führte die Enquete-Kommission für Erdöl und Erdgas durch, die auch in Zukunft fast vollständig importiert werden müssen. Hier könnten nach Ansicht der Kommission im Jahr 2000 im Inland zwischen 190 und 250 Mio. tSKE verfügbar sein; im Jahr 2030 zwischen 130 und 250 Mio. tSKE. Im Jahre 1978 betrug der Verbrauch an Erdgas und Erdöl 265 Mio. tSKE (Enquete-Kommission 1980, S. 28).

Bei der Uranversorgung geht die Enquete-Kommission davon aus, daß sich die Bundesrepublik einen Anteil von 5% bis höchstens 10% an der Welturanproduktion sichern kann (Enquete-Kommission 1980, S. 28–29). Da die Welturanvorräte von der Weltenergiekonferenz auf 5 Mio. t (ohne Ostblock) geschätzt werden, ergibt sich hieraus eine Gesamtverfügbarkeit von Natururan für die Bundesrepublik bis zum Jahre 2030 von insgesamt 250 000 bis maximal 500 000 Tonnen (Enquete-Kommission 1980, S. 28–29). Dieser Betrag würde nach den Rechnungen der Kommission selbst bei Einführung von Brutreaktoren kaum ausreichen, um den Brennstoff für den im Pfad 1 vorgesehenen Ausbau der Kernenergie zu liefern und dieses System über das Jahr 2030 hinaus zu betreiben. (Bedarf ohne Wiederaufarbeitung und Brutreaktoren bis 2030: 650 000 t, mit WAA und SBR: 390 000 t) (vgl. Enquete-Kommission 1980, Tab. 3, S. 38.)

Das Potential erneuerbarer Energiequellen in der Bundesrepublik

Da sich erneuernde Energiequellen fast ausschließlich (mit Ausnahme der geothermischen Erdwärme) von der Sonneneinstrahlung gespeist werden, erscheint ihr Potential in Mitteleuropa auf den ersten Blick als gering. Tatsächlich werden aber auf jeden Quadratmeter Fläche in der Bundesrepublik pro Jahr etwa 1000 kWh an Energie von der Sonne eingestrahlt (in Wüstengebieten bis zu 2300 kWh/m^2). Diese Energie kann teilweise als Wind- und Wasserkraft, als photosynthetisch in Biomasse gebundene Energie, als Umweltwärme (über Wärmepumpen), oder direkt über Solarkollektoren (zur Wärmegewinnung) oder photovoltaische Solarzellen (zur Stromerzeugung) genutzt werden. Andere Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energien, wie solarthermische Kraftwerke, Wellenenergie, Gezeitenenergie, Meereswärme oder Meeresströmung, kommen für die Bundesrepublik wegen der meteorologischen und geographischen Verhältnisse nicht in Frage.

Über die Potentiale regenerativer Energiequellen in der Bundesrepublik (wie auch über ihre Kosten und energetische Amortisation) liegen inzwischen zahlreiche Arbeiten vor, die von einer Arbeitsgruppe der Kernforschungsanlage Jülich zusammengetragen und für eine Abschätzung der für das Jahr 2000 zu erwartenden Maximalbeiträge verwendet worden sind (Bostel u. a. 1981). Hiernach würde im Jahr 2000 ein Betrag von bis zu 40 Mio. tSKE an Primärenergie durch die Nutzung regenerativer Energiequellen ersetzbar sein (im folgenden als „Primärenergieäquivalent" bezeichnet). Langfristig

ergibt sich (nach eigenen Schätzungen) ein viel höheres Potential von rund 300 Mio. tSKE Primärenergieäquivalent, das ebenfalls in der Tabelle aufgeschlüsselt ist. Bei der Nutzung dieses Potentials würden rund 44 Mio. tSKE jährlich als Strom anfallen (das entspricht dem heutigen Stromverbrauch). Die Berechnung dieser Potentiale erfolgte auf der Grundlage der KFA-Daten (Bostel 1981) sowie der Technischen Berichte zur Energiewende des Öko-Instituts (Krause/Bossel/Müller-Reissmann 1980, Krause 1980, Thiele 1980). Da die Höhe des Potentials überraschen mag, sollen die einzelnen Beiträge kurz erläutert werden.

Das langfristig verfügbare *Biomassepotential* von rund 60 Mio. tSKE als organische Trockensubstanz beruht auf einem integrierten Nutzungskonzept, das die energetische Nutzung von Biomasse aus land- und forstwirtschaftlichen Abfällen sowie den Anbau von Leguminosen und Futterrüben mit der Düngemittelgewinnung in einem ökologisch verträglichen Gesamtkonzept verbindet. Die Biomassenutzung geht in diesem Konzept nicht auf Kosten der Nahrungsmittelerzeugung (Thiele 1980).

Das *Wasserkraftpotential* von 13 Mio. tSKE Primärenergieäquivalent entspricht einer Stromerzeugung von 4,3 Mio. tSKE jährlich und damit einer Erhöhung der heutigen Erzeugung um etwa 50% vor allem durch den Ausbau (oder die Wiederinbetriebsetzung) einer großen Zahl von Kleinkraftwerken (vgl. Bostel 1981, S. 23–27).

Das *Windenergiepotential* von rund 30 Mio. tSKE Primärenergieäquivalent entsprechend 10 Mio. tSKE Stromerzeugung würde mit etwa 14 000 Windenergiekonvertern von je 3 MW (Typ Growian) und einer größeren Zahl von Kleinanlagen zur Versorgung von freistehenden Gebäuden und Gehöften nutzbar sein (vgl. hierzu Bostel 1981, S. 33–45). (Man verstehe diese Zahlen als *Möglichkeiten,* nicht als Prognosen oder Forderungen.)

Das Potential der *Wärmeerzeugung durch Solarkollektoren* von rund 75 Mio. tSKE entsprechend einem Primärenergieäquivalent von etwa 100 Mio. tSKE errechnet sich für den Fall, daß 1% der Fläche der Bundesrepublik mit Sonnenkollektoren (Gesamtwirkungsgrad 30%) belegt ist. Das entspräche einem Fünftel der Gebäude- und Hofflächen, bzw. lediglich einem Teil der Dachfläche.

Die photovoltaische *Stromerzeugung in Solarzellen* erscheint wegen ständiger Kostensenkungen zunehmend als realistische zukünftige Möglichkeit. Ihr Potential berechnet sich, wieder bei Belegung von 1% der Fläche, zu 30 Mio. tSKE Strom mit einem Primärenergieäquivalent von 90 Mio. tSKE. Wärme- und Stromgewinnung können im gleichen Bauteil integriert werden, so daß sich kein zusätzlicher Flächenbedarf zu den Solarkollektoren ergibt. Das Speicherproblem für den unregelmäßig anfallenden Strom wäre über die Elektrolyse von Wasserstoff in kleinen Elektrolysefabriken zu lösen, die ihren Strom von den dezentralen Erzeugern über das öffentliche Netz erhalten (Schott/Teufel 1981, S. 60ff.).

Das Potential der mit Hilfe von *Wärmepumpen* gewinnbaren *Umweltenergie* beläuft sich auf etwa 15 Mio. tSKE Primärenergieäquivalent, wenn man die potentiellen Einsatzmöglichkeiten von Wärmepumpen vor allem bei der Gebäudeheizung berücksichtigt (vgl. Bostel 1981, S. 89–99).

Die Nutzung der *geothermischen Energie* für Zwecke der Heizung und/oder Stromerzeugung dürfte auch langfristig nur an einigen Standorten in der Bundesrepublik Bedeutung erlangen. Das Potential könnte etwa 1 Mio. tSKE als Niedertemperaturwärme betragen.

Folgerungen für die zukünftige Energieversorgung der Bundesrepublik

1. In Abhängigkeit von der Güte der Energieausnutzung kann der zukünftige Energiebedarf der Bundesrepublik sowohl wesentlich höher als auch wesentlich niedriger sein als heute, bei gleicher wirtschaftlicher Entwicklung.

2. Die bisher noch vorwiegend vertretene Angebotsstrategie ist durch starken Ausbau der Kernenergie und der Kohlenutzung und -umwandlung, durch lediglich geringe Einsparungseffekte, durch wachsenden Bedarf an fossilen Energieträgern mit entsprechenden Umwelt- und Abhängigkeitsproblemen, sowie durch rasche Erschöpfung aller Energieträger einschließlich der Uranvorräte gekennzeichnet.

3. Neuere Untersuchungen deuten darauf hin, daß eine stabile wirtschaftliche Entwicklung nur bei vorrangiger und strikter Durchsetzung der besseren Energienutzung und der weitgehenden Verwendung erneuerbarer Energieträger zu erwarten ist. Der technische Fortschritt auf diesen Gebieten führt zu Wachstumsimpulsen, neuen Märkten im In- und Ausland, Exportpotentialen und Arbeitsplätzen.

4. Bei konsequent verbesserter Energienutzung könnte bei gleichem Wohlstand wie in der Bundesrepublik heute der Endenergiebedarf langfristig auf 85 Mio. tSKE (heute 240), der Primärenergieeinsatz auf 120 Mio. tSKE sinken (heute 360 ohne nichtenergetische Nutzung). (Eine technische untere Grenze des Primärenergieeinsatzes für diese Bedingungen ergibt sich zu etwa 40 Mio. tSKE. Sie dürfte nur sehr langfristig erreichbar sein [Bossel 1981].)

5. Maximale Ausbaustrategien (wie die 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung bzw. der Pfad 1 der Enquete-Kommission) stoßen an die Grenzen der Verfügbarkeit heimischer und importierter Energieträger. Dies gilt auch für die Brüterstrategie. Diese Strategien gefährden damit die Versorgungssicherheit.

6. Das Potential erneuerbarer Energieträger in der Bundesrepublik beläuft sich langfristig auf etwa 300 Mio. tSKE Primärenergieäquivalent und ist damit erheblich größer als der bei besserer Energienutzung und gleichem oder verbessertem Wohlstand erforderliche Primärenergieeinsatz. Es ist damit langfristig möglich, die Bundesrepublik ausschließlich mit erneuerbaren Energieträgern zu versorgen und damit ein dauerhaftes Energieversorgungssystem zu

schaffen. Bis zum Jahr 2000 können wahrscheinlich zunächst nicht mehr als etwa 40 Mio. tSKE des Gesamtpotentials genutzt werden.

(Zweiter Teil folgt.)

Literatur

H. Bossel/R. V. Denton/P. v. d. Hijden/W. Hudetz/J. Klabbers, Energy Policy Assessment Using an Interactive Model Package. Proceedings of the 2nd International Seminar on Trends in Mathematical Modelling, Jablonna 1974, in: A. Straszak, J. W. Owsinski (Hrsg.), New Trends in Mathematical Modelling. Polish Academy of Sciences / Ossolineum, Wroclaw 1978, S. 203–321.

H. Bossel/P. v. d. Hijden/W. Hudetz/R. V. Denton, Dialogprogramm zur Entwicklung und Überprüfung von Langfristkonzepten für das Energieversorgungssystem und Anwendung auf die Bundesrepublik Deutschland, in: Kernforschungsanlage Jülich: Energiemodelle für die Bundesrepublik Deutschland, Jul-Conf-15, April 1975, S. 45–100.

H. Bossel, Neue Gesichtspunkte bei der Energienutzung Sonnenergie und Wärmepumpe, 1/1981, S. 6–18.

J. Bostel u. a., Möglicher zukünftiger Beitrag regenerativer Energietechniken zur Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland: Wissensstand – Probleme – Erwartungen. Programmgruppe Systemforschung und technologische Entwicklung, Kernforschungsanlage Jülich, Juli 1981.

Deutsche Bundesregierung, Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung. Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/983, 5. 11. 1981, Bonn.

Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik", Bericht über den Stand der Arbeit und die Ergebnisse, Deutscher Bundestag, Drucksache 8/4341, Juni 1980 Bonn (auch in: Zur Sache 1/1980 und 2/1980, Bonn 1980).

IIASA Energy Systems Program Group (IIASA 1981), Energy in a Finite World – Executive Summary, International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA) Laxenburg, Austria, Mai 1981 (die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Veröffentlichung).

Jenseits der Sachzwänge, Ein Beitrag der Umweltorganisationen zur schweizerischen Gesamtenergiekonzeption, Zürich 1978.

F. Krause/H. Bossel/K. F. Müller-Reißmann, Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Frankfurt/M. 1980.

F. Krause, Technische Berichte – Daten und Fakten zur Energiewende, Öko-Institut, Schönauer Str. 3, 7800 Freiburg/Br. 1980.

G. Leach u. a., A Low Energy Strategy for the United Kingdom, International Institute for Environment and Development Science Reviews, London 1979.

E. Ledergerber, Wege aus der Energiefalle – Handlungsspielräume und Strategien für eine unabhängige Energieversorgung in der Schweiz, Diessenhofen 1979.

H. Lönnroth/P. Steen/T. B. Johansson, Energy in Transition – A report on energy policy and future options, Secretariat for Future Studies, Uddevala, Schweden 1977.

A. B. Lovins, Sanfte Energie – Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft, Reinbek 1978.

Mellon Institute (R. Sant), The Least-Cost Energy Strategy, Mellon Institute, Boston 1981.

C. Norman, Energy Conservation: The Debate Begins, in: Science Vol. 212, 24. April 1981, S. 424–426.

Prognos, Stellungnahme der Prognos AG zu den Fragen der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik" des Deutschen Bundestags zum Thema „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei verschiedenen Energiestrukturen". Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung am 17. und 18. Dezember 1981.

M. H. Ross/R. H. Williams, Our Energy: Regaining Control, McGraw-Hill, New York 1981.

W. Schott/D. Teufel, Kohle„veredlung" – Ökologische Auswirkungen und energiepolitische Aspekte, IFEU – Institut für Energie- und Umweltforschung, Im Sand 5, 6900 Heidelberg, 1981 (IFEU-Bericht Nr. 13).

Solar Energy Research Institute (SERI), Conservation Study for the Department of Energy (DoE), Washington, D.C., 1981.

R. Stobaugh/D. Yergin, Energiereport der Harvard Business School, Gütersloh 1980.

J. Thiele, Alternative in der Energiegewinnung – Nutzung der Biomasse in der Bundesrepublik, Technische Berichte zur Energiestudie, Teil 6, Öko-Bericht 17, Öko-Institut, Schönauer Str. 3, 7800 Freiburg/Br. 1980.

Weltenergiekonferenz (WEK):

– World Energy Looking Ahead to 2020 – Report by the Conservation Commission of the World Energy Conference, New York 1979;

Steuerbelastung und Erhebungspraxis

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die Steuerbelastung spielt im Zusammenhang der Diskussion über die konservative Wende in Richtung auf eine „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik" eine besondere Rolle. Diese habe inzwischen einen solchen Umfang erreicht, daß sie jede private Initiative ersticke, den „Leistungswillen" lähme und sei so eine der Hauptursachen für Stagnation, Krisen und Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig stellt die Klage über zu hohe Steuern einen wichtigen ideologisch-propagandistischen Hebel zur Popularisierung der „Sparpolitik" dar: Steuern zahlt schließlich jeder, für Steuersenkungen ist daher zunächst jeder zu gewinnen. Die Tatsache, daß das System der Besteuerung auch ein wichtiger Hebel der Verteilungspolitik ist, gerät dabei leicht aus dem Blickfeld. Eine Steuerveränderung sollte daher immer sehr genau daraufhin untersucht werden, wie ihre verteilungspolitischen Folgen sind.

Als Beispiel kann zunächst die Lohn- und Einkommensteuer angeführt werden. Die an sich begrüßenswerte progressive Gestaltung des Steuertarifs hat sich in den letzten Jahrzehnten völlig gewandelt: gegenwärtig liegen bereits mehr als 60% der Arbeiter und Angestellten über der Proportionalzone des Steuertarifs, werden also mit den diese Grenze übersteigenden Einkommensteilen progressiv besteuert. Die eigentlichen Spitzeneinkommen, Einkommen über 100 000 DM jährlich, liegen bereits wieder in einer Proportionalzone.

Dies hat den Gesetzgeber dazu veranlaßt, seit 1975 in kurzen Abständen „Tarifreformen" durchzuführen, die in der Öffentlichkeit als Steuerentlastungsmaßnahmen dargestellt wurden. (Vgl. z. B. die Beurteilung der Reform von 1980 in „Blätter", 11/1980, S. 1394.) Dadurch wurde der Belastungsanstieg aber nie gestoppt, sondern immer nur vorübergehend ausgesetzt.

Tabelle 1
Belastung durch Lohnsteuer und Sozialabgaben

	Durchschnittliche Belastung in %			*Grenzbelastung in %*	
	Lohnsteuer[1])	*Sozialabgaben*	*insgesamt*	*Lohnsteuer[1])*	*insgesamt*
1960	*6,65*	*9,60*	*16,25*	*15,23*	*22,33*
1970	*12,05*	*10,87*	*22,92*	*18,02*	*29,65*
1974	*16,37*	*11,79*	*28,16*	*27,93*	*40,08*
1975	*15,30*	*12,52*	*27,82*	*–15,56*	*18,13*
1976	*16,25*	*13,27*	*29,52*	*16,25*	*13,27*
1977	*17,04*	*13,41*	*30,45*	*28,18*	*43,52*
1978	*16,16*	*13,45*	*29,61*	*2,41*	*16,38*
1979	*15,93*	*13,51*	*29,44*	*12,82*	*27,17*
1980	*16,97*	*13,61*	*30,58*	*30,13*	*44,96*
1981	*16,96*	*14,02*	*30,98*	*16,61*	*40,07*
1982[2])	*17,57*	*14,33*	*31,90*	*36,51*	*60,37*

1) Lohn- und Kirchensteuer.
2) Schätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.
Quelle: Ifo-Schnelldienst, 6/1982, S. 18.

Die Grenzbelastung gibt an, wieviel Prozent des Erhöhungsbetrags bei einer Einkommenssteigerung im Durchschnitt an den Staat abgeführt werden müssen: d. h. 1982 werden von jeder zusätzlich verdienten Mark etwa 60 Pfennige in Form von Lohnsteuer und Sozialabgaben abgeführt werden müssen. Ein Rückgang der Grenzsteuerbelastung markiert in der Regel eine Tarifreform: 1975, 1978 und 1981 wurden solche Reformen wirksam. Allerdings ist bei derjenigen von 1975 zu beachten, daß sie mit einer Umstellung der Kinderbegünstigung von Steuerfreibeträgen auf Kindergeld verbunden war, die Entlastung in diesem Jahr also größer war als es die Tabelle ausdrückt. Trotz der Maßnahmen hat sich die Durchschnittsbelastung in den 70er Jahren stark erhöht: allein zwischen 1975 und 1982 um gut fünf Prozent.

Anders hat sich dagegen die Belastung der Gewinne und Selbständigeneinkommen durch die zu veranlagende Einkommensteuer bzw. durch die Körperschaftsteuer entwickelt.

Tabelle 2
Durchschnittsbelastung bei Veranlagungssteuern[1])

	Veranlagte Einkommensteuer	*Körperschaftsteuer*
1973	*30,75*	*29,70*
1974	*31,18*	*36,13*
1975	*30,25*	*32,78*
1976	*20,67*	*33,78*
1977	*20,29*	*43,82*
1978	*17,49*	*42,60*
1979	*11,66*	*35,23*

1) Nach Abzug von Steuerabzugsbeträgen, Belastung in %.
Quelle: Ifo-Schnelldienst, 6/1982, S. 19ff.

Der Anstieg bei der Körperschaftsteuerbelastung 1977/78 und der Rückgang bei der Einkommensteuer 1978/79 hängt teilweise mit der Körperschaftsteuerreform 1977 zusammen: die Besteuerung der ausgeschütteten Gewinne beim Unternehmen wurde erhöht, dafür können die Dividendenbezieher diese Steuer nun von ihrer persönlichen Einkommensteuer abziehen. Insgesamt ergibt sich ein erheblicher Belastungsrückgang, wobei allerdings starke Schwankungen und Verschiebungen von Jahr zu Jahr zu beachten sind, so daß ein Vergleich mit der Lohnsteuerbelastung nur eingeschränkt aussagekräftig ist. Dies hängt im wesentlichen mit der Erhebungspraxis zusammen, wodurch sich die Lohnsteuer einerseits und die Veranlagungssteuern andererseits stark unterscheiden: Der Lohnsteuerzahler hat weder auf die Höhe noch auf den Zeitpunkt der Steuerzahlung einen Einfluß. Mit einer Frist von sechs Wochen – eine Zeit, in der der Unternehmer über die einbehaltene Lohnsteuer verfügen kann – fließt der Betrag in die öffentlichen Kassen.

Bei den Veranlagungssteuern dagegen werden „Vorauszahlungen" geleistet, eine durchaus irreführende Bezeichnung. Es handelt sich dabei um laufende Abschlagszahlungen auf die Steuer – der Jahresgewinn und damit die tatsächliche Steuerschuld läßt sich endgültig erst nach Jahresablauf feststellen. Befürchten die Unternehmen bzw. die Selbständigen einen Gewinnrückgang, so beantragen sie schleunigst eine Herabsetzung der „Vorauszahlung", erwarten sie dagegen steigende Erträge, so kann das Finanzamt eine Anpassung nach oben vornehmen. Es ist unmittelbar einsichtig, daß diese Praxis der „Eigeninitiative" dem Steuerzahler bei der Festlegung der Vorauszahlungen einen erheblichen Spielraum läßt. Die „Vorauszahlungen" liegen daher in aller Regel unter der endgültigen Steuerschuld – im Gegensatz zur Lohnsteuer, bei der eine Überzahlung die Regel ist. Bei den Veranlagungssteuern muß das Finanzamt initiativ werden, bei der Lohnsteuer der Steuerzahler. Es ist daher auch einsichtig, daß die Bezieher von Gewinnen Interesse an einer uneffektiven und schlecht ausgestatteten Steuerverwaltung haben, die Arbeiter und Angestellten dagegen von einer guten Verwaltung profitieren.

Empirische Untersuchungen der Steuererhebungspraxis in einigen Bundesländern belegen dies: so entfielen im Jahre 1981 nur 64,5% aller Steuereinnahmen im Rahmen der veranlagten Einkommensteuer bei den Finanzämtern von NRW auf „Vorauszahlungen", 35,5% waren Abschlußzahlungen betreffend die Jahre vor 1981. Die „Vorauszahlungen" für 1981 machten gar nur einen Anteil von 59,4% der Zahlungen des Jahres 1981 aus, es wurden immerhin fast 400 Millionen DM oder über fünf Prozent der Einnahmen als „Vorauszahlungen" für die Jahre 1980 bis 1977 registriert – ein Tatbestand, bei dem auch das Ifo-Institut meint, daß „hierfür hoher steuerrechtlicher Erklärungsbedarf" besteht (ebd., S. 18).

Tabelle 3
Einkommensteuerzahlungen in NRW 1981

	Insgesamt	*Davon für die Jahre*				
		1981	*1980*	*1979*	*1978*	*1977*
Mill. DM	*7539*	*4479*	*769*	*1392*	*424*	*475*
In %	*100*	*59,4*	*10,2*	*18,5*	*5,7*	*6,2*

Quelle: Ifo-Schnelldienst, 6/1982, S. 20.

Allein eine Beitreibung der Rückstände aus den Jahren 1977 bis 1979 würde das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer in NRW um 2,3 Milliarden erhöhen. Hochgerechnet auf das Bundesgebiet würde dies Mehreinnahmen von etwa sieben Milliarden DM bedeuten.

Noch eklatanter sind die Mißstände bei der Veranlagung der Körperschaftsteuer: der Anteil der Zahlungen für 1981 an den gesamten Einnahmen aus der Körperschaftsteuer im Jahre 1981 bestand nur zu 53,7% aus Zahlungen für das laufende Jahr. Der Rest der Einnahmen stammte aus den Jahren 1977 bis 1980. Bei den Abschlußzahlungen sind Verspätungen von vier Jahren häufig: in NRW hatten 19% aller Abschlußzahlungen eine vierjährige Verspätung. Es kann also nicht verwundern, wenn die Bezieher von Gewinnen und Selbständigeneinkommen einen Abbau der „Bürokratie" fordern: dies würde ihren Einfluß bei der Festlegung ihrer Steuerlast weiter erhöhen.

Die Veranlagungspraktiken beinhalten neben der Verzögerung der Steuereinnahmen noch eine zusätzliche Unsicherheit: die Zahlungen erfolgen so unregelmäßig, daß Steuerschätzungen, die immerhin wesentlich für die Aufstellung von Haushaltsplänen sind, auch dann falsch sein können, wenn die Einkommensentwicklung von den Steuerschätzern in etwa korrekt angenommen sind. So „verschätzte" sich die Prognose des „Arbeitskreis Steuerschätzung" im März 1981 bei den Veranlagungssteuern um 7,2 Mrd. DM oder um 13,6% der Einnahmen, obwohl die Abweichungen bei der konjunkturellen Entwicklung nur noch gering waren. Die Fehlschätzung war vorwiegend durch fehlende statistische Unterlagen und Veranlagungswillkür der Unternehmen und Selbständigen verursacht.

Eine bessere Ausstattung der Finanzämter mit Personal, ein schärferer Zugriff bei Steuerrückständen und stärkere Kontrollen würden manches „Haushaltsloch" stopfen und wären sicher ein wirksamerer Beitrag zur Begrenzung der Staatsverschuldung als so manche „Haushaltsoperation". Das Ifo-Institut rechnet – sehr unterkühlt – mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 2,5 bis 5,5 Mrd. DM, die schon bei einer bloßen Beschleunigung der Veranlagung, also ohne jede Gesetzesänderung, zu erzielen wären. Außerdem stehen Steuerrückstände in Höhe von 7,2 Mrd. DM bei den Veranlagungssteuern zu Buche. Dies ist eine Summe von rund 10 Mrd. DM, die den Unternehmen und den Selbständigen zinslos zur Verfügung gestellt wird. Dafür muß der Staat an den Kapitalmärkten Kredite aufnehmen und jährlich Zinsen in Höhe von gegenwärtig etwa 1 Mrd. DM zahlen. Eine Administration, die gegenüber den Beziehern von Gewinnen so großzügig verfährt, kann kaum Glaubwürdigkeit beanspruchen, wenn sie gegenüber den Beziehern von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen Sparparolen verbreitet.

Jörg Goldberg

Autoren dieses Heftes

Ulrich DOLATA, geb. 1959 in Dortmund, studiert Wirtschaftswissenschaften in Bremen mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik. *** *Frank NIESS M.A.*, geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow, Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft in Bonn und Heidelberg, 1972–1976 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Stuttgart, seitdem freier Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter „Amerikanische Außenpolitik" (1977) und „Geschichte der Arbeitslosigkeit" (1979). *** *Regina BOHNE*, geb. 1915 in Kiel, Journalistin, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt in Hofheim/Ts. *** *Mark SOLOMON*, Professor für Geschichte an der Universität Boston, stellvertretender Vorsitzender des U.S. Peace Council. *** *Thomas NIELEBOCK*, geb. 1953, wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, z. Z. Promotion über Probleme atomwaffenfreier Zonen, Mitglied der Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen. *** *Wolfgang SCHWEGLER*, geb. 1955, Student der Politischen Wissenschaft und Pädagogik, Mitglied der Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen. *** *Dr. Klaus D. WOLF*, geb. 1953, wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Mehrere Veröffentlichungen, v. a. zur Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, Mitglied der Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen. *** *Veronika SIEGLIN*, geb. 1958 in Lörrach, studiert Politikwissenschaft in Marburg/Lahn. *** *Georg BIEMANN*, geb. 1951 in Köln, Studium der Germanistik und der Geschichte, Presse- und Rundfunkjournalist, Schwerpunkte: Entwicklungsländer, Neofaschismus. *** *Dr. Hartmut BOSSEL*, geb. 1935 in Braunschweig, Professor für Umweltschutz an der Gesamthochschule Kassel; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. „Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft", Frankfurt/M. 1978; Concepts and tools of computer-assisted policy analysis, Basel 1977, Mitautor: „Energiewende", Frankfurt/M. 1980.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 5/1982 der „Blätter" wird am 17. 5. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416